

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Reinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steindorfer, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Postzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Zum Verbandstag in Stettin.

Der Verbandstag in Stettin, der siebente Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes, tritt in einer für unsere Organisation großen Zeit zusammen. Zwar wird er wichtige Änderungen in bezug auf Beitragsleistung, Unterstützungsanordnungen oder die Verfassung des Verbandes nicht zu beschließen haben, doch befinden wir uns am Ende einer bedeutsamen Periode unseres Verbandslebens, und wenn nicht alle Zeichen trügen, vollziehen sich in den nächsten Jahren wichtige Ereignisse, die von großer Tragweite sowohl für unseren Verband wie für das ganze deutsche Holzgewerbe sind. Da gilt es für den Verband, aus den Erfahrungen einer wildbewegten zweijährigen Kampftätigkeit die richtigen Schlussfolgerungen für unsere künftige Verbandarbeit zu ziehen, da gilt es weise vorzubauen, um die kommenden Ereignisse günstig beeinflussen und unter neuen veränderten Verhältnissen eine ersprießliche Tätigkeit entfalten zu können.

Sieht man von der Mitgliederentwicklung ab, so hat sich der Verband seit dem Verbandstag in Eöln recht günstig entwickelt. Die Gesamtjahreserinnahmen des Verbandes sind von 8245075 M. im Jahre 1905 auf 7785786 M. im Jahre 1907 gestiegen. In stärkerem Maße noch sind die Ausgaben für Unterstützungen gewachsen, die sich im Jahre 1905 auf insgesamt 1967878 M., 1907 dagegen auf 5277781 M. beliefen. Und gleichwohl haben sich auch die Fonds des Verbandes erhöht, und zwar von 1840987 M. am Ende des Jahres 1905 auf 2712800 M. im Jahre 1907. Das ist eine wahrhaft glänzende Entwicklung, die alle Verbandsmitglieder mit Stolz erfüllen muß.

Noch günstiger gestaltete sich die Tätigkeit des Verbandes auf dem Gebiet der Lohn- und Streikbewegung. Für nicht weniger denn 91802 Kollegen konnten in den Jahren 1906 und 1907 Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse erzielt oder von den Unternehmern angebotene Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abgewehrt werden. In den Jahren 1904 und 1905 belief sich die Zahl der an den Lohnbewegungen und Streiks des Verbandes beteiligten Personen „nur“ auf 100478, und gleichwohl kam auf dem Verbandstag in Eöln die Meinung zum Ausdruck, es müsse, um den Verband nicht über Gebühr anzustrengen, auf eine Einschränkung der Lohnbewegungen hingewirkt werden. Und nun hat seit Eöln die Lohnbewegung einen noch größeren Umfang angenommen. Die Zahl der beteiligten Personen war um 20 Prozent größer als in der vorigen Geschäftsperiode, aber auch die Kosten der Bewegung sind gestiegen, sie waren in den Jahren 1906/07 sogar doppelt so groß als in der Geschäftsperiode 1904/05. Es wurden für Streikunterstützung verausgabt in der Geschäftsperiode vor dem Eölnen Verbandstag 2821621 M., in den letzten 2 Jahren 4782148 M. Diese Belastungsprobe hat der Verband glänzend bestanden, wie ein Blick auf die letzte Jahresabrechnung erweist.

Der Verband hat aber auch größere wirtschaftliche Erfolge erzielt als in früheren Geschäftsperioden. Während in der Periode 1904/05 41658 Personen durch Lohnbewegungen mit Hilfe des Verbandes Arbeitszeitverkürzungen, 61078 Personen Lohnerhöhungen erzielten, waren in den letzten beiden Jahren 58284 respektive 91802 Kollegen durch den Verband in die Lage versetzt, Arbeitszeitverkürzungen respektive Lohnerhöhungen zu erlangen. Dabei setzte in der letzten Hälfte des Jahres 1907 bereits die Krise mit Macht ein, so daß der Verband in seiner Erfolgshaftigkeit schon stark beeinträchtigt war. Zudem wirkte die große Ausperrung im Holzgewerbe im letzten Jahre stark hemmend auf die wirtschaftliche Kampftätigkeit des Verbandes. Und doch diese gewaltige Bewegung, die gleich ausgezeichnet ist durch ihren großen Umfang, ihre zielbewusste Durchführung und ihre guten Erfolge für die Kollegen.

Und die letztjährige große Ausperrung in der Holzindustrie, legt sie nicht glänzendes Zeugnis ab von der Kampftätigkeit und der guten Verfassung unseres Verbandes? Unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen wurde der Deutsche Holzarbeiterverband in diesen Kampf von den Unternehmern hineingetrieben. Der Schutzverband

gedachte uns nach allen Regeln der Kriegskunst einzukreuzen und zu vernichten. Es wäre ihm das sicher geglückt, wenn die große Masse unserer Kollegen sich nicht so glänzend geschlagen, wenn sie nicht strengste Disziplin und eine so große Opferfreudigkeit bekundet hätte. So mußte der Schutzverband nach einem 17wöchigen, von ihm in der strupellosesten Weise geführten Kampfe vor dem Holzarbeiterverband seine Ziehen. Wenn je, dann hat in dem letztjährigen großen Kampfe der Deutsche Holzarbeiterverband bewiesen, daß er der getreue Anwalt, der Schutz und Schirm der deutschen Kollegen ist.

Es wird die Aufgabe des Verbandstages sein, aus diesem Kampfe wie aus der diesjährigen Tarifbewegung die Anwendungen für unsere künftige Taktik im Lohnkampf zu ziehen. Neue Aufgaben treten an den Verband heran, und immer häufiger müssen die alten Methoden des Kampfes revidiert und verbessert werden. Immer mehr entwickelt sich unsere Lohnbewegung zu einer Tarifbewegung auf breiter Grundlage, bei der weit größere Interessen in Frage kommen, bei der auch der Leitung des Verbandes eine viel größere Verantwortung erwächst als bei den Bewegungen alten Stiles. Hier wird der Verbandstag Klärung über die gegenwärtige Situation schaffen müssen. Wir sind auch keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß er sich der wichtigen Aufgabe, die hier an ihn herantritt, gewachsen zeigen, daß er dem Verband für seine künftige Tätigkeit, möge sie sich friedlich gestalten, möge sie uns noch so schwere Kämpfe auf der ganzen Linie bringen, die geeigneten Richtlinien geben wird. Vor allem wird auch in dieser wichtigen Auseinandersetzung zu betonen sein, daß unbedingt Vertrauen zum Hauptvorstand, der selbstgewählten Streikleitung des Verbandes, straffe Disziplin und freudige Hingabe jedes einzelnen Mitglieds an den Verband notwendig sind, wollen wir die schweren Aufgaben, die die Zukunft uns bringt, in befriedigender Weise lösen.

Notwendig ist es, daß der Verbandstag sich auch des eingehenden mit der Agitation beschäftigt. Die Mitgliederentwicklung unseres Verbandes hat in der letzten Geschäftsperiode sehr zu wünschen übrig gelassen. Während wir in der Periode 1904/05 unsere Mitgliederzahl um rund 55 Prozent steigern konnten, stieg sie in den letzten zwei Jahren nur um 13 Prozent, im Jahre 1907 trat gar ein Mitgliederrückgang ein. Das ist ein Vorgang, der aus den Kollegen sicher nicht zur Freude gereichen kann. Aufgabe des Verbandstages muß es sein, hier bessernd einzugreifen. Wir müssen unsere Agitation wirksamer zu gestalten versuchen, damit der Verband wieder eine größere Anziehungskraft auf die große Masse der unorganisierten Kollegen ausübt. Sicher werden wir die großen Kämpfe, in die ein scharfmacherisches Unternehmertum uns künftig hineintreiben wird, viel leichter schlagen, wir werden in wirtschaftlichen Kämpfen viel mehr Erfolge haben, wenn wir nahezu die gesamte Kollegenschaft unter unseren Fahnen vereinigen, als wenn, wie es jetzt der Fall ist, die Mehrzahl der Kollegen noch außerhalb unserer Organisation steht. Eine fortschrittliche Mitgliederentwicklung läßt sich aber nur durch eine fleißige, gut vorbereitete und systematische Agitation erzielen.

An Arbeit wird es also auch dem Stettiner Verbandstag nicht fehlen, es harren seiner sogar Aufgaben von großer Bedeutung für unser künftiges Verbandsleben. Wir haben das Vertrauen zum Verbandstag, daß er sich seiner Aufgabe durchaus gewachsen zeigen, daß er Beschlüsse fassen wird, die dem Verband nur zum Segen gereichen werden.

Es ist dies der erste Verbandstag, der nicht von Karl Loh, dem Gründer und langjährigen Vorsitzenden unseres Verbandes, geleitet wird, an dem nicht August Wöhne, unser geschätzter langjähriger Hauptkassierer, teilnimmt. Beide Kollegen haben ihr Bestes eingesetzt, um den Verband zu festigen, und ihnen ist es im wesentlichen mit zu danken, wenn wir im Deutschen Holzarbeiterverband jetzt eine starke, erfolgreiche Organisation haben. Wir ehren unsere toten Führer am besten dadurch, wenn wir in ihrem Geiste weiter wirken, wenn wir unseren Verband weiter ausbauen und unbezwinglich machen. Arbeiten wir in diesem Sinne!

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie.

Der wichtigste Beratungsgegenstand des diesjährigen Verbandstages ist Punkt 7 der provisorischen Tagesordnung „Die Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband“. Bei den Verhandlungen über diesen Punkt dürfte es zu einer eingehenden Aussprache über die großen Tariffämpfe in der Holzindustrie innerhalb der letzten Jahre kommen; dabei wird das ganze Problem der Tarifgemeinschaft nochmals sehr eingehend behandelt werden.

Zum ersten Male hat sich der Nürnberger Verbandstag mit dieser Frage beschäftigt. Die Tarifgemeinschaft war zu jener Zeit mehr eine Doktorfrage, sie hatte für uns nur die Bedeutung eines Problems, über dessen Lösung man sich in unseren Reihen nicht gar zu viel Kopfzerbrechen machte. Denn von einer nennenswerten Tarifbewegung war bis zum Jahre 1900 in unserer Industrie nicht die Rede. An einigen Orten waren zwar schon in früheren Jahren mit Hilfe des Verbandes Verträge zustande gekommen, aber besonderen Wert legte man auf diese Verträge nicht. In weiten Kreisen stand man damals den Tarifverträgen zum Teil gleichgültig, zum Teil ablehnend gegenüber. Die Verhandlungen des Frankfurter Gewerkschaftskongresses und des Nürnberger Verbandstages haben viel zur Klärung der Auffassungen, die in unseren Reihen über die Tarifgemeinschaften zutage traten, beigetragen.

In Nürnberg wurde nach einem Referat des Kollegen Robert Schmidt, das in der Hauptsache die grundsätzliche Seite der Sache beleuchtete, debattelos und einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Soweit sich in unserem Beruf Gelegenheit findet, feste Vereinbarungen zwischen Unternehmer und Arbeiter abzuschließen, sind solche anzustreben. Für die Art und Dauer solcher Verträge läßt sich keine allgemeine Norm festsetzen, wir betrachten es als Aufgabe der Verbandsleitung respektive der Verwaltung der Zahlstellen, die Vereinbarungen so zu gestalten, daß sie nicht zum Nachteil der in unserem Beruf beschäftigten Kollegen ausarten können.“

Wir verkennen dabei nicht, daß gerade die eigenartigen Verhältnisse in unserem Gewerbe dem Abschluß der Tarifverträge vielfach hinderlich sind. Die besonders in großen Betrieben und bei Massenfabrikation übliche Akkordarbeit erschwert wegen des Wechsels der Muster, der verschiedenen technischen Hilfsmittel und der ganz regellos eingeführten Zellarbeit die Aufstellung von Tarifen.

Es wird mithin bei dieser Arbeitsmethode nur möglich sein, durch Festsetzung von Minimalverdiensten in Akkord- oder bei Lohnarbeit, Abgrenzung der Arbeitszeit, Bezahlung von Nebenarbeiten, Beseitigung des Kost- und Logiswesens und andere Forderungen die Grundlage für einen korporativen Arbeitsvertrag zu schaffen.

Der Verbandstag sieht in dem Abschluß solcher Verträge keine Aufgabe eines gewerkschaftlichen Prinzips, sondern die Anerkennung eines starken Einflusses der gewerkschaftlichen Organisationen, da ohne die Organisation solche Vereinbarungen keinen Nützlich haben.“

Mit diesem Beschluß hat sich der Verband unzweideutig für Abschluß von Tarifverträgen ausgesprochen, und dieser Beschluß hat in der Folge unseren Kollegen stets als Richtschnur gedient. Noch im Jahre 1904 brachte der Verbandsvorstand das in einer Publikation über die Tarifverträge in der Holzindustrie zum Ausdruck. Er schrieb:

„... Heute dürften die Angehörigen unseres Verbandes mit verschwindenden Ausnahmen auf dem Standpunkt stehen, daß die Einführung von Tarifverträgen recht wünschenswert erscheint, und daß es zu bedauern ist, daß sich dem Abschluß und der Ausbreitung derselben gerade in unseren Berufen besondere Schwierigkeiten entgegenstellen.“

Diese Schwierigkeiten wurden uns in der Hauptsache von Seiten der Unternehmer bereitet, die sich anfangs, zum Teil recht entschieden, gegen den Abschluß von Tarifverträgen wandten. Auf diese tariffeindliche Haltung der Unternehmer ist es denn auch mit zurückzuführen, wenn in den ersten Jahren nach Nürnberg die Tarifbewegung in unserem Gewerbe nur langsam Fortschritte machte; zum Teil lag das allerdings auch daran, daß die Geschäftskonjunktur nicht besonders günstig war und der Einfluß unseres Verbandes an manchen Orten noch zu wünschen übrig ließ, so daß wir nur geringe Erfolge erzielen konnten und oft genug auch kein Interesse daran hatten, Tarifverträge, die unter diesen Verhältnissen doch nur Unzureichendes für uns gebracht hätten, in größerer Zahl abzuschließen. Mit dem Eintritt günstigerer geschäftlicher Verhältnisse im Jahre 1904 und dem raschen Aufschwung unseres Verbandes änderte sich das. Bereits im Jahre 1904 wurden von uns gegen 120 Tarifverträge abgeschlossen, im Jahre 1905 belief sich die Zahl der Tarifabschlüsse schon auf 204, im Jahre 1906 auf 274, im Jahre 1907 auf 172. Auch hier vollzogen sich die Tarifabschlüsse in den ersten Jahren in der Hauptsache unter

einem erheblichen Widerstand der Unternehmer. Auf Seiten des Unternehmertums wurden die Kämpfe zumeist noch unter sehr engherzigen Gesichtspunkten geführt. Die Zentralorganisation der Arbeitgeber, der Arbeitgeberschutzverband, hatte nur wenig Einfluß, zudem hatte sie die Periode der Kinderkrankheiten, die jede junge Organisation durchzumachen hat, noch nicht überwunden. So war man sich selbst in der Leitung des Arbeitgeberschutzverbandes noch nicht recht im klaren darüber, welche Stellung man zu den Tarifgemeinschaften einnehmen sollte. Zum Teil verhielten sich selbst die Führer den Tarifverträgen gegenüber ablehnend, wie ihre Haltung in dem Streit um die Berliner Ahtzehlernkommission beweist. Jedenfalls wurden von dieser Seite keinerlei Maßnahmen ergriffen, um die lokalen Unternehmerorganisationen dem Abschluß von Tarifverträgen geneigter zu machen. Und die örtlichen Vereinigungen der Unternehmer, als welche in der Hauptsache nur die Innungen in Frage kamen, waren erklärte Gegner von Tarifverträgen, oder sie standen der Frage mehr gleichgültig gegenüber. Soweit also in den Jahren 1904 und 1905 Tarifverträge zum Abschluß kamen, geschah das zumeist unter dem Widerstand der Unternehmer. Unsere Kollegen mußten zum Teil zum Abschluß solcher Verträge sogar langwierige Kämpfe führen.

Daß im Kreise unserer Kollegen auf den Abschluß von Tarifverträgen nunmehr großer Wert gelegt wurde, hat seine guten Gründe. Es war unserem Verband in den letzten Jahren gelungen, unter dem Einfluß der günstigeren Konjunktur und einer starken, innerlich gekräftigten Organisation größere Erfolge im Lohnkampf zu erringen. Die Kollegen hatten ein Interesse daran, diese Erfolge sich dauernd zu erhalten, ohne genötigt zu sein, um Erhaltung der einmal errungenen Position immer und immer wieder Kämpfe führen zu müssen. Die Tarifverträge waren hier das geeignetste Mittel, um Verschlechterungen zu verhindern und um stabilere Verhältnisse im Arbeitsverhältnis herbeizuführen. So kam man immer häufiger zum Abschluß von Tarifverträgen, weil man stark genug war, gute wirtschaftliche Erfolge zu erzielen, weil man stark genug war, solche Verträge den Unternehmern abzutrotzen, und weil man sich stark genug fühlte, diese Verträge selbst gegen ein vertragsfeindliches Unternehmertum verteidigen zu können. Jrgend welche ernsthafte Gegnerschaft trat in der Folge im Kreise unserer Kollegen gegen die Tarifpolitik nicht mehr in die Erscheinung, man betrachtete den Abschluß von Tarifverträgen nach günstig verlaufenen Lohnbewegungen als eine selbstverständliche Sache, über die man nicht streitet.

Von einer großzügigen Tarifbewegung im Holzgewerbe konnte aber erst dann die Rede sein, nachdem auch der Arbeitgeberschutzverband sein Interesse an dem Abschluß von Tarifverträgen erkannt hatte. Denn schließlich ist eine erspriehliche Tarifbewegung, wie auch auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß ausgeführt worden ist, doch nur möglich, wenn sie sowohl von einer starken Gewerkschafts- wie von einer starken Unternehmerbewegung getragen wird. Was nützen uns die besten Tarifverträge, wenn über ihrer Durchführung nicht auch eine einflussreiche Unternehmerorganisation wacht. Erst langsam und erst nach verschiedenen erfolglos durchgeführten Machtkämpfen mit dem Deutschen Holzarbeiterverband kam man im Arbeitgeberschutzverband zu einer anderen, den Tarifverträgen freundlicheren Auffassung, wobei man allerdings die Frage wieder nur vom Standpunkt des Scharfmachers, nicht von dem des fortgeschrittenen Unternehmers aus beurteilte. Anerkannt muß werden, daß die Leitung des Schutzverbandes in der Folge alles getan hat, um die Tarifbewegung zu fördern.

Erstmals wandte sich Herr Mahardt im September 1904 an unseren Verbandsvorstand, um ein Eingreifen der beiderseitigen Vorstände bei Lohnkämpfen in die Wege zu leiten. Er schrieb damals:

„Bei Gelegenheit einer persönlichen Besprechung zwischen Ihrem Herrn Klotz und mir (während des Streiks in Gilenburg) wurde auch die Frage erwogen, ob es nicht zweckmäßig sei, vor Ausbruch eines Streiks in Zukunft den Versuch zu machen, durch je ein Vorstandsmitglied beider Organisationen die Verhältnisse prüfen zu lassen und wenn möglich die strittigen Punkte zu beseitigen, bevor sich die Gemüter allzusehr erhitzt haben. Unstreitig würden beiden Seiten erhebliche Opfer erspart und dem Gesamtgewerbe ein unschätzbare Dienst erwiesen, wenn eine Anzahl unnützer Streiks vermieden werden könnte.“

Die hier gemachten Anregungen entsprachen ja nur den von unserer Verbandsleitung seit Jahren schon bei der Durchführung von Lohnbewegungen befolgten Grundsätzen. Nur die Haltung der Unternehmer hatte bisher an vielen Orten die friedliche Erledigung der Lohnbewegungen verhindert. Nun auch die Leitung des Schutzverbandes dem Grundsatze aufstellte, daß durch das Eingreifen der beiderseitigen Hauptvorstände der friedliche Abschluß der Lohnbewegungen versucht werden müsse, war schon eine der Voraussetzungen zur Durchführung einer großzügigeren Tarifbewegung gegeben. Es ist bezeichnend, daß erst kurze Zeit vorher die Leitung des Schutzverbandes eine der im obigen Brief ausgesprochenen konträren Auffassung vertrittende hatte, und zwar bei Abschluß des Dresdner Vertrags im Juli 1904. Die Dresdener Unternehmer hatten, „um beiden Seiten erhebliche Opfer“ zu ersparen, „dem Gesamtgewerbe einen unschätzbaren Dienst“ zu erweisen und einen „unnützen Streik“ zu vermeiden, mit unserem Verband einen Vertrag abgeschlossen, der unseren Kollegen einige Verbesserungen ihrer Arbeitsverhältnisse zugestand. Darüber wurden sie von der Leitung des Schutzverbandes in der rückhaltlosesten Weise öffentlich abgelanzelt. So schnell haben sich, unter dem Drucke der Verhältnisse, die Ansichten im Schutzverband geändert.

Übrigens kam es wiederholt zu unliebsamen Vertragsbrüchen seitens der im Schutzverband organisierten Unter-

nehmer. Der wichtigste Fall dieser Art ist der des Dr. Stoll in Leipzig. Im Verlauf der ziemlich umfangreichen Korrespondenz in dieser Sache mußte unser Hauptvorstand der Zeitung des Schutzverbandes in Berlin erklären:

„Wir gestehen Ihnen gern zu, daß die neue Einrichtung der Tarifverträge sich erst mehr einleben muß, ehe Differenzen ganz zu vermeiden sind; wenn aber selbst der Vorstand des Bezirksvereins des Arbeitgeberschutzverbandes sich einer so offenkundigen Vertragsverletzung schuldig macht, so kann hierfür solche Entschuldigung doch nicht gelten. Deshalb halten wir ein Eingreifen Ihrerseits schon im Interesse zukünftiger gemeinschaftlicher Verhandlungen für unumgänglich.“

In der Folge hat sich dann der Schutzverband im allgemeinen bestrebt gezeigt, seine Mitglieder zur Vertragstreue anzuhalten. Über seine Stellung zu den Verträgen schrieb Herr Mahardt im Juli 1905 an unseren Verbandsvorstand in einem Beschwerdebefall betreffend Halle:

„Ich brauche wohl nicht zu versichern, daß ich keinen Augenblick anstehende, gerechtfertigten Beschwerden der Arbeiter Abhilfe zu schaffen, zumal wir keinerlei Interesse daran haben, wenn sich einzelne Arbeitgeber eines Ortes von ihren Verpflichtungen nur deswegen entziehen, um durch billigere Arbeitslöhne ihren Kollegen Konkurrenz bieten zu können. Dieser Grund allein schon müßte Ihnen die Gewähr bieten, daß es absolut nicht in unserer Absicht liegt und liegen kann, den Firmen zu gestatten, daß sie geringere als die vertraglich festgesetzten Löhne zahlen.“

Trotzdem kam es häufiger noch zu unliebsamen Differenzen, weil man im Unternehmerlager es oft genug an der nötigen Vertragstreue fehlen ließ. Immerhin hat sich mit den Jahren auch im Arbeitgeberschutzverband ein Umschwung zum Besseren vollzogen. Daß man mit dem Deutschen Holzarbeiterverband rechnen müsse und deshalb die Arbeitsbedingungen nicht mehr einseitig nach dem Willen der Unternehmer festsetzen könne, das wurde mittlerweile auch dem verbohrtesten Unternehmer klar. So kam man denn auch im Unternehmerlager immer mehr zu der Auffassung, daß es schließlich die beste Lösung der Konfliktsfragen zwischen Arbeiter und Unternehmer bedeute, wenn man Tarifverträge abschließe. Die Erfahrungen, die man in einer längeren Tarifpraxis gemacht hatte, trugen auch dazu bei, die Unternehmer den Tarifverträgen geneigter zu machen. Einzelne scharfmacherische Führer des Schutzverbandes bekannten sich schon als erragerte Anhänger der Tarifbewegung. Es sei nur an Herrn Siebel in Düsseldorf erinnert, den lautesten Krieger im Streite, wenn es gilt, den Deutschen Holzarbeiterverband zu bekämpfen, der eine Zeitlang in hohen Löhnen machte über die guten Ergebnisse der Düsseldorfer Tarifbewegung und die zweckmäßige Einrichtung des Düsseldorfer Einigungsamtes im Holzgewerbe.

In dieser Zeit konnte auch häufiger beobachtet werden, wie der Schutzverband, der früher Tarifverträge mehr oder weniger entschieden bekämpft hatte, zum Abschluß solcher Verträge drängte. Bereits seit dem Abschluß des großen Berliner Kampfes im Jahre 1905 trat es auch deutlich zutage, daß der Schutzverband einen großen Entscheidungskampf gegen den Deutschen Holzarbeiterverband plane, bei dem die Tarifverträge ein wichtiges Kampfmittel gegen die Arbeiter bilden sollten. Es ist ja noch in frischer Erinnerung, wie diese Unternehmerorganisation in Berlin zum Kampfe trieb, wie sie unter der Parole „Ohne Vertrag keine Arbeit“ in 13 Städten eine Aussperrung durchführte, um den Zusammenbruch unseres Verbandes herbeizuführen und schließlich den Abschluß eines einseitlichen Vertrages für das ganze Industriegebiet, auch für jene Orte, wo Verträge noch zu Recht bestanden, zu erreichen. Offenbar war bei den Anhängern der Schutzverbandes die Tarifgemeinschaft das einzige Mittel, um gegen den Deutschen Holzarbeiterverband künftig mit Erfolg operieren zu können, und so suchte man strupellos, mit allen Mitteln, den Reichstarif zur Durchführung zu bringen. Man scheute selbst vor Vertragsbrüchen nicht zurück, wie das Vorgehen der Unternehmer in Burg und Kiel beweist, um dieses Ziel zu erreichen. Immerhin gelang es nur in 13 Städten, eine Aussperrung durchzuführen. Nun setzten die Unternehmer ihre ganze Hoffnung auf die Maisfeier. Sie rechneten damit, daß unsere Kollegen an allen bedeutenderen Verbandsorten wie alljährlich so auch im Jahre 1907 den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern würden, und wollten das zum Anlaß eines Vertragsbruchs nehmen. Sie beschloßen, daß überall da, wo am 1. Mai gefeiert würde, die Verträge als gelöst zu betrachten seien. In allen diesen Städten sollte die Arbeitsruhe am 1. Mai mit sofortiger Aussperrung beantwortet werden. Auf diese Weise hofften die Unternehmer eine bedeutende Ausdehnung des Kampfes und — die Durchführung des Reichstarifens erreichen zu können. Diese Kalkulation der Unternehmer stimmte nicht recht, weil sie nicht mit der glänzenden Disziplin und Selbstverleugnung unserer Kollegen rechnete. Unsere Kollegen an den Vertragsorten verzichteten, um die Pläne der Scharfmacher zu durchkreuzen, zumeist auf die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai, so daß es den Unternehmern nicht gelang, der Bewegung eine größere Ausdehnung zu geben. Nach siebzehnjährigem Kampfe waren die Unternehmer genötigt, mit dem Deutschen Holzarbeiterverband Frieden zu schließen, nachdem sich für sie die Unmöglichkeit herausgestellt hatte, ihr Scharfmacherprogramm durchzuführen.

Was in dem vorjährigen Kampfe nicht erreicht wurde, hoffte der Arbeitgeberschutzverband nun in diesem Jahre durchzuführen. Man glaubte, unsere Organisation sei so geschwächt, daß sie einen erneuten schweren Kampf nicht wagen würde, am wenigsten in der Krise, die mittlerweile eingetreten war. Wieder wurden die bis 1. April 1908 ablaufenden Verträge auf der ganzen Linie gekündigt unter dem festen Vorbehalt, uns zum Abschluß eines gemeinsamen

Vertrags bis zum 12. Februar 1910, dem Ablauftermin der vorjährigen Verträge, zu zwingen, um wenigstens an diesem Zeitpunkt die Tarifgemeinschaft für das ganze Industriegebiet durchführen zu können. Zur besseren Durchführung dieses Programms verbündete man sich sogar mit den Scharfmachern im Baugewerbe. Auch dieses Programm hat der Schutzverband nicht durchführen können. Unsere Organisation war trotz des schweren Kampfes im Vorjahr ungeboren, das erkannten die Schutzverbandsführer gut genug. Wir hätten mit allen Mitteln die Durchführung des Scharfmacherprogramms des Schutzverbandes zu verhindern versucht. Es wäre zu einem schweren Kampfe gekommen, gegen den selbst der vorjährige Kampf ein Kinderspiel gewesen wäre. Und die Folgen dieses Kampfes, möchte er ausfallen wie immer, mußten die Unternehmer mehr fürchten als die Arbeiter.

So kam es zum Abschluß eines gemeinsamen Vertrages mit dem Endtermin des 11. Februar 1911, der uns noch Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse in allen an der Bewegung beteiligten Städten brachte. So viel über die Entwicklung der Tarifbewegung in der Holzindustrie.

Mancher Kollege wird nun der Auffassung sein, daß sich der Holzarbeiterverband nicht konsequent gehalten sei, als er, der seit 10 Jahren die Tarifbewegung entschieden gefördert hat, den Abschluß des von den Unternehmern geforderten Reichstarifens verhinderte. Ein Widerspruch liegt hier aber nicht vor. Wir sind entschiedene Anhänger der Tarifbewegung, heute mehr als je. Wir wissen auch, daß die Konsequenz unserer Tarifbewegung, das schließliche und erstrebenswerte Ziel derselben, nur der Reichstarif sein wird, und wir werden den Tag mit Freuden begrüßen, an dem es möglich sein wird, diesen Tarif auf breiter Grundlage zur Durchführung zu bringen. Aber wir wissen auch, daß jede Beschleunigung, jede treibhausmäßige Entwicklung dieser Bewegung nur von großem Schaden ist, sowohl für die Arbeiter wie für das ganze Gewerbe und für die Volkswirtschaft. Ein solcher Tarif ist nur möglich und heilbringend, wo auf beiden Seiten, bei den Arbeitern wie bei den Unternehmern auch der gute Wille zu ernstlicher Durchführung einer Tarifgemeinschaft besteht und wo auf beiden Seiten auch die genügenden moralischen und sonstigen organisierten Mittel vorhanden sind, um einer solch schwerwiegenden Vereinbarung auf breiter Grundlage auch Geltung verschaffen zu können. Diese Voraussetzungen sind aber in unserer Industrie ab seit den Unternehmern noch nicht gegeben. Die leichtfertigen Vertragsbrüche in Burg und Kiel, der Dresdener Beschluß des Schutzverbandes in der Maisfeierfrage, durch den sich die Unternehmer über die bestehenden vertraglichen Verpflichtungen ohne Strupel hinwegsetzen wollten, die wenig ernste Art und Weise, wie in diesem Jahre vom Schutzverband an den einzelnen Orten die Vertragsverhandlungen geführt wurden, die Art und Weise, wie von einzelnen Unternehmerorganisationen jetzt, nach dem Leipziger Schiedsspruch, die ganze Vertragsfrage behandelt wird — alles das läßt uns erkennen, daß bei den Unternehmern noch nicht die nötigen Voraussetzungen gegeben sind, die es uns ermöglichen, mit ihnen eine Tarifgemeinschaft durchzuführen zu können. Unter diesen Verhältnissen einen Reichstarif abzuschließen, würde heißen, eine Quelle fortgesetzter schwerer Konflikte schaffen. Das kann natürlich nicht unsere Absicht sein, im Gegenteil müssen wir mit allen Mitteln den vorzeitigen Abschluß eines Reichstarifens zu verhindern versuchen.

Das auch schon deshalb, weil der Schutzverband in den beiden großen Bewegungen im letzten und in diesem Jahre in der Hauptsache von scharfmacherischen Absichten sich leiten ließ. Im Grunde genommen wünschten die Unternehmer doch nicht die Tarifgemeinschaft, um den Frieden im Gewerbe zu fördern und um der Tariffrage zu dienen, sie wollten nur den Reichstarif zum Zwecke der Schwächung und Fesselung unserer Organisation gegenüber den Scharfmacherbestrebungen. Eine solche Tarifgemeinschaft darf eine mannhafte Arbeiterorganisation nicht eingehen, schon um ihr Renommee nicht zu verlieren; dann aber wieder aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen nicht. Eine Tarifgemeinschaft, die doch nur zur Förderung scharfmacherischer Ziele der Unternehmer abgeschlossen wäre, würde doch nur zu fortgesetzten Kämpfen Anlaß geben und sie würde bald in sich selbst verfallen.

Schließlich verbot sich auch der Abschluß eines Reichstarifens wegen der großen Unterschiede der Erwerbsverhältnisse an den verschiedenen Orten, und wegen der Unterschiede in den materiellen Bedingungen der bestehenden Verträge. Hier muß erst nachgeholfen werden, damit eine vernünftige und mögliche Grundlage für einen Reichstarif geschaffen wird.

Das alles sind aber Hindernisse des Abschlusses eines Reichstarifens, die bei einigem guten Willen in wenigen Jahren zu beseitigen sein sollten. Wir können viel dabei mitwirken, daß die Tarifgemeinschaft in unserem Gewerbe bald zur Tatsache werde. Wir können erzieherisch auf die Unternehmer wirken, daß sie bessere Vertragskontrahenten werden, ihre Ehre dareinsetzen, die einmal abgeschlossenen Verträge auch hochzuhalten und durchzuführen; wir können an der Besserung der Arbeitsverhältnisse an den ungünstiger gestellten Orten vege mitwirken, um auch in dieser Beziehung die Möglichkeit des Abschlusses eines Reichstarifens zu schaffen; wir können schließlich den Unternehmern ihre scharfmacherischen Mienen austreiben — alles, wenn wir eine starke, leistungsfähige und zielbewusste Organisation im Deutschen Holzarbeiterverband schaffen. Unser Verband zählt zurzeit rund 150000 Mitglieder, er verfügt über ein Vermögen von rund 3 Millionen Mark; es ist ihm gelungen, für rund 100000 Kollegen Tarifverträge durchzuführen. Einer solchen Kampferfahre muß es bei zielbewusster Arbeit ein leichtes sein, die Voraussetzungen für einen Reichstarif zu schaffen.

Ein epochemachendes Ereignis

nennt Eduard Bernstein in einem Brief an den „Grundstein“ den Abschluß der Tarifverträge im Baugewerbe und in der Holzindustrie. Der interessante Brief lautet:

„Werte Redaktion!

Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen und durch Ihre Vermittlung dem Maurerverband zu dem soeben abgeschlossenen Tarifvertrag meinen Glückwunsch auszusprechen. Ich halte den Umstand, daß es dem Verband gelungen ist, diesen Vertrag zu erwirken, sowie den Abschluß des gleichartigen Vertrags im Holzarbeitergewerbe geradezu für ein Ereignis und habe diese Abschlüsse auch in meiner Maifestrede bei den Metallarbeitern Berlins als überaus hoffnungsvolle Erscheinungen in diesen, für viele Arbeiter so schweren Tagen begrüßt.

Bisher ist es den Gewerkschaften fast nur gelungen, bei guter Geschäftszustand Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Diese Verbesserungen gingen aber bei dem dann folgenden Geschäftsdruck anfänglich ganz und später zu einem großen Teil wieder verloren. Die Kurve der Löhne stellte so ein Zickzack dar, der ziemlich parallel ging der Kurve des Geschäftsganges. Dies verriet eine Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage, bei der es immer noch Leute geben konnte, die den Nutzen der Gewerkschaften in Frage stellten. Sie behaupteten, daß die Gewerkschaften ihre Lohn-erfolge sich zu Unrecht aufs Konto schrieben; bei freiem Wanken der Konkurrenz würde die steigende Nachfrage die gleichen Lohnsteigerungen zur Folge gehabt haben.

Das war falsch, aber es barg doch ein Körnchen Wahrheit. Die Gewerkschaften haben die Arbeiter in den Stand gesetzt, die günstigen Konjunkturen viel energischer und systematischer auszunutzen, als es den vereinzelt Arbeitern gelingen konnte. Aber das war doch nur erst die Hälfte der zu lösenden Aufgabe. Die andere, größere und meiner Ansicht nach sehr viel bedeutungsvollere Aufgabe war, dem Druck der schlechten Konjunktur eine so starke Gegenkraft entgegenzusetzen, daß er die Lohnhöhe nicht treffen konnte.

Das ist nun durch den Maurerverband und den Holzarbeiterverband diesmal in einem Umfang und unter Bedingungen erzielt worden, wie nie zuvor in diesen großen Werken. Nur einige noch bevorzugte Industrien haben bisher Ähnliches durchgesetzt. In ihrer Art aber sind die beiden Verträge in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung bisher ohne Beispiel, und selbst die englische Gewerkschaftsbewegung kann ihnen nicht allzuviel Gleichwertiges zur Seite stellen.

Wir stehen in einer Periode großen Geschäftsdrucks, deren Verlauf sich noch gar nicht übersehen läßt. Es kann den organisierten Kapitalmächten gelingen, sie abzukürzen, Naturereignisse (schlechte Ernte usw.) und politische Entwicklungen können sie erheblich verlängern. Wenn da eine Arbeiterorganisation mit einem machtvollen Unternehmerverband zu einem Vertrag kommt, dessen erster und bestimmender Satz lautet: „In keinem Lohngebiet darf irgend eine Verschlechterung der Lohnbedingungen eintreten“, so ist das, ich wiederhole es, ein geradezu epochemachendes Ereignis, ein Ereignis, das an Bedeutung gar manche Aufsehen erregenden „Siege“ überstrahlt.

Wohl mag der Abschluß manche Hoffnungen unerfüllt lassen, wohl mag die Ausschließung von Lohnverschlechterungen vielen nicht genügend erscheinen in einer Zeit, wo die Lebensmittelpreise dank unserer agrarischen Wirtschaftspolitik eine fortgesetzte Steigerung erfahren. Aber das steht auf einem anderen Blatt. Bisher wurden die Arbeiter bei solchem Anlaß von zwei Seiten her geschlagen. Daß sie nach der einen Seite gedeckt sind, wird sie um so mehr befähigen und muß ihnen auch ein um so größerer Ansporn sein, den Kampf nach der anderen Seite hin nicht minder zu führen. Daß diese Deckung erzielt wurde, ist ein hoffnungsvolles Zeichen dafür, daß der Kampf der Gewerkschaften immer weniger Sisyphusarbeit wird, immer sicherer zur tatsächlichen Hebung der Arbeiterklasse führt. In diesem Sinne bleibt der Abschluß der Verträge ein denkwürdiges Ereignis in den Annalen des Arbeiterkampfes, das uns alle mit Begeisterung erfüllen muß.

Mit sozialdemokratischem Gruß Ed. Bernstein.

Staffelbeiträge.

Unter den zum bevorstehenden Verbandstag gestellten Anträgen befindet sich eine größere Zahl, welche die Einführung von Staffelbeiträgen fordern. Daß derartige Wünsche in den verschiedensten Gegenden laut werden, kann nicht wundernehmen, denn tatsächlich sind die Einkommensverhältnisse der Verbandsmitglieder so verschieden, daß der gegenwärtige Beitrag von 50 Pf. pro Woche für manchen Kollegen ein schweres Opfer bedeutet, während andere den gleichen oder einen höheren Betrag mit leichter Mühe abstoßen können. Der Gedanke, dieser Verschiedenartigkeit des Einkommens durch entsprechende Differenzierung des Beitrages Rechnung zu tragen, liegt so nahe, daß nicht auffallen kann, dahingehenden Anträgen schon zu einer Zeit zu begegnen, wo die Verbandsbeiträge kaum eine nennenswerte

Höhe erreicht hatten. Zum erstenmal wurden Anträge auf Einführung von Staffelbeiträgen an den Verbandstag in Nürnberg 1900 gestellt. In der Folge wiederholten sich die Anträge, aber kein Verbandstag ist ihnen näher getreten; auch auf dem letzten Verbandstag in Köln fanden die betreffenden Anträge nicht die genügende Unterstützung, so daß sie nicht erst in Beratung gezogen wurden.

Ob der Verbandstag in Stettin ebenso leicht über die Frage hinweggehen wird, ist zum mindesten zweifelhaft. Nicht nur, daß das Verlangen nach Klassenbeiträgen in verschiedenen Teilen des Reiches laut wird, auch die Verhandlungen auf den kürzlich abgehaltenen Gautagen haben gezeigt, daß eine starke Strömung für eine Differenzierung der Beiträge vorhanden ist. Zwar wurden die Anträge auf Einführung von Staffelbeiträgen fast durchweg abgelehnt, immerhin haben aber die gepflogenen Diskussionen bewiesen, daß ein nennenswerter Bruchteil der Mitglieder Staffelbeiträge wünscht. Aus diesem Grunde dürfte es sich empfehlen, auf dem Verbandstag zum mindesten eine Aussprache über den Gegenstand herbeizuführen, um so zu einer Klärung der Sache zu kommen.

Die Befürworter der Staffelbeiträge weisen darauf hin, daß es noch in vielen Gegenden größere Massen von Berufsgenossen gibt, die für die Organisation zu gewinnen wären, wenn nicht die Höhe des Beitrages sie davon abhielte, dem Verband beizutreten. Des ferneren wird auf die Konkurrenz anderer Organisationen verwiesen, die, gestützt auf niedrige Beiträge, eine erfolgreiche Agitation unter den Holzarbeitern entfalten. Bei dem Verlangen nach Klassenbeiträgen spielt auch der Gedanke eine Rolle, daß der Verband mit dem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Dauer nicht imstande ist, seine Aufgaben in wünschenswerter Weise zu erfüllen. Der weitere Ausbau der Unterstützungseinrichtungen wird gewünscht, man möchte die verschiedenen Unterstützungszweige erhöhen, aber das ist nur möglich bei einer Erhöhung der Beiträge. Der letzteren steht jedoch das geringe Einkommen vieler Mitglieder entgegen, und da erscheint die Einführung von Staffelbeiträgen als der einzige Ausweg.

Man wird diesen Gedankengängen eine gewisse Berechtigung nicht bestreiten können, und die Befürworter der Staffelbeiträge stellen sich deren Einführung um so leichter vor, als bereits eine Anzahl von Gewerkschaften auf diesem Wege vorangegangen ist. In Wirklichkeit ist die Sache aber keineswegs so einfach, wie sie auf den ersten Blick aussieht, und wir werden gut tun, die entgegenstehenden Bedenken sehr ernsthaft zu prüfen, ehe wir einen solchen Schritt wagen.

Wenn auch die verschiedenen Gewerkschaften in gewisser Beziehung nach gleichen Grundfragen verwaltert werden und zwischen ihnen mancherlei Berührungspunkte existieren, so gibt es doch auch auf der anderen Seite in den verschiedenen Berufen und ihren Organisationen so viele Besonderheiten, daß Einrichtungen, die sich in dem einen Verband berühren, nicht ohne weiteres auch für einen anderen schicken. Bis jetzt haben es auch die der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften noch nicht zu einer einheitlichen Organisationsform gebracht; es gibt noch immer neben den Industrieverbänden auch Branchenorganisationen, und dieser Unterschied fällt bei der Frage der Einführung von Staffelbeiträgen sehr wesentlich ins Gewicht. Es ist kein Zufall, daß die Organisationen, die Staffelbeiträge eingeführt haben, wohl ausschließlich Branchenorganisationen sind.

Man könnte bei oberflächlicher Betrachtung des Problems zu der Meinung kommen, daß sich das Bedürfnis nach einer Staffelung der Beiträge in den Industrieverbänden zunächst geltend macht und hier in erster Linie befriedigt werden muß. Sie mag es aber gerade die Industrieverbände am nächsten am Einheitsbeitrag festhalten; und das hat seine guten Gründe. In den Berufsverbänden ist die Staffelung verhältnismäßig leicht durchzuführen. Weisen die Löhne der Arbeiter des gleichen Berufs in einem Orte auch gewisse Unterschiede auf, so sind diese doch nicht so bedeutend, als daß nicht für den gleichen Ort ein gleicher Beitrag durchgeführt werden könnte. Am leichtesten arbeiten in dieser Beziehung die Organisationen der Bauberufe, bei denen die Löhne, die an einzelnen Orten gezahlt werden, nur unbedeutende Unterschiede aufweisen. Hier lassen sich ohne Mühe Bestimmungen durchführen, nach welchen der Beitrag zur Organisation in einem gewissen Verhältnis zum Verdienst gesetzt wird. In der Praxis ist dann der Wochenbeitrag für alle Mitglieder am selben Orte gleich.

Für die Industrieverbände liegen die Dinge viel komplizierter. Wenn man speziell in unserem Holzarbeiterverband Staffelbeiträge einführen wollte, dann wäre zunächst die Frage zu beantworten, in welcher Richtung wollen wir staffeln, soll die Staffelung nach Berufen oder nach Orten oder gar unter Berücksichtigung beider Momente erfolgen? Jede Art der Gliederung bietet bei der ungeheuren Verschiedenheit der Lohnverhältnisse die größten Schwierigkeiten, und jeder Versuch dürfte lehren, daß es geradezu unmöglich ist, allen berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen. Am besten würde man zu einer gerechten Einteilung gelangen, wenn man für jeden Ort für die verschiedenen Berufe verschiedene Beiträge erheben würde. Die Durchführung eines solchen Planes bedeutet jedoch eine ungeheure Komplizierung der Verwaltungsarbeiten. Vorgegenwärtigt man sich die Mühe, welche jetzt schon bei den verhältnismäßig einfachen Verhältnissen die ordnungsmäßige Führung der Geschäfte in den Zahlstellen verursacht, dann kann man sich vorstellen, welche Schwierigkeiten zu überwinden wären, wenn mit einer Anzahl verschiedener Beitragsklassen gerechnet werden muß.

Diese Schwierigkeiten wären um nichts geringer, wenn man davon absehen wollte, die Mitglieder durch bestimmte

Vorschriften den einzelnen Klassen zuzuweisen und es dem einzelnen überlasse, in welcher Klasse er seine Beiträge zahlen will. In den meisten Zahlstellen würde man so oder so mit ebensoviel Beitragsklassen rechnen müssen, als im Verband eingeführt sind. Sind aber der Schwierigkeiten und Umstände schon viele bei der Erhebung der Beiträge, so werden diese noch bedeutend vermehrt, wenn es gilt, die Unterstützungszahlen auszuwählen. Davon, daß zwar die Beiträge verschieden, die Unterstützungen aus der Verbandskasse aber gleich hoch sein sollen, kann wohl keine Rede sein. Man hat im Verband die Ungerechtigkeiten empfunden, die in dem früheren Zustand lag, daß bei gleichen Beiträgen die jeweiligen Streikunterstützung vom Vorstand den örtlichen Verhältnissen entsprechend bemessen wurde, und durch die statutarische Festlegung der Streikunterstützung ist der Grundsatz zur Geltung gebracht, daß gleiche Beiträge die gleichen Rechte an den Verband bedingen. Bei der Berechnung der Unterstützungszweige, und zwar in allen Unterstützungszweigen, wird es Ärger und Umstände bei Auszahlung und Empfänger geben, ganz abgesehen von den vorerwähnten Fehlern, die nicht zu vermeiden sind, wo doch der weitaus größte Teil der Zahlstellentaxierer ihre Funktion ehrenamtlich nach Feierabend ausübt. Vermehrt werden diese Schwierigkeiten noch durch die Fluktuation der Mitglieder. Je nach dem Beschäftigungsort ist der Verdienst des Mitglieds verschieden, und dementsprechend wird der einzelne Beiträge in den verschiedenen Beitragsklassen zahlen. Solche Mitglieder, die Beiträge in verschiedener Höhe bezahlt haben, gerecht zu behandeln, wird weitere Schwierigkeiten machen und das Amt des Kassierers noch mehr erschweren.

Alle diese Umstände lassen es begreiflich erscheinen, daß man der Einführung von Staffelbeiträgen im Deutschen Holzarbeiterverband bisher nicht näher getreten ist. Ein zwingendes Bedürfnis ist auch im Augenblick noch nicht vorhanden. Abgesehen davon, daß wir zurzeit ja zwei Beitragsklassen haben insofern, als weibliche und jugendliche Mitglieder nur Beiträge in halber Höhe zahlen, läßt sich der eigentliche Zweck, der mit den Staffelbeiträgen verfolgt wird, erreichen durch den Ausbau des Systems der lokalen Extrabeiträge. Darüber, daß wir auch bei Einführung von Staffelbeiträgen mit der untersten Klasse für erwachsene männliche Mitglieder nicht unter 50 Pf. wöchentlich herabgehen können, dürfte wohl Einverständnis herrschen. Lassen wir es also, einstweilen wenigstens, bei diesem Satz als Grundbeitrag. Dort, wo die Möglichkeit und das Bedürfnis vorliegt, höhere Beiträge zu erheben, geschieht das jetzt schon ohnehin. Was uns aber jetzt fehlt, ist eine gewisse Elastizität des Extrabeitrages in den einzelnen Orten; es muß den Zahlstellen gestattet werden, bestimmte Personenzweige oder Berufsgruppen von der Zahlung des Lokalbeitrags ganz oder teilweise zu entbinden. Wir bekämen damit allerdings in manchen Orten doch Beiträge in verschiedener Höhe. Da es sich aber hierbei nur um größere Orte handeln kann, die ohnehin einen besoldeten Beamten haben, so ließe sich die erwachsende Mehrarbeit wohl in den Kauf nehmen.

Wenn der Verbandstag alle diese Umstände erwägt, dürfte er auch diesmal wieder zur Ablehnung der Anträge auf Einführung von Staffelbeiträgen kommen. Und wenn später das Bedürfnis zur Erhöhung der Verbandsbeiträge unabwiesbar werden sollte, dann dürften sich, wie das vergangene Jahr gezeigt hat, immer noch Wege finden, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen, ohne den Verwaltungsmitgliedern die Strapazen aufzuerlegen, welche die Staffelbeiträge notwendig im Gefolge haben.

Allerlei Anträge und Anregungen zum Verbandstag.

Obwohl dieser Verbandstag wichtige, in das Verbandsleben tief einschneidende Statutenänderungen nicht zu beschließen haben wird, ist in den letzten Wochen und Monaten doch eine wahre Flut von Anregungen und Anträgen auf den Verband herniedergegangen. Es ist das gewiß ein erfreuliches Zeichen. Wir ersehen hieraus, daß doch viele viele Kollegen regen Anteil am inneren Verbandsleben nehmen, daß ihnen der Verband am Herzen liegt und daß sie deshalb alles daran setzen möchten, um ihn auszubauen, zu vervollkommen. Die Freude über so viel Verbandsinteresse wird nur wenig beeinträchtigt durch den Umstand, daß sich unter den Vorschlägen und Anregungen zum Ausbau des Verbandes manches Unreife und durchaus Unmögliches sich befindet, was fähige Überlegung und gute praktische Erfahrung nicht zur Diskussion gestellt haben würde. Wir wollen an dieser Stelle kurz einige Anträge besprechen.

Besonders zahlreich sind diesmal die Anträge auf Einführung von Staffelbeiträgen im Verband. Was hierüber zu sagen ist, haben wir in einem besonderen Artikel gesagt.

Unter den Anträgen befinden sich auch einige, welche auf eine Erhöhung der Beiträge hinzielen. Es darf wohl schon jetzt betont werden, daß von einer Annahme dieser Anträge keine Rede sein kann. Der Verbandstag in Köln hat erst eine Beitragserhöhung durchgeführt; eine neue Beitragserhöhung schon auf diesem Verbandstag würde nur unruhigend auf das Verbandsleben wirken. Wir bedürfen jetzt aber mehr als je der Ruhe im Verband, damit unsere Kollegen sich besser an die Einrichtungen der Organisation gewöhnen, gefestigter werden. Diese durchaus notwendige Arbeit einer besseren inneren Festigung unserer Organisation würde durch eine Beitragserhöhung wohl gestört werden.

Aus den gleichen Gründen empfiehlt es sich auch, die zahlreichen Anträge, welche eine Erweiterung des Unterstützungswezens bezwecken, abzulehnen. Wir meinen, auf

dem Gebiet wäre durch die weitgehenden Beschlüsse der letzten Verbandstage wirklich genügend getan worden, so daß ein Bedürfnis nach neuen Unterstützungsanstaltungen oder Erweiterung der bestehenden nicht vorliegt. Man sollte schließlich doch nicht vergessen, daß die vor zwei Jahren beschlossene Krankenunterstützung erst zu kurze Zeit besteht, so daß ein abschließendes Urteil über die finanzielle Belastung des Verbandes durch diese Einrichtung noch nicht möglich ist. Es wäre unklug, wollte man den Verband in dieser Situation weiter finanziell belasten durch Einführung neuer oder Erweiterung bestehender Unterstützungsanstaltungen.

Einige Antragsteller wollen allerdings gerade hier recht gründlich reformieren. Da soll die Karenzzeit bei Arbeitslosenunterstützung, die jetzt 7 Tage beträgt, auf 4 Tage, auf 3 Tage, auf 2 Tage herabgesetzt, nach dem Willen der Zahlstellen Burg, Erlangen und Kissingen sogar ganz beseitigt werden. Da werden Erhöhungen der Reise-, der Umzugs-, der Gemahregelten- und der Streitunterstützungen beantragt. Die Krankenunterstützung, die noch nicht zwei Jahre in Kraft ist, soll jetzt schon bedeutende Veränderungen erfahren. Auch hier soll die jetzt siebenjährige Karenzzeit für den Bezug der Unterstützung beschränkt werden, und zwar auf 5, 4 oder 3 Tage; ein Antrag Pasing verlangt sogar Beseitigung der Karenzzeit. Die Annahme dieser Anträge würde dem Verband finanzielle Verpflichtungen auferlegen in einer Höhe, daß eine Beitragserhöhung von mindestens 20 bis 25 Pf. notwendig wäre. Ob die Antragsteller gar nicht an diese notwendige Folge ihrer Anträge gedacht haben? Wenn nicht anders, so müßten sie aus den Verhandlungen der Verbandstage in Nürnberg, Mainz und Köln über die Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wissen, daß gerade die Beschränkung oder Beseitigung der Karenzzeit bei diesen Unterstützungsweigen eine schwere finanzielle Belastung des Verbandes im Gefolge haben müßte. Die Erfahrungen, die man in einigen Zahlstellen mit der Beschränkung oder dem Ausschluß der Karenzzeit bei Arbeitslosen- und Krankenunterstützung gemacht hat, sollten uns auch davon abhalten, so weitgehende Statutenänderungen zu beschließen. Auch die gegenwärtige Situation mahnt uns zu größter Vorsicht. Berücksichtigt man, daß der Verband eben erst einen schweren Kampf durchzuführen hatte, der an seine Kräfte hohe Anforderungen stellte, und daß ähnliche Kämpfe in einer nicht zu ferneren Zukunft mehr als wahrscheinlich sind, so haben wir alle Veranlassung, zunächst unseren Kampffonds zu stärken, ehe wir uns auf dem Gebiet des Unterstützungswesens noch mehr engagieren.

Unannehmbar sind für den Verband in seiner gegenwärtigen Situation auch alle jene Anträge, welche den älteren Verbandsmittgliedern besondere Vergünstigungen gewähren wollen. Auch hier werden sehr weitgehende Vorschläge gemacht. Ein Antrag Bremen will Beitragsbefreiung für jene Mitglieder, die durch hohes Alter bedeutend unter dem Durchschnittsverdienst verdienen und mindestens zehn Jahre im Verband sind. Ein Antrag Werdau will den älteren Mitgliedern eine Vergünstigung in Befreiung der Beiträge unter Aufrechterhaltung sämtlicher erworbenen Rechte gewähren. Ein Antrag Greiz will Mitglieder, welche 1040 Beiträge geleistet haben, von der Beitragspflicht entbinden unter Wahrung ihrer vollen Mitgliedsrechte. Ein Antrag Oberfeld will Mitgliedern, welche dem Verband 15 Jahre ununterbrochen angehören und für diese Beiträge entrichtet haben, im Falle der Invalidität von der Beitragspflicht entbinden. Schließlich ist hier auch ein Vorschlag des Kollegen W. Wilder-Schweidnitz zu nennen, wonach Mitglieder, welche 20 Jahre ununterbrochen ihre Beiträge geleistet und das 50. Lebensjahr erreicht haben, von der Beitragspflicht entbinden werden sollen, und zwar unter Belassung in ihren vollen Mitgliedsrechten. Alle diese Anträge sind zurzeit durchaus undiskutabel. Sie laufen im Grunde genommen auf nichts anderes hinaus, als darauf, den älteren Mitgliedern nach einer unverhältnismäßig niedrigen Mitgliedschaft eine Invalidenunterstützung zu gewähren, die wieder unverhältnismäßig hoch bemessen sein soll und deren finanzieller Effekt gar nicht zu übersehen ist. Mit solchen Experimenten sollte der Verband doch verschont werden. Das Schönste bei der Sache ist, daß keine der Zahlstellen, welche diese Anträge stellt, daran denkt, für die Deckungsmittel zur Durchführung dieser schwierigen Anträge Sorge zu tragen, das heißt entsprechende Erhöhung der Beiträge zu beantragen. Ein recht bequemes Verfahren, das Unterstützungswesen des Verbandes auszubauen!

Sympathisch ist uns ein Antrag Mannheim, wonach Branchenkonferenzen künftig nur mit Zustimmung des Verbandstages abgehalten werden sollen. Nach unserer Meinung wird bezüglich der Wünsche auf Abhaltung von Branchenkonferenzen doch das Gute zuviel getan, da ist es immerhin am Platze, wenn der Verbandstag die Konferenzbedürfnisse auf ein erträglicheres Maß einschränkt. Dagegen stimmen wir den Anträgen, welche den Vertretern der Branchenzentralkommissionen und den Lokalbeamten Sitz und Stimme auf den Verbandstagen einräumen wollen, nicht zu. Diesen Anträgen folgen, hieße die Verbandstage in der Hauptsache zu einer Versammlung von Beamten und Branchenzentralkommissionären machen, das hieße auch den Großstädten ein bedeutendes Übergewicht über die anderen Zahlstellen geben. Das kann es nicht geben. Zahlstellen mit besoldeten Beamten wählen ohne weiteres zumeist in einem abgeschlossenen Wahlbezirk, sie haben es deshalb leicht, ihren Beamten als Delegierten zu entsenden. Nun sie das nicht, so ist das ihre Sache, die den Verband nichts angeht. Für den Fall aber dem Beamten noch eine besondere Vertretung auf dem Verbandstag zuzubilligen, das geht denn doch nicht an.

Nur noch einige Worte zu dem Antrag Oberfeld, als neuen Absatz zu § 3 einzuschalten: „Abschaffung der Affordarbeit“. Dieser Antrag entspricht sicher nicht einem dringenden Bedürfnis, und er fordert von dem Verband geradezu Unmögliches. Von dem Verband die Abschaffung der Affordarbeit fordern wollen, hieße von ihm die Abschaffung des gegenwärtigen Lohnsystems überhaupt fordern. Eine solche Aufgabe kann der Verband selbstverständlich nicht lösen; er kann lediglich dahin wirken, daß unseren Kollegen im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung eine erträgliche, eine menschenwürdige Existenz wird. Alles was über den Rahmen dieses heute Möglichen hinausgeht, und dazu zählt die Forderung auf Abschaffung der Affordarbeit, geht über den gewerkschaftlichen Pflichtenkreis hinaus. Es hat deshalb keinen Sinn, vom Deutschen Holzarbeiterverband zu verlangen, er solle die Affordarbeit abschaffen, weil das nicht durchführbar ist, und weil ein solches Bestreben im kapitalistischen Zeitalter schließlich unvernünftig wäre.

Konferenz der Sutformenmacher.

Abgehalten am 19. und 20. April zu Dresden.

Schon seit einer Reihe von Jahren ging das Bestreben der im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Kollegen dahin, eine mündliche Aussprache von Vertretern der einzelnen in Betracht kommenden Orte herbeizuführen. Da unser Beruf ein in sich selbst abgeschlossener ist, so war es auch nicht möglich, uns an einer Konferenz verwandter Branchen zu beteiligen. Nach Überwindung der verschiedensten Schwierigkeiten ist nun endlich diese Besprechung zustande gekommen. Obwohl nur vier Orte mit je einem Delegierten vertreten waren, haben doch die Verhandlungen gezeigt, daß die Aussprache dringend nötig war. Die hierbei gefaßten Beschlüsse werden voraussichtlich auch zur Hebung der Lage der Kollegen und zur Stärkung der Organisation beitragen.

Vertreten waren die Städte Breslau, Berlin, Dresden und Wien. Aus den gegebenen Situationsberichten geht hervor, daß in bezug auf Lohn und Arbeitszeit recht ungleichmäßige Verhältnisse bestehen. Es war deshalb die hauptsächlichste Aufgabe der Konferenz, Anregung zur Herbeiführung gleichmäßiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu geben.

In Berlin sind 19 Mann beschäftigt, davon sind 12 organisiert. Die Arbeitszeit beträgt 52 Stunden wöchentlich, bei einem Verdienst von 65 bis 70 Pf. pro Stunde. In letzter Zeit ist infolge des unkollegialen Verhaltens der Nichtorganisierten eine Verschlechterung der Verhältnisse eingetreten.

Breslau beschäftigt 20 Kollegen, davon sind nur 10 organisiert. Bei einer früheren Lohnbewegung wurde die neunstündige Arbeitszeit und Lohnarbeit eingeführt. Dadurch, daß eine Anzahl der Kollegen der Organisation wieder den Rücken kehrte, gelang es den Unternehmern im vorigen Jahre, die Affordarbeit wieder einzuführen. Hier wird es hauptsächlich Aufgabe der Ortsverwaltung sein, die Branchenleitung in ihren Organisationsbestrebungen tatkräftig zu unterstützen.

Besser ist der Organisationsstand in Dresden, doch sind die Arbeitsverhältnisse hier am ungünstigsten. Von 49 am Orte Beschäftigten sind nur 2 nicht organisiert. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt durchschnittlich noch 58 Stunden und wird nur in Afford gearbeitet. Hierbei wurde im letzten Jahre ein Durchschnittsverdienst von 1571 Mk. erzielt. Als besonders ungünstig ist es zu betrachten, daß außerordentliche Unterschiede in der Lohnhöhe vorkommen. So differiert der Verdienst zwischen 950 und 3000 Mk. Die größere Hälfte der Kollegen hat jedoch den oben angegebenen Durchschnitt nicht erreicht. Zurzeit befinden sich die Kollegen in einer Lohnbewegung. Es werden gefordert 58 stündige Arbeitszeit und eine teilweise Erhöhung der Arbeitslöhne, Bewahrung eines Minimums von 60 Pf. bei Lohnarbeit sowie einige Forderungen untergeordneter Bedeutung.

In Wien werden 32 Sutformenmacher beschäftigt, davon sind 26 organisiert. Gearbeitet wird nur in Wochenlohn und schwankt derselbe zwischen 20 und 50 Kr. Der durchschnittliche Lohn beträgt 36 Kr.; die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Die Organisation ist hier eine besonders straffe, und nur so ist es zu erklären, daß sich die Wiener Kollegen in verhältnismäßig kurzer Zeit gegenüber früher sehr günstige Positionen geschaffen haben. Auch hier befinden sich die Kollegen in einer Lohnbewegung und sind am 18. April den Unternehmern folgende Forderungen vorgelegt worden: Achtstündige Arbeitszeit, 24 Kr. Mindestlohn und für Überstunden ein Aufschlag von 3 Prozent vom Lohngebühren.

Auf Grund der hier angegebenen Verhältnisse wurde nach eingehender Beratung folgender Beschluß herbeigeführt: An allen Orten ist die Lohnarbeit, und zwar Wochenlohn anzustreben. Die Zeit der Einführung der Lohnarbeit bleibt jedem Ort überlassen, doch muß die Einführung in möglichst kürzester Zeit erfolgen. An Stelle der Affordtarife treten Arbeitsverträge. Die Arbeitszeit soll nicht über 50 Stunden betragen, und ist die wöchentlich 48 stündige Arbeitszeit anzustreben. Die Lohnzahlungen haben wöchentlich stattzufinden. Vor den hohen Festen, Weihnachten, Ostern und Pfingsten, soll nur bis 12 Uhr gearbeitet werden. Der Tag ist voll zu bezahlen.

Hilfskräfte sind bis auf weiteres als Formenmacher nicht anzulernen. In jedem Betrieb darf nur ein Lehrling angelernt werden. Erst nachdem dieser seine Lehrzeit beendet, darf ein neuer angelernt werden. Der erste Mai gilt als Feiertag.

Die jetzt geltenden sowie neu eingereichten Tarife sollen nicht länger als bis 1. Juni 1909 Gültigkeit haben. Der Beschluß folgte einstimmig.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wird beschlossen, eine Zentralstelle für unsere Branche zu gründen. Nachdem der Bevollmächtigte der Zahlstelle Dresden, sowie ein Vertreter des Gewerkschaftsverbandes auf die statutarischen Bestimmungen sowie die Anweisungen des Hauptvorstandes bei Gründung derartiger Zentralstellen hingewiesen hatten, wurde Dresden

als Vorort der Zentralstelle gewählt. Sobald die nötigen Formalitäten erfüllt sind und die Sektion Dresden die Wahl der Kommission vorgenommen hat, werden die Adressen in der Zeitung veröffentlicht.

Gleichzeitig wird der Zentralkommission die Arbeitsvermittlung von Stadt zu Stadt übertragen. An den einzelnen Orten haben die Sektionsleiter die Arbeitsvermittlung zu übernehmen.

Weiter wurde beschlossen, schematisch angelegte Lohnbücher zum 1. Juli 1908 zur Einführung zu bringen, um sichere Unterlagen für statistische Erhebungen zu gewinnen. Auch sollen dieselben dazu dienen, eine Kontrolle bei Affordarbeit zu ermöglichen.

Mit letzterem waren die Verhandlungen beendet.

Nachdem noch der Vorsitzende der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß dieser ersten Konferenz noch weitere folgen mögen, und die hier gefaßten Beschlüsse zum Wohl und Nutzen der Organisation im allgemeinen und der Berufs-kollegen im besonderen ausschlagen, erreichte die Konferenz nach drei langen Sitzungen ihr Ende.

Bemerk sei noch, daß bei allen, mit größter Sachlichkeit geführten Debatten sich grundsätzliche Gegensätze nicht bemerkbar machten.

Stimmen zum Verbandstag.

Wie vor zwei Jahren die Krankenunterstützung als dasjenige Mittel bezeichnet wurde, das die Fluktuation wenn nicht beseitigen, so doch bedeutend zurückdrängen werde, mit derselben Energie werden jetzt die Staffelbeiträge zu demselben Zweck empfohlen. So wenig die Krankenunterstützung die Erwartung in dieser Beziehung erfüllt hat, so wenig werden es die Staffelbeiträge in der Lage sein.

Die meisten Befürworter bedenken nicht, daß der niedrigste Satz nicht unter 50 Pf. kommen kann. Bleibt aber dieser Beitrag bestehen, dann wird das, was die Befürworter erreichen wollen, nicht erreicht, die Beiträge herunterzusetzen ist aber aus finanziellen Gründen nicht angängig. Ich stimme mit dem Kollegen Seider-Biegantz überein, daß nur Aufklärung das Mittel sein kann, die Fluktuation einzudämmen und die schlecht bezahlten Kollegen dem Verband zuzuführen.

Nicht verstanden wird in Mitgliederkreisen der Antrag auf Abänderung des § 77 des Statuts.

Ich habe beim Lesen dieses Antrags das Empfinden gehabt, daß der Vorstand nach Bismarckischem Muster verfahren ist, 10 Prozent hat er verlangt, 5 Prozent will er haben, dann ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß noch mehr bewilligt wird, als der Vorstand eigentlich gewollt hat. Den Zahlstellen 10 Prozent ihrer Einnahme zu entziehen, ist meines Erachtens nicht diskutierbar. Vielen Zahlstellen, die genötigt sind, Beamte anzustellen, würden ihre Lokalbeiträge vollständig zu Verwaltungskosten verwenden müssen, dazu sie sicher von keiner Zahlstelle geschaffen worden sind. Von den gestellten Anträgen sind bedauerlicherweise sehr viele, die auf Unterstützungserweiterungen hinauslaufen. Heute steht der Vorstand auf dem Standpunkt, unter keinen Umständen Unterstützungserweiterungen, auf demselben Standpunkt stehe auch ich. Erst jetzt in der Zeit der Krise wird es sich zeigen, welche Beiträge für die schon bestehenden Unterstützungen erhoben werden müssen, für Arbeitslosen- und auch für Krankenunterstützung werden die dazu bestimmten Beiträge kaum ausreichen. Das Unternehmertum hat uns nicht im Zweifel gelassen, daß für die Zukunft ganz enorme Mittel zu Kampfwegen bereitgestellt werden müssen, deshalb mögliche Zurückhaltung mit Unterstützungserweiterungen.

Eine Hauptaufgabe des nächsten Verbandstages sehe ich in einer gründlichen Beratung der zukünftigen Taktik. Der Vorstandsbericht und die sich daran knüpfende Kritik kann so gehalten werden, daß für den wichtigsten Punkt auch die nötige Zeit vorhanden ist.

F. M. - Fürth.

Ich habe mich in einem sehr ruhigen Moment hinter uns. In nächster Zeit haben die Delegierten zu unserem Verbandstag und zum Gewerkschaftskongress zusammen. Es dürfte deshalb angebracht sein, unsere Erfahrungen bei der jüngsten Maßfeier bekanntzugeben, denn auf beiden Tagungen wird über diese Angelegenheit gesprochen werden müssen. So, wie es jetzt ist, kann es meines Erachtens nicht weitergehen. Wir müssen endlich sagen, was ist, und uns nicht selbst täuschen. Ich möchte mich speziell über die Maßfeier in der Fürther Holzindustrie aussprechen. Die Fürther Holzarbeiter waren alle Jahre, was Zahl der Beteiligten anbelangt, bei der Maßfeier am stärksten vertreten. Auch heuer stellten sie ein starkes Kontingent, prozentual berechnet waren sie aber bedeutend zurückgegangen. Schuld hieran ist vor allem der ungünstige Tag (Freitag) selbst. Dann die Verluste von Karfreitag, Ostermontag und Dienstag. Weiter wurde sich hinausgeredet auf die schwankende Haltung der Partei- und Gewerkschaftsführer. Alles das wäre schließlich doch überwunden worden; nun kam aber die Hauptsache. Die erst kurz organisierten Unternehmer drohten, einen Tag, also Samstag, auszusperren. Alle diese Gründe zusammengenommen, könnte man die schwächere Beteiligung unserer Kollegen einerseits entschuldigen; andererseits muß man aber doch der Ansicht zuneigen, daß der Kampfesmut dort, wo es sich um Ideale handelt, sehr zurückgegangen ist. Was man noch so viele Entschuldigungen vorbringen — schlechter Geschäftsgang, Furcht vor Entlassungen —, die oben angeführte Tatsache bleibt bestehen. Vor allem stößt es vor den Kopf, daß sich unsere Kollegen von dem erwähnten Aussperrensbeschlusse kopfscheu machen ließen, trotzdem daß von der Lokalverwaltung bekanntgemacht wurde, daß ein Teil des Lohnentgangs entschädigt wird. Und was es denn wirklich eine Ausspernung, was hier beschlossen war? In der loyalsten Weise versicherten die Unternehmer den vorstelligen Kommissionen, daß niemand ein Haar gekrümmt werde, bloß müßte der eine Tag, nämlich der Samstag, mit in Kauf genommen werden, damit sie nicht wortbrüchig würden. An den Wienen konnte man's ihnen ablesen, daß ihnen die Sache unangenehm war; am 1. Mai selbst hat ein Unternehmer tatsächlich geweint, als er sah, daß seine Leute auf den unterbreiteten Beschluß pfliffen und den Betrieb verließen.

Mit einem Schläge hätte dieser Beschluß umgestoßen werden können, wären die Kollegen geschlossen den Betrieben ferngeblieben. Die Unternehmer hätten bei ihrem ersten Vorstoß eine gründliche Niederlage erlitten. Aber anstatt mutig seinen Mann zu stellen, verlor sich einer hinter dem anderen. Wenn die Führer Kollegen auf dem beschrittenen Wege weiterstreiten, so werden sie die Macht des organisierten Unternehmertums, das uns auch unorganisiert genug zu schaffen machte, bald genug zu fühlen bekommen. Lassen wir also diesen Herren den Raum nicht allzusehr anschwellen. Bedenken wir, daß auch wir Grundsätze haben, die verteidigt werden müssen, falls das „Organisiertsein“ etwas nützen soll. Vor allem mehr Selbstachtung vor uns und an der Gütigkeit nicht gekittelt, denn nur sie verbürgt ein Vormärtsstreiten.

An die Gewerkschafts- und an die Parteivorstände muß aber die bringende Bitte gerichtet werden, mit der Maisfeier endlich reinen Tisch zu machen. Es gibt in dieser Frage doch nur ein Entweder — Oder. Die finanzielle Unterstützung hat vollständig auszuscheiden. Weder aus den Hauptkassen noch aus den Lokalkassen dürfen Mittel angewendet werden. Was die ersteren schädigt, schädigt auch die letzteren. Mit dem Moment, wo die Unterstützungsfrage aufgeworfen wurde, flaute die Maisfeier ab, weil die Bremserlei von oben begann. Überhaupt können Ideale nicht erkaufte, sondern nur erkämpft werden. Sind dann die Arbeiter nicht zu überzeugen, daß sie ihre Position stärken, wenn sie etwas durchsetzen, was ihr gutes Recht ist, so sage man ihnen nicht, sie sollen dort feiern, wo ihnen nichts in den Weg gelegt wird. Eine einfache Erklärung des Unternehmertums würde sonst die Maisfeier illusorisch machen können. Überhaupt wird durch die Aufforderung, dort zu feiern, wo es geht, eine große Zersplitterung in unsere Reihen selbst getragen. Die Antworten der Unternehmer an die Kommissionen sind in der Regel zweideutig und werden demgemäß in den Versammlungen ausgelegt. Ein Teil der Versammelten kommt zur Ansicht, auf Grund dieser Antwort kann gefeiert werden, der andere, in der Regel an Zahl überwiegende, zur gegenteiligen. Darauf bleiben sie auch bestehen. Der feiernde Teil findet naturgemäß die Stehendenbleibenden dann wochen- oder gar monatelang an, was für unsere Sache nur von Schaden ist. Wenn man also sieht, daß man eine Sache nicht vorwärts bringen kann, so hebe man sie auf, bevor uns das Unternehmertum dazu zwingt, so schwer uns das auch wird. Warnen möchte ich davon, mit Phrasen zu hantieren, sondern die realen Verhältnisse sprechen zu lassen. Wegen die Arbeitgeber können wir die Ruhe am 1. Mai durchsetzen, aber niemals gegen die Arbeiter selbst. So liegen aber heute die Dinge und danach muß geurteilt werden.

Die Vorschriften über die Berechnung der Karenzzeit für den Wiederbezug von Unterstützung durch ausgesteuerte Mitglieder, wie sie im neuen „Handbuch“ auf Seite 104 unter Ziffer 82 gegeben sind, enthalten meiner Ansicht nach eine Ungerechtigkeit. Gegen die Bestimmung, daß ein Mitglied, das ausgesteuert ist, neue Unterstützung erst wieder erhalten kann, nachdem es wieder 52 Beiträge gezahlt hat, ist in dem Falle nichts einzuwenden, wo die Unterstützung bis zum zulässigen Höchstbetrag hintereinander bezogen wurde. Anders liegt es aber, wenn die Unterstützungsperiode unterbrochen wurde, ehe der Höchstbetrag erreicht war. Setzen wir, um das anschaulich zu machen, den Fall, daß ein Mitglied am 31. Dezember 1906 arbeitslos wurde und bis zum 18. Februar 1907, also 6 1/2 Wochen Unterstützung bezog. Am 14. Dezember 1907 wird der Betreffende wieder arbeitslos und bezieht wiederum Unterstützung, er ist aber am 18. Dezember 1907 bereits ausgesteuert. Nach den gegebenen Vorschriften kann er also erst am 19. Dezember 1908 wieder Unterstützung beziehen. In einem solchen Falle müßten die zwischen den beiden Perioden der Arbeitslosigkeit gezahlten Beiträge mit zur Karenzzeit gerechnet werden. Wenn das nicht geschieht, wird die Karenzzeit des betreffenden Mitgliedes ganz ungebührlich verlängert; sie würde in dem erwähnten Falle 96 Wochen betragen. — Vielleicht findet sich auf dem Verbandstag Gelegenheit, diese Frage in Erwägung zu ziehen.

A. Thiem-Botsdam.

Soziales.

Die preussische Landtagswahl und die Arbeiter.

Lange Zeit hat die Arbeiterschaft dem preussischen Landtag keine Beachtung geschenkt. Das Dreiklassenwahlrecht machte es den Arbeitern unmöglich, einen Einfluß auf die sogenannte Volkvertretung zu gewinnen; man verzichtete deshalb von vornherein auf die Entfaltung einer Agitation, von der vorauszusehen war, daß ihr kein Erfolg beschieden sein würde. Die Hoffnung, daß das preussische Wahlsystem an seinem Widerstand zugrunde gehen und einer besseren Einrichtung Platz machen würde, erwies sich aber als irrig. Die herrschenden Parteien, insbesondere die konservativen Junker, machten sich nicht im geringsten Gewissensbisse, daß sie nur von dem Vertrauen einer verschwindend kleinen Schicht der Bevölkerung getragen sind. Die Ungerechtigkeit des Wahlsystems gibt ihnen ein Übergewicht in der Gesetzgebung, welches sie nach Kräften ausnützen, um sich Vorteile anzuschaffen.

Die idyllische Ruhe des preussischen Landtags wurde unanfsand durch den Beschluß der Sozialdemokratie, sich an den Landtagswahlen zu beteiligen. Bei den Wahlen des Jahres 1903 wachten sie energisch darüber, daß die geltenden Gesetze genau befolgt werden, und brachten damit den Herrschenden zunächst zum Bewußtsein, daß der geltende Rechtszustand unhaltbar ist und das Zustandekommen von Wahlen geradezu verhindert kann. Man behalt sich allerdings mit der Ausmerzung der ärgsten Volkheiten, ohne an dem Wesen des „elendesten aller Wahlsysteme“ etwas zu ändern; aber daß man sich überhaupt mit dem Wahlrecht beschäftigt und daß jetzt die preussische Wahlrechtsfrage im

Vordergrund des politischen Interesses steht, ist einzig dem Umstand zu danken, daß sich die Arbeiterschaft um die Landtagswahlen kümmert. Die Arbeiterschaft wird es auch durchsehen, daß die Wahlrechtsfrage nicht von der Tagesordnung verschwindet, ehe sie in gerechter Weise gelöst ist.

Mit der Gleichgültigkeit, mit welcher sie lange Jahre hindurch dem preussischen Landtag gegenüberstand, hat die Arbeiterschaft eine schwere Unterlassungsünde auf sich geladen, die sie jetzt nur durch um so emsigere Tätigkeit wahren kann. Tatsächlich sind die Arbeiter, und ganz besonders auch die Gewerkschaften, an den Vorgängen im Landtag in hohem Maße interessiert. Bisher hat man dort, entsprechend jenem hochmütigen Junkerwort, die Arbeiter nur als Objekte der Gesetzgebung angesehen. Man hat Gesetze geschaffen, welche die Arbeiterinteressen auf das tiefste berühren, aber die Arbeiter zu hören, hielt man nicht für erforderlich. Es sei hier nur an die Gesindeordnung oder richtiger an die Gesindeordnungen erinnert, deren es in Preußen eine ganze Musterkarte gibt, die jedoch alle darin übereinstimmen, daß sie die Dienstboten widerstandslos nicht nur der Ausbeutung, sondern auch der Mißhandlung durch die „Herrschaffen“ ausliefern. Wenn es nach den Wünschen der Nachhaber in Preußen ginge, dann bliebe nicht nur die Vergewaltigung großer Arbeitermassen durch die Gesindeordnung für alle Ewigkeit erhalten, sondern auch die gewerblichen Arbeiter würden der Gesindeordnung unterstellt.

Tausende Arbeiter, besonders im Bergbau und bei den Eisenbahnen, sind direkt auf das Wohlvollen des Landtags angewiesen, ist doch der preussische Staat der größte Arbeitgeber. Von sozialem Empfinden weiß sich aber der preussische Fiskus frei, und in dem Streben, die Arbeiter zu unterdrücken und zu entrechten, findet er verständnisvolle Unterstützung beim Landtag. Durch Reichsgesetz ist allen Arbeitern das Koalitionsrecht gewährleistet; unter der Zustimmung des Landtags setzen sich aber die preussischen Minister über das Gesetz hinweg und rauben rückwärtslos den Eisenbahnern das Koalitionsrecht. Wer es wagt, sich der Organisation anzuschließen, wird sofort entlassen; diesen Grundsatz konnte der Eisenbahnminister Budde unter dem Beifall der Abgeordneten im Landtag verkünden. Und daß derartige Drohungen ernst gemeint sind, hat die preussische Regierung feinerzeit bewiesen, als sie 8000 Bergarbeiter auf die Straße warf, weil sie das Verbrechen begangen hatten, sich an dem Streik auf den fiskalischen Gruben im Saarrevier zu beteiligen.

Es vergeht kaum eine Session des preussischen Landtags, in welcher diese Körperlichkeit nicht durch Beschlüsse den arbeitserfeindlichen Geist dokumentiert, von dem sie beseelt ist. Was der Reichstag trotz seiner reaktionären Zusammensetzung in bezug auf Unterdrückung und Entrechtung der Arbeiter nicht leisten kann, das findet immer noch eine Stütze im preussischen Landtag. Von den Taten in dieser Richtung aus neuerer Zeit sei insbesondere auf den Legitimationszwang für ausländische Arbeiter hingewiesen, die man durch diese Maßnahme zu willenlosen Ausbeutungsobjekten machen will.

Unsere nationalen Kräfte und Schlotjunger bemühen sich um die Weiße, Ausländer ins Land zu ziehen. Daß durch die Konkurrenz dieser meist auf einer recht niedrigen Kulturstufe stehenden Arbeiter die Lebenshaltung der einheimischen Bevölkerung herabgedrückt wird, daß föhrt diese Sorte Patrioten nicht. Die Interessen des Volkes sind ihnen gleichgültig, sie lassen sich nur von ihrer rücksichtslosen Profitwut leiten. Mittels der Ausländer sollen die einheimischen Arbeiter in Ruine gehalten, die Streben nach einem höheren Wohlstand im Reichsgebiet in demselben vernichtet werden. Das neue Reichsgesetz, das mit jenem Sprachenparagrafen die Ausfuhrung der importierten Lohnslaven erschweren, und wenn diese trotzdem wagen sollten, eine bessere Behandlung und anständige Entlohnung zu verlangen, da bietet der Legitimationszwang das Mittel, sie niederzuzwingen.

Der Landesgesetzgebung ist auch die Schule ausgeliefert, und der niedrige Stand der preussischen Volksschule legt Zeugnis ab von der Bildungsfeindlichkeit der preussischen Gesetzgeber. „Der dümmste Arbeiter ist der beste“, das ist der Grundsatz, von welchem sich der preussische Landtag auch in der Schulgesetzgebung leiten läßt. Die Volksschule soll nicht ein Mittel zur Bildung der Massen sein, sondern dazu mißbraucht werden, das Volk in Knechtseligkeit zu erzziehen, damit es sich in Demut und Gottvertrauen von seinen Ausbeutern das Fell über die Ohren ziehen läßt.

Es ist eine Schmach für das preussische Volk, daß die Lenkung seiner Geschicke immer noch den schlimmsten Volkseindern ausgeliefert ist. Freiwillig wird diese Gesellschaft auf ihre Vorrechte nicht verzichten, im Gegenteil, mit Nägeln und Säbnen wehren sie sich gegen die Einföhrung eines gerechten Wahlsystems, welches dem Volk gestattet, seine wirklichen Vertrauensmänner mit der Vertretung seiner Interessen zu betrauen. Noch hat die Reaktion das Gest in Händen, und die Hoffnung auf die Erringung des Reichstagswahlrechtes für den preussischen Landtag scheint in um so weitere Ferns gerückt, als sogar die verhältnismäßig entschiedensten Verfechter des Wahlrechtes innerhalb des Landtags sich bei näherem Zusehen als sehr zweifelhafte Wahlrechtsfreunde erweisen. Die Art, wie die Freikämmerer ihren eigenen Wahlrechtsantrag behandelt haben, hat gezeigt, daß es ihnen keineswegs Ernst ist mit ihrer Forderung. Und wer noch an ihrer Unehrlichkeit gezweifelt hat, dessen Zweifel müssen schwinden angesichts des Verhaltens des Freisinnigen im Wahlkampf. Wer mit den Konservativen, diesen rücksichtslosigen Feinden eines gerechten Wahlrechtes, Wahlbündnisse abschließt, kann nicht verlangen, daß man seinen Beteuerungen, daß er für ein freies Wahlrecht kämpfen wolle, Glauben schenke.

Nicht besser ist es mit der Wahlrechtsfreundschaft des Zentrums bestellt. Diese Partei, der immer noch viele Arbeiter Vertrauen entgegenbringen, mißbraucht dieses Vertrauen in schändester Weise. Das Zentrum hat der Wahlrechtsforderung gegenüber eine zurückhaltende Gleichgültigkeit an den Tag gelegt, und in seinem Wahlauftritt vermeidet es sorgfältig zu sagen, nach welcher Richtung sich seine Wünsche in bezug auf die Wahlrechtsreform bewegen. Es verweist auf seine „Stellungnahme von alters her“, aber gerade in dieser Beziehung hat sich das Zentrum „von alters her“ recht zweideutig benommen. Unter seinen Führern sitzen einige ausgesprochene Wahlrechtsfeinde, und das Zentrum in seiner Gesamtheit hat erst kürzlich gegen die beschiedene Forderung einer Neueinteilung der Wahlkreise gestimmt.

Die übrigen bürgerlichen Parteien machen aus ihrer tiefsten Abneigung gegen ein gerechtes und freies Wahlrecht kein Gehehl. Wenn es also allein auf den guten Willen der preussischen Regierung und der bürgerlichen Parteien ankäme, dann würde das preussische Volk noch recht lange von der Teilnahme an der Gesetzgebung ausgeschlossen sein. Zum Glück gibt es aber einen Faktor, der mächtiger ist als die Bosheit und Hinterlist der offenen und versteckten Wahlrechtsfeinde, und das ist der feste Wille des Volkes, die Rechte, um die es betrogen wurde, wieder zu erkämpfen. Dieser Wille findet seinen Ausdruck in der massenhaften Beteiligung an der bevorstehenden Wahl und der Stimmabgabe für die sozialdemokratischen Vertreter. Es muß diesmal Besche gelegt werden in den Ring zur Fernhaltung der Arbeitervertreter aus dem preussischen Landtag, aber mehr als das, das niederträchtige Wahlrecht muß von Grund auf erschüttert werden. Das liegt im Interesse des Volkes, und ganz besonders auch im Interesse der Gewerkschaften. Sorgen wir dafür, daß der 8. Juni eine mächtige Kundgebung gegen die Dreiklassenwahlrecht in Preußen bringt, dann dürfen wir damit rechnen, daß der nächste Landtag der letzte ist, der mittels des Dreiklassenwahlrechtes gewählt wird.

X. Die rapide industrielle Entwicklung Deutschlands spiegelt sich wider in der enormen Zunahme des Kohlenverbrauches. An Kohlen wurden in Deutschland geföbrdet im Jahre 1898: 96,8, 1900: 109,2, 1904: 120,8, 1907: 143,2 Millionen Tonnen à 1000 Kilogramm. Davon gingen ins Ausland 1898: 13,9, 1900: 15,2, 1904: 17,9, 1907: 20 Millionen Tonnen. Dagegen wurden eingeföhrt 1898: 5,8, 1900: 7,8, 1904: 7,2, 1907: 15,7 Millionen Tonnen. Der Ausfuhrüberschuß betrug demnach 1898: 8, 1900: 10,8 und 1907: 6,8 Millionen Tonnen. Die von den Brennstoffverbrauchern immer drückender empfundene Preisschrauberei der deutschen Kohlenartelle hat der ausländischen Kohle, vorzüglich der englischen, größere Absatzgebiete in Deutschland verschafft. Der Kohlenverbrauch im deutschen Reichland entwickelte sich in nachbezeichnete Weise:

	Verbrauch insgesamt in Tonnen	Verbrauch pro Kopf in Kilogramm
1898	88 140 761	1618
1900	101 898 481	1800
1904	110 117 819	1954
1906	112 541 802	1857
1908	126 159 654	2080
1907	136 896 232	2257

Das Jahr 1905 fällt aus der Reihe, weil in ihm der große Bergarbeiterausstand stattfand. Wenn die seit einigen Jahren bestehenden Wucherpreise nicht die Bevölkerung zu der möglichsten Einschränkung des Kohlenverbrauches gezwungen hätten, dann wäre zweifellos die Verbrauchsquote noch stärker gestiegen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags erteilt, und zwar ab 1. Juni: Cassel 20 Pf., Donauwörth 10 Pf., Ludwigs-hafen 20 Pf.

Infolge des Verbandstags werden in der Woche vom 24. bis 30. Mai die Geschäfte auf dem Verbandsbureau nicht mit voller Pünktlichkeit erledigt werden können. Wir ersuchen die Zahlstellenverwaltungen deshalb, bei der Korrespondenz hierauf Rücksicht nehmen zu wollen und nicht eilige Sachen soviel als möglich bis nach dem Verbandstag zurückzustellen. In der Verbandstagswoche sind dringende Korrespondenzen (aber nur solche) für den Verbandsvorstand nach Stettin, „Stettiner Tiergarten“, Pommerensdorferstr. 18, zu adressieren.

Auf die Bekanntmachung betreffend das neue Veretnsgesetz in voriger Nummer machen wir die Zahlstellenverwaltungen hierdurch nochmals aufmerksam und ersuchen um genaue Befolgung derselben.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 2841 Emil Wehrend, Tischler, geb. 18. 10. 71 zu Traunpe.
- 24025 Karl Heinrich, Maschinenarb., geb. 19. 2. 72 zu Nehme.
- 88085 Hermann Schabach, Tischler, geb. 25. 12. 75 zu Metz.
- 102498 Karl Steinbrecher, Tischl., geb. 21. 8. 76 zu Wernigerode.
- 124728 Heinrich Stosched, Tischler, geb. 26. 7. 84 zu Dörschel.
- 189025 Karl Köhe, Tischler, geb. 1. 1. 88 zu Hamburg.
- 142157 Otto Hilgenborg, Tischler, geb. 7. 10. 84 zu Berlin.
- 185901 Gustav Sengespeit, Stellm., geb. 15. 8. 78 zu Milow.
- 190821 Konrad Gulden, Tischler, geb. 12. 7. 76 zu Oberried.
- 202208 Karl Wimmer, Tischler, geb. 15. 1. 62 zu Heidelberg.
- 226681 Wilhelm Wuttrach, Tischler, geb. 29. 5. 78 zu Berlin.
- 298914 Philipp Schmitt, Tischler, geb. 1. 9. 64 zu Speichers.
- 800779 Max Tiefel, Tischler, geb. 21. 6. 76 zu Stettin.

314760 Otto Peter, Tischler, geb. 18. 4. 88 zu Nebelin.
 364524 E. Gesse, Tischler, geb. 4. 12. 84 zu Dsnabrück.
 866707 E. Ballmann, Tischler, geb. 27. 7. 89 zu Altona.
 880411 Jean Goffenz, Ristenmacher, geb. 6. 2. 88 zu Grefeld.
 417281 Paul Pahlte, Tischler, geb. 20. 5. 67 zu Weidort.
 Stuttgart, Adlerstraße 48. Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. (Musikinstrumentenarbeiter.) In der am 29. April abgehaltenen Branchenversammlung wurde über die Differenzen bei den Firmen Neufeld und Gedde berichtet, wo die Kollegen wegen Lohnabzügen in den Streit eingetreten sind. Zu dem Punkt Maifeier wurde von vielen Seiten scharf kritisiert, daß die „Solzarbeiter-Zeitung“ in der Nummer 17, der letzten vor dem 1. Mai erschienenen Nummer, nicht ein einziges Wort über die Bedeutung der Maifeier schrieb. Es wurde eine Resolution angenommen, die der Redaktion der Zeitung ihre Mißbilligung darüber ausdrückt, daß sie es diesmal nicht für notwendig hielt, den Weltfeiertag des Proletariats in der sonst üblichen Weise in unserem Fachorgan zu würdigen.

Buchholz i. S. In der am 8. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte unser Gauvorsitzer Kollege Zbielemann über die Bedeutung der Maiforderungen und den Wert einer Verkürzung der Arbeitszeit. Die anwesenden Kollegen folgten mit Interesse den Ausführungen des Redners und erklärten ihr volles Einverständnis mit dem Gehörten. Bei den Verhandlungsangelegenheiten wurde allgemein gegen den Antrag des Hauptvorstandes zwecks Reduzierung des Anteils der Lokalkassen Stellung genommen, der als eine indirekte Beitragserhöhung anzusehen ist. Mit 10 Prozent ist es nicht möglich, die laufenden Ansprüche zu decken. Da unsere Zahlstelle von 85 Mitgliedern sich auf zehn Ortschaften erstreckt, sind die Ausgaben etwas hoch, und an einen Lokaltarif ist unter den jetzigen Verhältnissen nicht zu denken. Es wurde beschlossen, dem Delegierten zum Verbandstag zu empfehlen, gegen den Antrag des Hauptvorstandes Stellung zu nehmen. Zum Schluß erwähnte Kollege Zbielemann die Anwesenden, fest zur Fahne zu halten, der „Solzarbeiter-Zeitung“ mehr Beachtung zu schenken, regelmäßiger die Versammlungen zu besuchen und eifriger für den Verband zu agitieren. Kollegen, wenn ihr diesen Rat beherzigt, so wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Furtwangen. Am 12. Mai sprach in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung unser Gauvorsitzer, Kollege Maub, über: „Die neuesten Ausperrungspläne der Unternehmer“. Leider war die Versammlung nicht so besucht, wie es der Vortrag verdient hätte. Es macht sich hier überhaupt eine Flaute in bezug auf Versammlungsbefuch bemerkbar. Einige Kollegen besuchen zwar regelmäßig die Versammlungen, aber der größte Teil bleibt immer fern. Leider muß man auch annehmen, daß diese Kollegen die „Solzarbeiter-Zeitung“ nicht lesen, sonst würden sie ab und zu den Weg auch in die Versammlung finden. Da kann es nur zu leicht vorkommen, daß wenn die Kollegen mit Unorganisierten oder mit Gegnern zusammenkommen, sie nicht auf dem laufenden sind und infolgedessen auch nicht entsprechend auftreten können. Darum fort mit dieser Gleichgültigkeit, besucht die Mitgliederversammlungen regelmäßig und lest die „Solzarbeiter-Zeitung“ fleißig, dann werdet ihr halb ein größeres Interesse an unserer Sache gewinnen. Den noch Fernstehenden aber rufen wir zu: Wie lange wollt ihr eure Kollegen noch allein kämpfen lassen? Die Gleichgültigkeit, ja sogar in manchen Fällen direkte Feindseligkeit organisierten Kollegen gegenüber ist absolut nicht zu verstehen. Die Verhältnisse sind doch hier auch nicht derart, daß sie keiner Besserung bedürfen; die Löhne, welche hier verdient werden, halten mit den teuren Lebensmitteln absolut nicht gleichen Schritt. Auch ist der Geschäftsgang im allgemeinen kein guter zu nennen. Bestimt euch deshalb, ehe es zu spät ist, wo ihr eine Stütze für alle Fälle findet. Also nochmals rufen wir euch Solzarbeiter von Furtwangen zu, hinein in den Deutschen Solzarbeiterverband, dann ist es auch hier möglich, einen besseren Ausgleich zu schaffen.

Datteln. Nicht eigenartige Verhältnisse haben sich in der Holzwarenfabrik von Wihl. Ludwig hier eingeschlichen. Dieser Betrieb war früher der beste, was Organisation anbetrifft, jetzt ist es der schlechteste. Hier sucht nämlich ein Kollege den anderen zu übervertellen, indem sie es tüchtig mit dem Meister halten. Dazu kommt noch, daß die Firma sehr wenig zu tun hat infolge der Krise. So kommt es meistens vor, daß die Kollegen gar nicht die festgesetzte Arbeitszeit über zu tun haben, ja manchmal nur zwei Stunden täglich. Verschiedene Arbeiter tun förmlich um Arbeit beteln. Ich meine, solange die Kollegen organisiert sind, haben sie das nicht nötig, es sind bei euch meistens ledige Kollegen, da könnte dieser oder jener abreisen, das käme auch noch ihrer Gesundheit zugute, und es würden wenigstens nicht die Lohnverhältnisse verschlechtert. Daß die Arbeiter kein Mitbestimmungsrecht haben, merkt man schon daran, daß der Meister einfach die Musterarbeiten in Akford übergibt, nachher den Preis festsetzt, und danach müssen die Kollegen arbeiten. Der Fabrikant hat auch die Situation erkannt, denn er spielt jetzt mehr denn je den Herrn im Hause. Die Bildhauer, welche am ersten Mai gefeiert hatten, wurden alle bis 7. Mai ausgesperrt. Von unserer Maifeier will ich lieber schweigen, ich will nur erwähnen, daß den Kollegen voriges Jahr ein halber Tag bewilligt wurde, diesmal hatten sie gar nicht den Mut, darum anzuhalten. Das ist geradezu beschämend für uns. Bei den Maschinen scheint auch nicht alles zu klappen, ist doch in verhältnismäßig kurzer Zeit der dritte Unglücksfall passiert, ebenso in zwei anderen Betrieben je einer; ich glaube, hier hätte die Betriebsinspektion etwas Arbeit. Kollegen, noch ist es Zeit, das Versäumte nachzuholen, werdet wieder einig unter euch, laßt alle Persönlichkeiten beiseite, sucht wieder Anschluß an eure Kollegen, kommt regelmäßig in die Versammlungen, helfst mitarbeiten und den Verband tatkräftig unterstützen, werdet feste und erprobte Kollegen. Gebt eurem Meister die ihm gebührende Antwort, wenn er einen oder den anderen anhalten sollte, aus dem Verband zu gehen. Dem Meister Hofmann aber, welcher in Schmöllu auch organisiert gewesen sein will, rufe ich zu: Wer anderen eine Grube gräbt, fällt gewöhnlich selbst hinein!

Hannau. Des öfteren haben wir die auswärtigen Kollegen darauf aufmerksam gemacht, die Möbelfabrik von Behder & Weyrach nicht mit Arbeitsangeboten zu belästigen. Trotzdem wird diese Bude jetzt sehr überlaufen, obgleich dort Mißstände bestehen, welche der Abhilfe dringend bedürfen. Den Arbeitergefechten, welche die Firma in auswärtigen Blättern löst, muß von den Kollegen mit größter Vorsicht begegnet werden. Würde es der Firma Ernst sein, tüchtige Tischler zu erhalten, so dürfte sie den dort beschäftigten Kollegen nicht zumuten, 18 Mk. für einen auskömmlichen Lohn zu halten. Was die Mißstände anbelangt, so wird von den Akfordarbeitern hauptsächlich ausreichendes Werkzeug vermißt. Als Leimköpfe dienen zum größten Teil Konfervenbüchsen. Die Firma hat versprochen, die Mißstände zu beseitigen, aber Monate sind vergangen, ohne daß es anders geworden wäre. Wir müssen also die Organisation so ausbauen, daß es uns mit Hilfe derselben gelingt, einmal Remedur zu schaffen. Darum hinweg mit der alten Gleichgültigkeit, tretet Mann für Mann ein in die Organisation, den Deutschen Solzarbeiterverband. Des Weiteren machen wir die zureisenden Kollegen darauf aufmerksam, daß sich unsere Herberge im Gasthof „zum grünen Baum“ befindet. Dasselbst finden auch unsere Mitgliederversammlungen jeden zweiten Sonnabend im Monat statt.

Quechtlinburg. Herr Knappworst, Bürstenfabrikant in Hannover, scheint sich in einer sehr verzwickten Lage zu befinden, und hauptsächlich scheint er es auf unsere Verbandsmitglieder abgesehen zu haben, wie dies aus einem Inserat der hiesigen Zeitung zu ersehen ist; dieses Inserat hat folgenden Wortlaut:

„Bürstenmacher.
 Durch Umstände sind einige Stellen bei gutem Verdienst frei geworden.
 Meldende dürfen dem Solzarbeiterverband nicht angehören.
 F. Knappworst & Sohn.

In einem anderen Inserat wendet sich Herr Knappworst an die Meister; es heißt dort: „Bürstenmachermeister gesucht, welche bei gutem Verdienst für uns einzutreten“. Hoffentlich sorgen unsere organisierten Bürstenmacher dafür, daß Herr Knappworst nicht allzusehr belästigt wird, bis er eingesehen hat, daß sich auch mit organisierten Arbeitern gut arbeiten läßt. Vor genannter Firma sei gewarnt.

Wiesbaden. Die hiesige Deutsche Holzwarenfabrik scheint die gegenwärtige schlechte Geschäftskonjunktur dazu benutzen zu wollen, um die organisierten Arbeiter hinaus zu bringen. Im Juli vorigen Jahres wurde mit der Firma ein Vertrag abgeschlossen, der den beteiligten Arbeitern eine Verkürzung der Arbeitszeit von drei Stunden die Woche brachte und die Festsetzung eines Minimallohnes von 42 Pf. pro Stunde sowie Garantie des Stundenlohnes bei neuen Arbeiten. Die Entlassung organisierter Kollegen und deren Ersatz durch unorganisierte scheint von dem Bestreben bestimmt zu sein, den Vertrag illusorisch zu machen. Erst kürzlich wurde unser Vertrauensmann entlassen, mit der Begründung, daß man die Stuhlmacherei einstelle. Dem Verbandsvertreter, der in dieser Sache vorstellig wurde, erklärte aber Herr Direktor Gartenfels rundweg, obwohl der betreffende Kollege stets seine Arbeit zur Zufriedenheit ausführte, wolle er ihn doch nicht mehr im Betrieb sehen. Im weiteren Verlaufe der Unterhandlung gab denn auch der Direktor auf Befragen offen zu, daß er sich mit dem Gedanken trage, nur noch indifferente Arbeiter einzustellen, indem dieselben nicht so anspruchsvoll seien, und wenn möglich nur noch verheiratete, die sich dann schriftlich verpflichten müßten, niemals zu streiken. Wie gut es Herr Gartenfels mit seinen Arbeitern meint, geht schon daraus hervor, indem er gleichzeitig bei dieser Unterhandlung den Organisationen den Vorwurf macht, daß sie den Arbeitern die Religion nehmen, hierdurch hätten die Arbeiter kein Ideal mehr, keine Hoffnung auf ein besseres Jenseits und wären nun dadurch unzufrieden. Wir glauben es dem Herrn Direktor gerne, zufriedene Arbeiter möchte er haben, die man nach Herzenslust ausbeuten kann, die von morgens früh bis abends spät dem Kapitalismus dienen und sich mit ein paar Arbeitseigenheiten abspesen lassen. Ebenso werden drei Kollegen entlassen, weil sie sich weiterten, im Mannheimer Hafen, wo unsere Kollegen ausgesperrt sind, Holz zu verladen. Da nun die Kollegen sofort anderwärts Arbeit fanden, so wurde von weiteren Schritten Abstand genommen. Für die Zukunft werden wir aber ein wachames Auge auf diese Firma haben. Ein großer Teil der Kollegen betrachten diesen Betrieb nur als Durchgangsstation. Angefertigt werden hier nur Küchenmöbel und Schulbänke. Das Material sowie die Einteilung der Arbeit lassen viel zu wünschen übrig, ebenso sind die Akfordpreise derart niedrig gehalten, daß es dem Arbeiter oft schwer fällt, auf den Minimallohn zu kommen; und trotzdem glaubt der Herr Direktor, noch hohe Löhne zu zahlen, indem er immer darauf hinweist, daß der Minimallohn von 42 Pf. für ihn zu hoch sei, die Konkurrenz zahle viel niedrigere Löhne. Dieses Bestreben der Firma, die Löhne zu kürzen, muß von allen Kollegen mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Im Interesse aller Kollegen liegt es, ehe sie hier in Arbeit treten, sich über die Verhältnisse genau zu informieren. Auch an die dort beschäftigten Kollegen ergeht die Mahnung, treu wie bisher zusammenzuhaltten, dann wird es dem Herrn Direktor niemals gelingen, seine Pläne zu verwirklichen.

Sterbefälle.

Dito Kaufmann, geb. 11. April 1869 zu Brandenburg, gest. 29. April 1908 ebenda.
 Paul Grundmann, Tischler, geb. 6. Januar 1877 zu Stolp, gest. 12. April 1908 zu Leipzig.
 Moritz Beuchel, Stellmacher, geb. 8. August 1869 zu Stolzeichen, gest. 15. April 1908 zu Leipzig.
 Wilhelm Just, Tischler, geb. 16. April 1862 zu Burg bei Magdeburg, gest. 19. April 1908 ebenda.
 Ernst Ohm, Tischler, geb. 15. März 1880 zu Pritzer, gest. 6. April 1908 ebenda.
 Fritz Brinker, geb. 24. November 1870, gest. 22. April 1908 zu Meile.
 Friedrich Polloff, Knopfmacher, geb. 27. August 1861, gest. 8. April 1908 zu Gardelegen.
 Daniel Haag, Schreiner, geb. 20. August 1866 zu Weidenthal, gest. 5. Mai 1908 zu Frankfurt a. M.

August Schneider, Schiffszimmerer, geb. 25. November 1846 zu Lautenwalde, gest. 27. April 1908 zu Dresden.
 Friedrich Stühlinger, Schreiner, geb. 28. März 1872 zu Bayreuth, gest. 30. April 1908 zu Fürth.
 Artur Kempter, Schreiner, geb. 30. März 1884 zu Dresden, gest. 5. Mai 1908 zu Nürnberg.
 Jakob Hornofka, Säger, geb. 10. Juni 1881 zu Gauting, gest. 19. März 1908 zu München.
 Erich Bräufow, Polierer, gest. 15. April 1908 zu Landsberg a. W.
 Bernhard Ebert, Borstenarbeiter, geb. 28. März 1869 zu Obertrinitz, gest. 20. März 1908 zu Rothentirchen.
 Ewald Schädlich, Bohrer, geb. 20. Juli 1881 zu Schönheide, gest. 28. April 1908 ebenda.
 Louis Baumann, Borstenarbeiter, geb. 25. November 1865 zu Widenthal, gest. 24. April 1908 zu Schönheide.
 Ewald Leibner, Polierer, geb. 14. August 1863 zu Schönheide, gest. 26. April 1908 ebenda.
 Wilhelm Knah, geb. 16. Oktober 1882 zu Griesheim, gest. 21. April 1908 ebenda.
 Heinrich Gaus, Tischler, geb. 8. Februar 1872 zu Wiesfeld, gest. 18. April 1908 zu Dortmund.
 Johann Balth. Gisinger, Schreiner, geb. 30. August 1860 zu Niederramstadt, gest. 15. Mai 1908 zu Mainz.
 Franz Kral, Maschinenarbeiter, geb. 10. Juni 1849 zu Marburg, gest. 21. April 1908 zu München.
 Alois Dewart, Schreiner, geb. 28. Januar 1868 zu Fuchsmühl, gest. 7. Mai 1908 zu München.
 Marie Michael, Stieflechterin, geb. 28. November 1868 zu Reinsdorf, gest. 9. April 1908 zu Neuwahlitz.
 Johann Dischereit, Maschinenarbeiter, geb. 9. September 1859 zu Großschalken, gest. 1. Mai 1908 zu Rathenow.

Ehre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltungen!

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zugung!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugung ist fernzuhalten von:
 Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Heilbronn (Daur), Biegnitz, Mustau (Emil Schmidt), Norden i. Ostfriesland, Parchim i. Meckl., Sangerhausen, Schwedt an der Oder, Staßfurt (Möbelfabrik Thiemecke), Straubing, Triebes, Zoppot (Vieh), Bern, Biel in der Schweiz;
 Stellmachern nach Harburg a. Elbe;
 Korbmachern nach Gisleben, Hamburg, Lübeck (Möhlert), München-Glenhausen (Sauer);
 Werstarbeitern nach Grabow in Mecklenburg, Lauenburg a. S.;
 Sägern nach Kirchseeon in Oberbayern (Desloges);
 Klaviernachern nach Biegnitz (Schneider), Zürich;
 Ristenmachern nach Bände i. Westfalen (Althage & Herbrechtsmeier);
 Maschinen- und Holzarbeitern nach Mannheim;
 Knopfmachern nach Gardelegen;
 Korfarbeitern nach Delmenhorst;
 Stuhlmachern, Tischlern und Polierern nach Schwälungen a. d. Werra (Feller & Komp.);
 Bürstenmachern nach Hannover (Knappworst);
 Mohrarbeitern nach Bremen (Wente und Schulz), Burgsdamm.
 Bergoldern nach Berlin (Bander & Meißner).

Zu Zugung ist hi. Anweisung bei der Firma Manz & Hager nach zweifelhafte Dauer zugunsten der Kollegen beendet. Der am 1. Mai 1908 gegründete Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe in Bayern rechts des Rheins, Bezirksverband Bayreuth, der zunächst mit einer Ausperrung für ganz Bayreuth drohte, hat eingesehen, daß es doch besser ist, mit dem Solzarbeiterverband in Frieden zu leben. Errungen haben die Kollegen die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde, von 66 1/2 auf 66 Stunden, ferner die Erhöhung der Wochenlöhne oder des Abchlages um 2 1/2 bis 12 Prozent. Die schlecht oder ungenügend bezahlten Akorde werden einer neuen Kalkulation unterworfen. Waren die Forderungen der Kollegen auch minimal, so ist die Errungenschaft angesichts der Haltung des Arbeitgeberverbandes nicht zu unterschätzen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollegen bei der Firma Manz & Hager sowie ihr einmütiges Handeln dürfte auch den Kollegen der anderen Werkstätten als nachahmenswertes Beispiel dienen. Durch die Interesslosigkeit und den Individualismus vieler Kollegen wurde in Bayreuth in den letzten Jahren vieles vernachlässigt, obwohl gerade die hiesigen Kollegen unter den hohen Lebensmittelpreisen am meisten mit zu leiden haben, denn Bayreuth gehört mit zu den teuersten Städten. Setze deshalb jeder die Hand ans Werk und helfe die Organisation mit ausbauen. Nachdem die hiesigen Unternehmer sich organisiert haben, ist es Pflicht der Gehilfen, auch ihrerseits den Zusammenschluß zu betätigen, und zwar nicht erst nach Ausbruch von Differenzen, sondern schon in Friedenszeiten. In Bayreuth besteht in den kleinen Betrieben noch die 58 und 60stündige Arbeitszeit; trotzdem halten es die Kollegen dieser Betriebe nicht der Mühe wert, sich der Organisation anzuschließen. Bei der jetzigen Lohnbewegung hat es sich gezeigt, daß gerade die kleinen Meister mit mehr Lehrlingen als Gehilfen die größten Scharmacher sind, die am liebsten gesehen hätten, daß auch in den größeren Betrieben und Möbelfabriken die Arbeitszeit auf 60 Stunden verlängert wird. Hier hätte auch der Arbeitgeberverband Gelegenheit, einen Ausgleich herbeizuführen durch Einführung einer gleichmäßigen Arbeitszeit bei seinen Mitgliedern. Die hiesigen Holzarbeiter aber fordern wir auf, angesichts der vollständig veränderten Situation mehr wie bisher im Interesse des Solzarbeiterverbandes zu wirken und die Mitgliederversammlungen zu besuchen, damit wir jederzeit gerüstet sind und das Errungene hochhalten können.

In Berlin hat sich die Situation in der Tapeten-
Leistenfabrik von Zander noch verschärft, indem die Firma
nicht nur verlangt, daß jeder von den Entlassenen einzeln
um Arbeit anfragt, und nur der eingestellt wird, der Gnade
vor den Augen des Herrn Zander findet, sie verlangt auch
noch von jedem, daß er seinen Austritt aus der Organi-
sation erklärt. Damit erklärt die Firma unserer Organi-
sation den Krieg, und man erkennt nun klar und deutlich,
daß es ihr bei der ganzen Matauspeerrung von vornherein
um Sprengung der Arbeiterorganisation zu tun war, die ihr
jedemfalls schon lange eine lästige Fessel war. Daß jeder
Kollege, der noch einen Funken Ehrgefühl besitzt, eine der-
artige Zumutung mit Entrüstung zurückweist, versteht sich
wohl von selbst, und es ist darum auch Ehrenpflicht
der Kollegen allerwärts, den Zugang nach
Berlin strengstens fernzuhalten. Die Firma gibt
sich die größte Mühe, überall Streikbrecher zu bekommen,
und leider müssen wir konstatieren, daß es schon eine An-
zahl solcher Mutschollegen fertig gebracht hat, den Streikenden
in den Rücken zu fallen. Auch Zwischenmeister haben sich
wieder als Helfer in der Not hergegeben, und sucht nun die
Firma den schon lange gehegten Wunsch, Einführung von
Zwischenmeister- und Frauenarbeit, zu verwirklichen.

In Bremen haben die in den Hobelwerken und auf
Holzplätzen beschäftigten Arbeiter ohne Arbeitseinstellung
einen in Anbetracht der Geschäftslage annehmbaren Erfolg
erzielt. Die Unternehmer, die anfangs Lohnkürzungen vor-
nehmen wollten, haben sich dazu verstanden, den Stunden-
lohn, der bisher 40 Pf. betrug, auf 41 1/2 Pf. zu erhöhen; er
steigt im nächsten Jahre auf 42 und im folgenden Jahre
auf 43 Pf. Der Zuschlag für Sonntagsarbeit beträgt
30 Prozent.

In Gießen ist es bei der Firma Johann Zahn zu
Differenzen gekommen, da sich die Kollegen die Abzüge,
welche Herr Zahn an einigen Artikeln vornahm, nicht ge-
fallen ließen. Außerdem wird auch über den unange-
messenen Lohn geklagt, den der Sohn des Unternehmers den
Arbeitern gegenüber anschlägt. Es wird gebeten, den Zugang
von Drechsler fernzuhalten.

In Gießen hat sich die Firma Busch, Korbmachen-
fabrik, verpflichtet, den Preis von 8 Mk. für die Geschloß-
körbe zu zahlen, weswegen die Sperre über diese Firma
als aufgehoben erklärt werden kann. Als Bedingung hat
sie sich freilich vorbehalten, daß der Preis von 8 Mk. auch
an allen Orten eingehalten werden müßte, sonst würde sie
ihn auch nicht zahlen. Das als Pflicht zu betrachten, wird
ja für die Kollegen selbstverständlich sein.

In Gardelegen hat sich der Geschäftsführer der Per-
lmutternknopffabrik Buttonia, Herr Beutler, auch
in der dritten Woche des Streiks noch nicht veranlaßt ge-
sehen, die Forderung der Kollegen, daß die mit der Heim-
arbeit beglückten Kollegen wieder im Betrieb beschäftigt und
der vereinbarte Affordtarif eingehalten werden muß, zu be-
willigen. Deswegen sind alle Lokationen der Firma nach
Streikbrechern ganz energisch zurückzuweisen.

In Grimma wurde am 10. Mai sämtlichen Geschloß-
korbmachern gekündigt; ein Grund wurde nicht angegeben.
Die Kollegen glaubten, es handle sich darum, weil die Letzten
alle waren, aber im Laufe der Woche stellte sich die Sache
anders dar. Herr Treubar sucht nämlich in der Berliner
Korbmacher-Zeitung und in den „Dresdener Neuesten
Nachrichten“ Korbmacher auf Drillinge, Lohn 27 bis 25 Mk.
Wie reimt sich das zusammen? Hieraus ersehen die Kol-
legen, wie niedrig sie Herr Treubar einschätzt; er müte
ihnen zu, den hiesigen Kollegen in den Rücken zu fallen und
die Körbe billiger zu machen. Also, Kollegen, wir ersuchen
euch dringend, Grimma auf Drillinge zu meiden, den so-
lange wie Geschloßkörbe angefertigt wurden, mußte immer
erst ein Druck ausgeübt werden, um den Lohn hochzuhalten.

In Hannover sind in der Wärfenindustrie Diffe-
renzen ausgebrochen. Zugang streng fernhalten.

In Kirchheim n. T. sind die Holzarbeiter bei Epple &
Ege in letzter Zeit mit Forderungen an ihre Firma heran-
getreten. Die Firma ihrerseits erklärte, daß es ihr unmög-
lich sei, diese unberechtigten Forderungen zu bewilligen.
Dabei forderten die Kollegen nur eine Erhöhung der be-
stehenden Löhne um 2 Pf. pro Stunde, auf die Affordtarife
10 Prozent Zuschlag, eine Stunde Arbeitszeitverkürzung pro
Woche und Anerkennung einer Affordkommission; das ist
doch gewiß bescheiden genug, zumal bei uns der Höchstlohn
der Affordarbeiter 44 Pf. ist, während in Stuttgart im
Hauptgeschäft der Firma Epple & Ege 44 Pf. der Minimal-
lohn ist. An den Kollegen in Kirchheim liegt es, hier ein-
mal Abhilfe zu schaffen und fest und treu zur Sache zu
halten; nicht gleich beim ersten Ansturm umzufallen. Die
Kollegen müssen das wieder gut machen, was sie am 1. Mai
verdorben haben. Denn es ist beschämend für eine Organi-
sation, wenn 86 Mann für den 1. Mai unterzeichnen und
wenn sie dann von Seiten der Betriebsleitung gefragt werden,
ob sie wirklich den 1. Mai feiern wollen, umfallen bis auf
86 Mann. Kollegen, das darf nicht mehr vorkommen, daß
ihre eure Mannesehre preisgibt. Kollegen, jetzt ist der Augen-
blick gekommen, wo ihr den Fehler wieder gut machen könnt.
Galtet fest zu eurer Organisation, seit einig unter euch,
dann ist es auch hier möglich, diese minimalen Forderungen
durchzudrücken.

In Leipzig haben, wie bereits berichtet, in der Saar-
schmuckfabrik von Weinstein & Co. am 7. Mai 23 Ar-
beiter und Arbeiterinnen wegen Affordreduzierungen die
Arbeit niedergelegt. Herr Weinstein versuchte, wie im Vor-
jahre, eine neuen Affordtarif mit Abzügen von 5 bis 33 1/2
Prozent einzuführen. Obgleich unsererseits die Hand zur Ein-
gung geboten wurde, indem wir auf 14 Tage nach dem
neuen Tarif arbeiten wollten, das heißt unter Garantie des
in den letzten sechs Wochen verdienten Durchschnittlohns,
lehnte es der Unternehmer strikte ab. Manche Anzeichen
sprechen dafür, daß Herr Weinstein vor dem Bankrott
steht und ihm ein Streik gelegen kommt, um die Schuld
an dem Zusammenbruch auf die Arbeiter schieben zu können.
Wie es mit Herrn Weinstein steht, kann man daraus
schließen, daß der Gerichtsvollzieher schon zweimal bei ihm
war und die von den Arbeitern abgezogenen Krankentassen-
beiträge gepfändet hat. Ferner, daß er den Arbeitern ge-
hörende 180 Mk., welche bei seiner Verlobung vor unge-
fähr 1 1/2 Jahren von seinen Gästen für seine Arbeiter ge-
sammelt worden sind, bis heute noch nicht ausgehändigt
oder zum Wohle der Arbeiter angelegt hat. Dies dürfte

vorkünftig genügen, um den auswärtigen Kollegen die Augen
zu öffnen, damit sie sich nicht nach hier verlocken lassen.
Hauptsächlich rufen wir den Rammachern und Saar-
schmuckarbeitern zu, übt Solidarität mit euren kämpfenden
Brüdern und Schwestern in Leipzig. Wohl hat Weinstein
eine Zahl Arbeitswillige, aber von denen hat noch keiner
in einer ähnlichen Branche gearbeitet, sie stehen im Betrieb
und wissen nicht, was sie tun sollen, da kein Fachmann zum
Anlernen da ist. Wir bitten, den Lockungen keine Folge zu
geben und den Zugang streng fernzuhalten.

In München sind die Tarifabschlüsse mit dem Arbeit-
geberverband mit dem Abschluß eines Sägetarifis zu
Ende geführt. Die Mindestlöhne wurden sofort um 2 Pf.
und ab 1. April 1909 um weitere 2 Pf. erhöht. Demnach
beträgt der Mindestlohn für Schäfer und Hobelmaschinisten
48 Pf., für Wand-, Spalt-, Horizontal- und Vollgatterfäger,
welche zugleich schärfen müssen, 46 Pf., wenn sie nicht
schärfen brauchen 45 Pf., für Kreissäger 44 Pf. Hilfs-
arbeiter erhalten 38 Pf. Ab 1. April 1909 werden diese
Sätze um 2 Pf. erhöht. Insgesamt kamen 170 Sägerei-
arbeiter in Betracht. Bei der Firma Heilmann & Witt-
mann wurden unsere beiden dort beschäftigten Lohn-
kommissionsmitglieder am 31. März gemapregelt. Die
Schlichtungskommission, welche von uns angerufen wurde,
entschied nun zu unseren Ungunsten und legten wir hierauf
Berufung beim Eingangsamt des Gewerbegerichtes ein.
Nach dreistündiger Verhandlung wurde der Schiedspruch
der Schlichtungskommission aufgehoben und auf Maßrege-
lung erkannt. Auf die Anfrage des Sekretärs zum Arbeit-
geberverband, was nun weiter geschehen soll, erklärte der
Vorsitzende Herr Dr. Gessler, daß das Sache der Firma und
der Organisation sei, wie sich die beiden gegenseitig einigen
werden. Die Firma erklärte sich bereit, den Kollegen Piemer
sofort wieder einzustellen, während sie den Kollegen Huber
unter keinen Umständen mehr beschäftigen wollte. Nach
einer anderen Tags stattgefundenen Aussprache erklärte sich
der Direktor damit einverstanden, an Kollegen Huber
150 Mk. Entschädigung zu bezahlen und den Kollegen Piemer
sofort wieder einzustellen und ihm ebenfalls eine Entschädi-
gung von 62 Mk. zu bezahlen. Damit war die Sache für
uns erledigt und wird sich die Firma das nächste Mal
hüten, derartig vorzugehen.

In Sangerhausen hat der Streik in der Möbel-
fabrik von J. W. Braun am 17. Mai nach 7 1/2 wöchiger
Dauer sein Ende gefunden. Die Wiedereinstellung sämt-
licher streikenden Kollegen muß bis 1. Juni erfolgen. Sind
auch als direktes Resultat dieses Streiks materielle Ver-
besserungen für die Kollegen nicht zu verzeichnen, so wird
er der Firma um so mehr als Lehre dafür dienen, sich zu-
künftig den berechtigten Forderungen unserer Kollegen ein-
sichtiger gegenüber zu verhalten.

In Soest sind in der Tischfabrik in Firma Otto Zahn
Differenzen ausgebrochen. Die Firma sucht in verschiedenen
Zeitungslieferanten und Polierern. Wir ersuchen die Kollegen,
auf diese verlockenden Almonen nicht hereinzufallen, denn
die Verhältnisse in genanntem Betrieb sind nicht die besten.
Wir ersuchen, Zugang nach hier möglichst fernzuhalten.

In Staffort hat der Streik in der Möbelfabrik von
P. Thiemcke am 11. Mai dadurch sein Ende gefunden,
daß Herr Thiemcke, statt seine Sache betreffs der Lohnlage
unserer Kollegen vor dem Gewerbegericht zu vertreten, das-
selbe als Einigungsamt anrief. Dadurch kam ein Vertrag
zustande, der bis zum 1. April 1911 Gültigkeit hat und der
für unsere Kollegen die Verkürzung der Arbeitszeit von 59
auf 56 Stunden pro Woche und eine durchgängig zu be-
rechnende Affordpreiserhöhung von 5 Prozent als Verbesse-
rungen festlegt.

Aus der Holzindustrie.

Der Streik der Arbeitgeber.

Die Hamburger Pianomechanikfabrik J. Sfermann, einer
der b d wärfen Meister der Branche, die seit 70 Jahren
besteht und ständig über 600 Arbeiter beschäftigte, hat den
Betrieb definitiv eingestellt. Dieser Vorgang ist in letzter
Zeit viel kommentiert worden, zumal der Inhaber des Be-
triebs das Bedürfnis gefühlt hat, die angeblichen Gründe
für seinen Entschluß der Öffentlichkeit mitzuteilen. Wenn
man den Brief, den Herr Sfermann an die „Hamburger
Nachrichten“ geschrieben hat, liest, bekommt man ordentlich
Mitleid mit dem armen Unternehmer, der sich jetzt in das
Privatleben zurückzieht, um in Ruhe von den erworbenen
Reichtümern zu zehren. Danach sind es die miserablen
Arbeiterverhältnisse in Hamburg, die fortwährenden Un-
ruhen und Wühlereien seitens des sozialdemokratischen Ver-
bandes, die den bedauernswerten Fabrikanten auf den Ge-
danken brachten, sich durch Einstellung des Betriebs von den
Scherereien zu befreien.

Ein zirka zwei Monate lang währender Streik im vorigen
Jahre hat den Entschluß zur Reife gebracht. Den Umstand,
daß sogar 60-jährige Arbeiter, die über 30 Jahre in der
Fabrik beschäftigt waren, sich am Streik beteiligten, führt
Herr Sfermann nicht etwa als Zeichen für die traurigen
Zustände in seinem Betrieb, sondern als Beweis für die
Schlechtigkeit der in Betracht kommenden Verbände an,
welche die zufriedenen Arbeiter aufsehenden. Und zu diesem
speziellen Grund des Fabrikanten Sfermann kamen noch die
schweren Lasten, welche die Arbeiterversicherungs-gesetze den
am Hungertuch nagenden Fabrikanten im allgemeinen auf-
erlegen; trägt man sich doch sogar noch mit dem Gedanken,
eine staatliche Arbeitslosenversicherung einzuführen. Die
Sage ist für die Fabrikanten zum Verzweifeln. Und woran
liegt das? Eine Antwort auf diese Frage gibt Herr Sfer-
mann in dem Schlußsatz seines Schreibens mit folgendem
Stoßfussler: „Ich glaube, es wäre auch nicht so weit ge-
kommen, wenn schon früher, wie zu Bismarcks Zeiten,
energischer der Sozialdemokratie gegenüber aufgetreten worden
wäre.“

Diese Sehnsucht nach noch schärferen Unterdrückungs-
maßregeln gegen die Arbeiterbewegung findet natürlich in
der Presse der Scharfmacher ein freudiges Echo. Ehe wir

uns aber damit beschäftigen, ist es notwendig, den wirk-
lichen Beweggründen für die Schließung der Sfermannschen
Fabrik ein wenig nachzugehen. Da finden wir, daß sich die
Firma früher sowohl bei den Abnehmern als auch bei den
Arbeitern eines recht guten Rufes erfreute. Mit der Zeit
änderte sich das Verhältnis. Der Sohn des vorigen Be-
sizers brachte scharfmacherische Mäuren und militärischen
Schneid in die Leitung. Die alten eingearbeiteten Leute
wurden entlassen und billige Arbeitskräfte an deren Stelle
gesetzt, so daß die Firma wegen der schlechten Behandlung
und der elenden Löhne, die sie zahlte, in Verruf kam. Die
Arbeitsbedingungen blieben weit zurück hinter denen in den
gleichartigen Betrieben. Bei Sfermann erzielten die Ar-
beiterinnen 10,50 Mk. pro Woche, in anderen Betrieben
etwa 15 Mk., die Hilfsarbeiter bei Sfermann 13,50 bis
19,80 Mk., anderwärts 20 bis 30 Mk. Und gar erst die ge-
lernten Arbeiter. Für Schlosser wie Tischler ist bei 9 1/2
stündiger Arbeitszeit allgemein ein Tagelohn von 8,20 Mk.
durchgeföhrt. Sfermann zahlte Schlossern 2,85 bis 3,30 Mk.,
Tischlern 3,30 bis 3,65 Mk.

Der Streik im vorigen Jahre war zur Notwendigkeit
geworden, wenn man nicht die Löhne in den anderen Be-
trieben auf den Sfermannschen Stand herabdrücken lassen
wollte. Leider fanden sich so viel Streikbrecher, daß der Kampf
verloren ging, aber der Firma brachte der Sieg keinen Vor-
teil. Die Streikbrecherarbeit war so beschaffen, daß die
Abnehmer sie nicht brauchen konnten, das Geschäft erlitt
bedeutende Verluste und verlor sein Renommee. Wenn auf
der beschrittenen Bahn weitergegangen wurde, dann war
der schließliche Zusammenbruch vorauszusehen. Herr Sfer-
mann machte also nur aus der Not eine Tugend, als er sich
entschloß, dieses Ende nicht abzuwarten, sondern vorher den
Betrieb freiwillig zu schließen. Wenn man aus diesen Dingen
eine Lehre ziehen will, dann wäre es die, daß die Unter-
nehmer nur im eigenen Interesse handeln, wenn sie ihren
Arbeitern anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu-
gestehen, da die „billige“ Streikbrecherarbeit den Fabrikanten
schließlich teuer zu stehen kommt.

Die Unternehmerpresse allerdings hütet sich, den Dingen
auf den Grund zu gehen; sie nimmt den Sfermannschen Brief
für bare Münze und benützt die Gelegenheit, an der Hand
dieses Vorkommnisses die Schlechtigkeit der Arbeiter zu be-
weisen. Die „Musikinstrumenten-Zeitung“ drückt aufstimmend
einen Artikel aus der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ ab,
in welchem es als ein häufig vorkommender Fall bezeichnet
wird, daß Unternehmern der Besitz ihrer Fabrik durch die
Arbeiter vererbt wird; allerdings schließen sie ihren Betrieb
in der Regel nicht, sondern verkaufen ihn. „Man frage nur
einmal in Düsseldorf und Wiesbaden nach,“ heißt es in dem
Artikel, „wieviel körperlich noch rüstige und hochintelligente
Fabrikbesitzer oder Fabrikleiter sich dort zur Ruhe gesetzt
haben.“ Die Tatsache ist zweifellos richtig, nur ist sie im
vorliegenden Fall als Beweismittel schlecht zu verwenden.
Sene Fabrikanten, die sich in den genannten Lugsstädten
zur Ruhe gesetzt haben, beweisen nur, daß ihre Betriebe
ihnen, trotz der angeblich so hohen Arbeiterlöhne und trotz
der angeblich so schweren Lasten aus der sozialpolitischen
Gesetzgebung, einen schönen Wagen Geld abgeworfen haben,
der es ihnen gestattet, sich in verhältnismäßig jungen Jahren
von jeder nützlichen Tätigkeit fernzuhalten. Dieses Zurück-
gehen „verärgelter Unternehmer“, durch welches nach Ansicht
des Scharfmacherblattes „ein außerordentlich beträchtliches
Kapital von Unternehmerintelligenz“ heute schon brachgelegt
wird, hat aber auf den Fortgang der Betriebe und auf die
Entwicklung der Industrie nicht den geringsten Einfluß, denn
hierfür war die sogenannte Unternehmerintelligenz in den
meisten Fällen sehr gleichgültig. Je größer der Betrieb,
um so deutlicher tritt die Tatsache in Erscheinung, daß der
Unternehmer nur die Eigenschaft des Parasiten hat, welcher
sich von dem Fleiß seiner Arbeiter — dieses Wort im
weitesten Sinne genommen — mästet.

Es ist eine böswillige Unterschätzung der kapitalistischen
Presse, der Arbeiterschaft nachzusagen, daß sie nur die Be-
deutung der mechanischen Handarbeit für die Industrie an-
erkenne. Nein, wir wissen den Wert der Kopfarbeit wohl
zu schätzen; aber sind nicht die Ingenieure, die Techniker usw.
ebenfalls Arbeiter, die vom Kapital ebenso rücksichtslos aus-
gebeutet werden wie die Handwerker? Man schweige uns
aber von der Unternehmerintelligenz. Wenn wir auch nicht
bestreiten wollen, daß es Unternehmer gibt, die sich in der
Industrie nützlich betätigen, so besteht doch die Funktion des
Unternehmers im allgemeinen nicht sowohl im Arbeiten, als
darin, den Profit einzustreichen, den andere für ihn erarbeitet
haben.

Sehr unklug ist es von dem Scharfmacherblatt, den Fall
Krupp als Beispiel für den Einfluß des Unternehmers auf
die Entwicklung des Betriebs anzuführen. Auf die Ursachen,
welche die Kruppschen Werke zu so hoher Blüte gebracht
haben, wollen wir hier nicht eingehen, aber ein Hinweis
auf den letzten Krupp und auf die Erben seiner Güter muß
jeden zum Schweigen bringen, der es versucht, die Wichtig-
keit des Besitzers für den Betrieb seiner Werke zu behaupten.
— Ob es dem Ansehen ihres Nationalheiligen besonders
förderlich ist, wenn die Goldschreiber der Kapitalisten all die
Ungeheimheiten widerläuen, die einst Bismarck in seinem
Paß gegen die Arbeiter von sich gegeben hat, wollen wir
dahingestellt sein lassen. So wird ein Ausspruch Bismarcks
zitiert, wonach nicht der Streik der Arbeiter das Gefährlichste
wäre, sondern daß es einstmals anders kommen könnte, wenn
die Arbeitgeber streikten. Wir sind der Meinung, daß dem
deutschen Volke ein großer Gefallen erwiesen würde, wenn
„Arbeitgeber“ wie Krupps Erben oder wie die „Kommerzien-
räte a. D.“, die sich vor dem Geräusch ihrer Maschinen
nach Düsseldorf und Wiesbaden zurückziehen, in einen um-

fassenden Generalfreil eintreten würden und auf das Einstreichen der Profite aus der Industrie verzichteten. Die Gesellschaften selbst wird man nicht vermissen, mit den gesparten Summen könnte man aber die Löhne der Arbeiter in ganz erheblichem Maße steigern. Der Volkswirtschaft wäre auf diese Weise zweifellos besser geholfen als durch das Züchten von Millionären.

Waggonfabrik Akt.-Ges. Herdingen (Rhein). Die Gesellschaft hat, ungeachtet ihres erst zehnjährigen Bestehens, eine recht bewegte Vergangenheit, doch hat sie sich, wie die „Frankfurter Zeitung“ ausführlich, nach wiederholten Reorganisationsversuchen zu einer befriedigenden Rentabilität emporgearbeitet. Das bei der Gründung im Jahre 1898 auf 1.200.000 Mk. festgesetzte Aktienkapital wurde bereits im darauffolgenden Jahre auf 1.800.000 Mk. erhöht. Dann folgten mit dem damals eintretenden Konjunkturrückgang für die Gesellschaft schwere Verlustjahre, die in den Jahren 1902 und 1903 zur zweimaligen Herabsetzung des Aktienkapitals auf 860.000 Mk. nötigten. Ein Brandunglück brachte die Gesellschaft im Jahre 1904 in finanzielle Schwierigkeiten, aus denen sie sich dadurch herauszog, daß 1.400.000 Mk. Vorzugsaktien mit 6 Prozent Vorzugsdividende ausgegeben wurden; davon wurden 760.000 Mk. von den Inhabern der Obligationen und 576.000 Mk. von den Buchgläubigern übernommen, der Rest gegen bar. In 1906 wurde den Besitzern der Stammaktien, um letztere den Vorzugsaktien gleichzustellen, eine bare Zahlung von 20 Prozent auferlegt, ferner wurden weitere 240.000 Mk. Aktien zu 110 Prozent und in 1907 500.000 Mk. zu 120 Prozent ausgegeben. Danach besteht das Grundkapital der Gesellschaft nunmehr aus 2 1/2 Millionen Mark gleichberechtigten Aktien. An Reserven sind 279.119 Mk. vorhanden. Die Beschäftigung der Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren kräftig gehoben. Während der Umsatz sich in 1902 auf 1,11 Millionen Mark und in 1903 auf 1,65 Millionen Mark beschränkte, steigerte er sich in 1904 auf 1,94 Millionen Mark, in 1905 auf 2,56 Millionen Mark und in 1906 auf 3,88 Millionen Mark. Das Geschäftsjahr 1907 hat wegen seiner Verlegung nur neun Monate, in denen 3,75 Millionen Mark umgesetzt wurden. Die Dividendenzahlungen wurden in 1905 mit 9 Prozent wieder aufgenommen, in 1906 stieg die Dividende auf 12 Prozent und in 1907 auf 10 1/2 Prozent p. r. t. gleich 14 Prozent p. a. Immerhin wird man sich zu erinnern haben, daß die Rentabilität der Gesellschaft von den Schwankungen der Konjunktur stark abhängig ist, wenn gleich das Unternehmen nach dieser Richtung jetzt zweifellos weit gefestigter dasteht als in den ersten Betriebsjahren. Nach einer Äußerung der Zeitung sind bei lobnenden Preisen reichliche Aufträge vorhanden, die eine rege Beschäftigung bis weit in das Jahr 1909 hinein gewährleisten.

Waggonfabrik Akt.-Ges. Kaschau. Nach dem Geschäftsbericht für 1907 wurden abgeliefert 101 (im Vorjahre 100) Peronnenwagen, 23 (22) Gepäckwagen, 808 (854) Güterwagen usw. mit einem Gesamtumsatz von rund 3,91 (2,86) Millionen Mark. Nach 80.740 (78.805) Mk. Abschreibungen ergibt sich ein Reingewinn von 70.955 (34.089) Mk., wovon auf das im 625.000 Mk. auf 1,20 Millionen Mark erhöhte Grundkapital 5 Prozent (wie i. V.) Dividende verteilt werden, wonach 4400 (3721) Mark übrig bleiben. Die Vervollständigung der Fabrikanlagen habe sich durch verzögerte Anlieferung von Maschinen weiter als erwartet hinausgeschoben; infolgedessen konnte die Gesellschaft mehrfach nicht rechtzeitig liefern und ist dadurch in Verzugsstrafen verfallen. Außerdem sind infolge der erforderlichen Nacharbeit außerordentlich hohe Ausgaben erwachsen. Abgesehen von 780.000 Mk. Obligationen und 58.000 Mk. Hypothekenschulden sind trotz der Kapitalerhöhung die laufenden Verbindlichkeiten weiter von 1,85 Millionen Mark auf den relativ ansehnlichen Betrag von 2,58 Millionen Mark gestiegen. Demgegenüber waren in Halbfabrikaten 317.583 (171.540) Mk., in Holzportalen 602.833 (486.900) Mk. und in sonstigen Materialen 742.800 (582.687) Mk. vorhanden und bei 1.111.757 (1.111.757) Mk. unter den Passiven fließend zu verbuchen. Die Reserve beschrankt sich einschließlich der diesjährigen Dotierung auf 582.800 Mk. Die vorliegenden und in Aussicht stehenden Aufträge berechtigen zu guten Erwartungen für das neue Geschäftsjahr.

b. Bosnisches Holz. Zu den Gebieten mit reichen Holzbeständen in Europa gehören die von Österreich-Ungarn der Türkei auf Grund eines Beschlusses des Berliner Kongresses abgenommenen „okkupierten Provinzen“ Bosnien und die Herzegowina. Allein in 81 Bezirken ist da 1256.272 Hektar Staatswald vorhanden. Insgesamt wurden im Durchschnitt des Jahrzehnts 1896 bis 1906 alljährlich fast 8 Millionen Kubikmeter Holz der wirtschaftlichen Verwertung zugeführt. Mit Einzuzurechnung des in den urwaldartigen Beständen unvermeidlich größeren Abfalls bei der Aufarbeitung des Holzes und der Materialverluste beim Transport desselben beträgt in diesem Zeitraum der tatsächliche Einschlag in den Staatswäldern über 8 1/2 Millionen Kubikmeter.

Die Sägeindustrie hat vom Jahre 1901 bis 1906 an weichen Bau- und Schnittmaterial 2316.574 Kubikmeter oder durchschnittlich pro Jahr 888.095 Kubikmeter exportiert, unter anderem auch, wenn auch nicht große Mengen, nach dem Deutschen Reich, wohin aber mehr ging als nach Holland, nach der Schweiz, Belgien, Griechenland und die anderen Balkanländer, nach Malta, nach Asien und Afrika. Im Jahre 1905 betrug der gesamte Außenhandel Bosniens und der Herzegowina an Holz und Holzwaren 4,92 Millionen Meterzentner im Werte von 28,27 Millionen Kronen. Den weitest ausgedehnten Ausfuhrartikel bilden die Sägewaren, dann folgt Bau- und Wertholz, während Eisenbahnschwellen und Brennholz von geringerer Bedeutung sind.

Aber die Arbeiter in der Holzindustrie finden sich wenig Mittelungen; so die, daß in 25 Betrieben dieser Industrie-Gruppe Unfälle vorgekommen sind; in diesen 25 Betrieben waren 14.988 Arbeiter beschäftigt, von denen 823 verunglückten, 46 starben infolge der Unfälle, 87 blieben dauernd arbeitsunfähig, 106 waren mehr wie vier Wochen, 684 weniger als vier Wochen infolge der Unfälle arbeitsunfähig. Von den Unfallverletzten waren 784 gegen Unfall versichert, bei 80 war dies nicht der Fall.

Unter den fünf im Jahre 1906 gegründeten Aktiengesellschaften war eine Forstindustriellengesellschaft, eine Holz-

industrielle und eine Bauaktiengesellschaft. Unter den neun modernen Gewerkschaftsorganisationen, die im Jahre 1906 gegründet wurden, war auch ein Fachverein der Holzarbeiter in Sarajevo.

Man erlebte aus diesen Angaben, daß auch in diesen von der Kultur so lange unberührt gebliebenen Bezirken der moderne Kapitalismus und eine moderne Arbeiterbewegung ziemlich kräftig in Erscheinung zu treten beginnen.

Gewerkschaftliches.

Ein Urteil über deutsche Gewerkschaften. Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ schreibt am Schlusse eines Artikels über die soeben in der Hauptsache beendeten Tarifbewegungen im Baugewerbe und der Holzindustrie: „So gehen die deutschen Gewerkschaften aus den ihnen drohenden Gefahren, aus gefährlichen Kämpfen, die ihnen viele Millionen gekostet hätten, unversehrt, mit gesteigertem Ansehen, mit Erhaltung ihrer Position, ja sogar mit einigen Vorteilen für die Mitglieder hervor. In Zeiten wirtschaftlicher Prosperität gewerkschaftliche Erfolge zu erzielen, erscheint nicht schwer, was aber die deutschen Gewerkschaften in der letzten Zeit mitten in einer schweren Krise errungen haben, ist der beste Beweis ihrer vollen Gesundheit, ihrer Schlagkraft, ihrer inneren Stärke, ihrer tüchtigen finanziellen Fundierung und ihrer ausgezeichneten Führung.“

Der Bureauangestelltenverband hat sich auf seiner zu Ostern in Berlin stattgefundenen Generalversammlung mit dem Verband der Verwaltungsbeamten vereinigt. Der neue Verband, der sich der Generalkommission anschließt, führt den Namen „Verband der Bureauangestellten und Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands“. Er erstreckt sich über ganz Deutschland und hat seinen Sitz in Berlin. Der monatliche Beitrag beträgt in Klasse I für Mitglieder im Alter über 20 Jahre 1,20 Mk., in Klasse II für Mitglieder über unter 20 Jahre 60 Pf. Unterstützung an arbeitsunfähige kranke Mitglieder kann vom Beginn der dritten Woche der ArbeitsEinstellung infolge Krankheit gewährt werden. Die Leistungen sind abgestuft nach der Dauer der Mitgliedschaft. Unterstützung an stellose Mitglieder kann nach Verlauf von zwei Wochen Erwerbslosigkeit gewährt werden. Die Stellenlosigkeit wird durch die Arbeitslosigkeit wegen Tätigkeit für den Verband zugrunde, so können auf Beschluß des Vorstandes vom ersten Tage der Erwerbslosigkeit an die Höhe der Stellenlosigkeit bis zu einhalbmaliger Höhe gewährt werden. Die Höhe der Unterstützung bei ArbeitsEinstellung bestimmt der Vorstand nach Anhörung der Ortsleitung. Das Organ des Verbandes ist „Der Bureauangestellte“, daselbe wird jedem Mitglied in einem Exemplar kostenlos geliefert. Außerdem wird für Rechnung und im Interesse des Verbandes, jedoch nicht in seinem Namen, eine fachwissenschaftliche Zeitschrift unter dem Titel: „Vollständiges Handbuch für praktische Arbeiterversicherung, Organ des Verbandes der Bureauangestellten und Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands“ herausgegeben. Das neue Statut tritt vom 1. Juli 1908 ab in Kraft.

Der Dachdeckerverband hielt seinen Verbandstag vom 21. bis 24. April in Mannheim. Es wurde eine Erhöhung der Beiträge beschlossen; dieselben richten sich nach den Löhnen und schwanken zwischen 40 und 75 Pf. wöchentlich. Bei der Reiseunterstützung kommt die Kilometerrechnung in Fortfall, es werden Tagegelber gezahlt bis zur Gesamthöhe von 20 Mk. Die Umzugsunterstützung wird bis zur Höhe von 30 Mk. gewährt. Die Streikunterstützung steigt in den acht Beitragsklassen von 2,40 Mk. bis 3,10 Mk. pro Tag. Die Sterbeunterstützung richtet sich nach der Beitragsklasse und der Mitgliedschaftsdauer; sie schwankt zwischen 20 und 120 Mk. Neu eingeführt wurde die Krankenunterstützung. Dieselbe wird nach zweijähriger Mitgliedschaft je nach der Beitragsklasse und der Mitgliedschaftsdauer in Höhe von 2,10 bis 7,20 Mk. pro Woche gewährt. Die Statistik der Betriebsunfälle wurde abgelesen. Das Verbandsorgan, das seit dem 14. Tage erscheint, erscheint künftig wöchentlich. Zu erwähnen ist schließlich noch, daß der zehnte Gauvorsteher sich und Stimme auf dem Verbandstag eingeräumt und der Vorstand ermächtigt wurde, bei wichtigen Anlässen Gauvorsteherkonferenzen einzuberufen.

Dem Klempnerverband hat sich nunmehr die lokale Organisation der Klempner in Berlin angeschlossen. Das bedeutet wieder einen starken Verlust für die „Einigkeit“-leute.

Der Textilarbeiterverband hielt seine Generalversammlung vom 4. bis 9. Mai in Leipzig. Eine lebhafteste Debatte verursachte die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung, obwohl sich bereits die vorige Generalversammlung im Prinzip für die Einführung dieses Unterstützungsweises ausgesprochen hatte. Die Arbeitslosenunterstützung wurde schließlich endgültig beschlossen. Die Unterstützungsätze richten sich nach der Beitragsklasse und der Dauer der Mitgliedschaft, sie bewegen sich zwischen 4 Mk. wöchentlich auf die Dauer von 6 Wochen und 9 Mk. auf die Dauer von 10 Wochen. Die Beiträge werden in allen Beitragsklassen um 10 Pf. erhöht. Nachdem einige Änderungen des Streikreglements beschlossen waren, beschäftigte sich die Generalversammlung eingehend mit dem bevorstehenden internationalen Textilarbeiterkongress in Wien. Eine Gehaltskala, die von der Generalversammlung angenommen wurde, bestimmt, daß die Gehälter der Vorstandsmitglieder und Redakteure von 2000 bis 8000 Mk. steigen; die Hilfsarbeiter des Vorstandes und die Gauvorsteher erhalten ein Anfangsgehalt von 1800 Mk., das bis 2600 Mk. steigt. Die Besoldung der Zahlstellenbeamten erfolgt künftig ebenfalls aus der Hauptklasse. Die Zahlstellen, welche einen besoldeten Beamten haben, behalten künftig 15 Prozent der Beiträge am Orte, während den anderen Zahlstellen 20 Prozent verbleiben. Weiter angenommene Beschlüsse beziehen sich auf eine stärkere Berücksichtigung der weiblichen Mitglieder bei der Wahl der Ortsverwaltungen, der besoldeten Geschäftsführer und der Delegierten zur Generalversammlung.

Ein internationaler Steinarbeiterkongress fand im Anschluß an den Verbandstag des Steinarbeiterverbandes in Cassel statt. Es waren 12 Nationen vertreten mit zusammen 42.000 Mitgliedern, darunter Deutschland mit 20.000

Es wurde die Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher in Vorschlag gebracht. Weiter wurde die Frage der Aufbringung von Streikunterstützungen in den einzelnen Ländern erörtert und beschlossen, daß jedes Land für die Unterstützung selber zu sorgen hat. Bei größeren Streiks und Lohnbewegungen ist dem Sekretariat sofort Mitteilung zu machen. Beschlossen wurde weiter, eine internationale Statistik über die Arbeitszeit, Akkordarbeit, Berufskrankheit, Unfallhäufigkeit usw. aufzunehmen. Das Resultat soll den Regierungen unterbreitet und der Ausbau der Arbeiterschutzgesetze gefordert werden. Der Vorort des internationalen Sekretariats bleibt Zürich.

Eine internationale Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer soll im Juli d. J. in Zürich abgehalten werden. Sie soll sich mit der Frage der Organisationsform, mit den organisatorischen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften an den Grenzgebieten und mit der Gründung eines internationalen Sekretariats befassen.

Die Christen sind eifrig dabei, die Einrichtungen der freien Gewerkschaften nachzuahmen. Nun suchen sie sogar schon internationale Beziehungen anzuknüpfen, die sie, soweit sie von den freien Gewerkschaften gepflegt werden, nicht genug verstanden konnten. In eine schwierige Lage dürfte der christliche „Holzarbeiter“ kommen, der noch vor nicht langer Zeit in bezug auf den internationalen Holzarbeiterkongress zu erzählen mußte: „Gerade die kulturell hochstehenden Länder lehnten es ab, den internationalen Rubbelmuddel, bei dem die Galbkultur am meisten zu sagen weiß, mitzumachen“, und der die Verhandlungen selbst als „leeres Geschwätz“ bezeichnete. Ob er wohl über die internationale Christenkonferenz ebenso urteilen wird? Wir zweifeln nicht daran, daß er sich mit Gottes Hilfe durchzukommen wissen wird, sündturalen der Bannstrahl, der von der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften gegen die christliche „Baugewerkschaft“ geschleudert wurde, weil sie sich im Falle Behrens eine eigene Meinung zu äußern erlaubte, dem christlichen „Holzarbeiter“ als Warnung dienen dürfte, nicht gegen den Stachel zu lecken.

Unternehmerbewegung.

Lausbubenstreiche.

Wenn halbwüchsige Rangen eine Weile ohne Aufsicht in der Schultube gelassen werden, dann passiert es leicht, daß sie im Übermut auf allerlei lose Streiche verfallen, und ganz besonders groß ist das Vergnügen, wenn es gelingt, einer Respektsperson, etwa dem Herrn Lehrer, einen Schabernack zu spielen. Solange sich derartige Missetat in angemessenen Grenzen bewegen, wird der vernünftige Erzieher gern ein Auge zudrücken, in Anbetracht des Umstandes, daß die Jugend austoben will. Anders wird man es aber beurteilen, wenn gefasste Männer dergleichen Dinge treiben; dann wird man mit Recht davon sprechen können, daß es sich um Leute handelt, welche die elementarsten Anstandsregeln nicht beachten und jeder Bildung bar sind.

Bekanntlich ist unser Unternehmertum ganz besonders stolz auf „Bildung und Besiß“, und mit Verachtung sehen die Herren auf die Arbeiter herab, die mangels eines gefüllten Geldschranks auch keine Bildung besitzen. Wie es aber mit der sogenannten „Bildung“ der Unternehmer in Wirklichkeit aussteht und wie leicht sie geneigt sind, Lausbubenstreiche auszuführen, die man in Anbetracht der begleitenden Umstände mit niederträchtigen Streichen nicht zu hart bezichnet, das haben gewisse Vorgänge anlässlich der Tarifverhandlungen im Baugewerbe gezeigt.

Daß die gebildeten Herren Unternehmer ihren Gefühlen des öfteren durch Zischen und Pfeifen Ausdruck geben, ist zwar nicht sehr rühmendwert. Man hätte darüber hinwegsehen können, obwohl schon dieses Verhalten standalös genug ist, ja daß der Vorsteher Herr v. Schulz sich zu der Heuchelei veranlaßt sah, daß ihn so etwas in seiner zehnjährigen Verhandlungspraxis noch nicht vorgekommen sei. Aber mit diesen Lausbubereien war der Latendrang der Herren von „Bildung und Besiß“ im Baugewerbe nicht gestillt. Gleich am ersten Tage hatten sie auf einen Bogen Papier in großer Schrift das Wort „KURZ“ gemalt. Dieses Plakat hielten sie den Arbeitern entgegen, wenn diese etwas sagten, was den „gebildeten“ Herren nicht gefiel. Auch den unparteiischen Leitern der Verhandlung zeigten sie es, wenn sie sich zur Beratung zurückziehen wollten.

Ein besonderes Gaudi versprachen sich die ulkigen Herren von einem ganz aparten Streich. Am den Herren Dr. Bremner und Dr. Wiesfeldt „durch die Blume“ zu sagen, daß sie von den Unternehmern für Einfaltspinsel gehalten werden, hatte man diesen Herren Pinsel, die zu diesem Zwecke gekauft worden waren, auf die Plätze gelegt. Erklärlicherweise erklärten die beleidigten Herren, unter diesen Umständen auf die weitere Mitwirkung zu verzichten. Daß sie sich im Interesse der Sache mit der allseitigen Beurteilung der Klippe zufrieden gaben und ihr Amt beibehielten, ist im höchsten Maße anerkennenswert, kann aber die Klippe nicht entschuldigen. Leider unterließ man es, festzustellen, wer die traurigen Gelden waren, und ebensowenig wurde untersucht, wer Schuld daran trug, daß wie die Unparteiischen mitteilten, sie an jedem Tag ihre Hüte eingedrückt und durch Löcher vorgefunden haben.

Wir nehmen ohne weiteres an, daß nicht alle Unternehmer an diesen Lausbubereien beteiligt waren. Aber daß unter der Elite des deutschen Bauunternehmertums, die doch wohl in Berlin zusammengekommen war, solche Elemente zu finden sind, und daß sie ihre Plegeleuten treiben konnten, ohne von ihren Kollegen mit Schimpf und Schande zum Kessel hinausgeschickt zu werden, das wirkt doch ein bezeichnendes Licht auf die moralischen Qualitäten der Unternehmer im Baugewerbe.

Kollegen, abonniert das „Fachblatt für Holzarbeiter“.

Soziale Rechtspflege.

1 Jahr und 2 Monate Zuchthausstrafe wegen Fälschung im Krankenkassenanmeldeschein.

Der 30 Jahre alte Malergehilfe R. zu Frankfurt a. M. arbeitete nicht gern, hatte deshalb auch gar kein Interesse an seiner Organisation. Viel leichter dünkte es ihm, seinen Lebensunterhalt als „Kassenmarder“ zu finden, und fälschte schon in den Vorjahren Krankenscheine, Meldeformulare der Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. Er wurde deshalb mit 4 Monaten und später mit 6 Monaten Gefängnis bestraft. Doch R. konnte das Fälschen nicht lassen. Wieder fälschte er drei Anmeldebörsen zur Ortskrankenkasse und trug in die Rubrik „Arbeitgeber“ ruhig den Namen eines Frankfurter Unternehmers ein, vergaß auch nicht, sich einen recht hohen Lohn einzusetzen!

Zweimal meldete er sich auch selbst wieder ab, um bei der dritten Anmeldung unverdächtig das Krankengeld zu kassieren. Er erhielt deshalb auch 115 Mk. Krankengeld ausgezahlt und wäre noch lange nicht gesund geworden, wenn der Unternehmer nicht endlich herausgefunden hätte, daß er für einen „Gehilfen“ Beiträge bezahlte, den er noch nie in seinem Betrieb gesehen hatte. Wieder wurde R. frech, als er der Krankenkasse seinen Raub zurückzahlen sollte. Es erfolgte deshalb Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Die Folge war, daß der Fälscher kürzlich von der Strafkammer zu Frankfurt a. M. schwer bestraft wurde. Das Urteil lautete:

„Der Angeklagte wird wegen Betrugs im Rückfall in einheitlichem Zusammenhang mit schwerer Urkundenfälschung und Betrugsversuch im Rückfall zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 1 Jahr und 2 Monaten, sowie zu einer Geldstrafe von 100 Mk., zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.“

Aus der Urteilsbegründung heben wir folgende Punkte hervor:

„Die von dem Angeklagten angefertigten An- und Abmeldungen sind, da sie ordnungsgemäß vom Arbeitgeber auszufüllen sind, Privaturkunden. Sie dienen zum Beweis von Rechten und Rechtsverhältnissen zwischen der Allgemeinen Ortskrankenkasse und deren Mitgliedern. Der Angeklagte hat diese Urkunden fälschlich angefertigt, indem er als Aussteller den Namen „G...“ eintrug, von dem diese Unterschrift tatsächlich nicht herrührte und der den Angeklagten zu dieser Ausfertigung auch nicht bevollmächtigt hatte. Der Angeklagte handelte dabei in der Absicht, für die Tatsache, daß der Unternehmer G... unterschrieben habe, mittels Täuschung ein falsches rechterhebliches Beweismittel zu schaffen, also in rechtswidriger Absicht. Der Angeklagte hat durch Einreichung seiner Meldungen bei der Kasse von ihnen Gebrauch gemacht, und zwar zu dem Zwecke, in dem zuständigen Beamten die Täuschung hervorzurufen, daß die Meldungen echt seien. Die Absicht des Angeklagten war hierbei darauf gerichtet, sich Krankengeld, also einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Es liegt mithin der Tatbestand der schweren Urkundenfälschung vor. Gleichzeitlich hat sich der Angeklagte des Betrugs schuldig gemacht. Durch die Einreichung der gefälschten Meldungen hat er den zuständigen Beamten der Krankenkasse in einen Irrtum versetzt, daß er das Krankengeld auszahle, was er nicht getan hätte, wenn er den wahren Sachverhalt gekannt hätte. Auf dieses Krankengeld hatte der Angeklagte, da er tatsächlich nicht Mitglied der Kasse geworden war, wie ihm auch bewußt war, keinen Rechtsanspruch. Der von ihm erstrebte und erlangte Vermögensvorteil war daher ein rechtswidriger. Durch das Vorgehen des Angeklagten ist die Allgemeine Ortskrankenkasse um 115 Mk. in ihrem Vermögen geschädigt worden. Der Angeklagte ist unter anderem wegen ganz ähnlichen Betrugereien zum Nachteil der Allgemeinen Ortskrankenkasse vor kurzem vorbestraft. Die zeitliche Aufeinanderfolge der einzelnen Begehungsakte ist eine kurze. Das Gericht hat die Überzeugung und stellt demgemäß fest, daß der Angeklagte von vornherein die Absicht hatte, in der oben angeführten Weise zu betrügen, indem er zu diesem Zwecke Meldungen fälschlich anfertigte. Der Angeklagte hat daher auf Grund eines einheitlichen Vorfases „fortgesetzt“ gehandelt.“

Das Biegnitzer Gewerbegericht hat in der letzten Zeit einige Urteile gefällt, die geeignet sind, bedenkliches Kopfschütteln zu erregen. Durch Kündigung der Unternehmer war der im Bauschlerfach abgeschlossene Tarifvertrag am 31. März d. J. abgelaufen. Ein neuer Tarif kam nicht zustande, weil die Unternehmer eine Kürzung der Tariffsätze um 10 Prozent verlangten, was von den Gehilfen abgelehnt wurde. Der Unternehmer B. erklärte nun am 31. März seinen Entschluß, von morgen 1. April ab tritt der Meistertarif in Kraft. Die Arbeiter erkannten diesen Tarif nicht an, und verlangten noch 14 Tage Beschäftigung zu dem im abgelaufenen Tarif festgelegten Bedingungen. Dessen weigerte sich der Unternehmer. Die Arbeiter legten hierauf die Arbeit nieder und verklagten den Unternehmer auf 14tägige Beschäftigung zu den alten Lohnsätzen, oder dementsprechender Entschädigung. Mit dieser Klage sind sie abgewiesen worden. In der Urteilsbegründung wird gesagt: „Die Kläger hätten die Arbeit unbefugt verlassen. Der 1. April sei kein Bohnntag, es käme ihnen daher § 124 der Gewerbeordnung nicht zugute. Die Kläger hätten unter Vorbehalt weiterarbeiten sollen, und hätten nach Ablauf der 14 Tage ihre „angeblichen“ Rechte geltend machen können.“

Dieses Urteil ist mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht in Einklang zu bringen. Der Beklagte verlangte eine Sanktionierung des Meistertarifs. Kläger konnten diesen Tarif ablehnen oder ihm zustimmen. Im ersteren Fall hatten sie das Recht, nach 14 Tagen zu den alten Bedingungen beschäftigt zu werden, da ja auch der abgelaufene Tarif die Kün-

digung nicht ausgeschlossen hatte. Ganz hinfällig aber ist die Bemerkung, die Kläger hätten unter Vorbehalt weiterarbeiten sollen. Gerade diese Ausführung läßt so recht erkennen, daß dem Vorsitzenden des Biegnitzer Gewerbegerichts die praktische Seite des gewerblichen Arbeitsverhältnisses vollständig fremd ist.

Noch trasser tritt das in einem weiteren Urteil desselben Gerichts zutage. Der Unternehmer G. hatte seinen sämtlichen Arbeitern gekündigt, weil auch diese sich weigerten 10 Prozent billiger zu arbeiten. (Nebenbei bemerkt wurde von diesem Unternehmer das Recht auf 14tägige Beschäftigung anerkannt.) Am Montag den 18. April wurde dem Arbeiter F. eine neue Arbeit übertragen mit dem Verlangen, diese Arbeit in Alford zu machen und den Alford fertigzustellen. Der Arbeiter, dem es nicht möglich schien, die Arbeit bis zum Ablauf der Kündigungsfrist (Sonntag den 18., mittags) herzustellen, verweigerte die Übernahme des Auftrags, erklärte sich aber bereit, die Arbeit in Bohn zu machen. Der Unternehmer beharrte jedoch auf seinem Verlangen. Vom Arbeiter auf Entschädigung verklagt, machte vor dem Gewerbegericht der Unternehmer geltend, Kläger hätte die Arbeit fertigstellen können, wenn er Überstunden gemacht und am Sonntagabend (vor Ostern) bis abends 7 Uhr gearbeitet hätte. Das Gericht machte sich hier die Argumente des Unternehmers zu eigen, und da der Unternehmer noch behauptete, daß der Arbeiter, der die vom Kläger liegengelassene Arbeit übernommen, diese in 3 1/2 Tagen fertigstellen würde, obwohl am Tage der Verhandlung die Arbeit noch nicht fertig war, wurde auch hier der Kläger mit seiner Klage abgewiesen, mit der Begründung: „Kläger hätte die Arbeit noch fertigstellen können, er hätte nur dürfen bis Sonntagabend arbeiten oder einige Überstunden machen“. Das heißt einfach, den Arbeiter recht- und schuldlos zu machen, ihn ganz und gar der Willkür des Unternehmers aussetzen.

Solche Urteile fordern die schärfste Kritik heraus und sind nicht geeignet, das Vertrauen der Arbeiter zu der Objektivität der Rechtsprechung des Gewerbegerichts zu erhöhen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein Schwerverbrecher!

Vor dem oberbayerischen Schwurgericht hatte sich am 4. Mai unser Kollege Anton Raith-München wegen Vergehens nach § 155 der Reichsgewerbeordnung, begangen durch die Presse, zu verantworten. In einem Situationsbericht über den Streit in der Möbelfabrik Kempf & Geiger in Mühlhof, in Nr. 168 der „Münchener Post“ vom 27. Juli voriges Jahres war von einem Streikbrecher Pryhoda die Rede, „dessen Frau in München ein Spezereigeschäft betreibt“. In diesem Satz erblickte der Amtsanwalt vom Schöffengericht Mühlhof eine Verurteilung, um den Pryhoda zur Teilnahme an dem Streik zu bestimmen. Das Schöffengericht Mühlhof verurteilte Raith, der sich als Verfasser der Notiz bekannte, zu einer Gefängnisstrafe von fünf Tagen. Gegen dieses Urteil ergriff Kollege Raith Berufung, weil nicht auf Freisprechung, der Amtsanwalt, weil nicht auf eine höhere Strafe erkannt wurde. In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Traunstein bestritt der Verteidiger, Rechtsanwalt Nussbaum-München, die Zuständigkeit der Strafkammer, da ein Vergehen begangen durch die Presse vorliege und Preßdelikte in Bayern dem Schwurgericht unterstehen. Die Strafkammer Traunstein schloß sich dieser Auffassung an, hob das schöffengerichtliche Urteil auf und verwies die Sache zur Aburteilung vor das oberbayerische Schwurgericht. In der Verhandlung vor dem Schwurgericht ersuchte der Staatsanwalt selbst die Geschworenen, die Schuldfrage zu verneinen. Entsprechend diesem Antrag verneinten denn auch die Geschworenen nach kurzer Beratung die Schuldfrage, worauf Raith unter Überbürdung der Kosten des Verfahrens einschließlich der der Verteidigung auf die Staatskasse freigesprochen wurde.

Die Presse, die sie freigeht, kann wohl? Am 21. November 1907 veröffentlichte die „Münchener Post“ ihr ein Beispiel folgenden Fall:

Der Mauerer S. Schnellberger hatte am 11. d. M. im Getreidelager des Münchener Lagerhauses eine Notstandsarbeit gefunden. Der größte Teil der dort beschäftigten Arbeiter ist christlich organisiert. Schon am 18. November verlangten die christlichen Kollegen, daß Schnellberger entweder übertreten oder aufhören müsse. Schnellberger erklärte, daß er dies auf keinen Fall tun werde. Am Samstag den 16. November beschimpfte nun der ebenfalls sehr christliche Vorarbeiter Schmid in der Kantine ohne Grund den Schnellberger mit Ausdrücken, wie: „Bist du, roter Pakt, ausgefressener Kerl; du mußt hinschauen, und wenn dir keiner was tut, dann stich ich dich ab, du Saubua!“ Dem Schnellberger wurde gedroht, wenn er nicht aufhöre, würden die Christlichen die Arbeit niederlegen.

Da sich Schnellberger nach diesen unzweideutigen Befundungen christlicher Gesinnung seines Lebens nicht mehr sicher fühlte, zog er es vor, die gottliche Arbeitsstätte zu verlassen. So hat christliche Unzulassung wieder einmal einen Arbeiter brotlos gemacht.

Die christliche Gewerkschaftsstimme schrieb nun in ihrer Nr. 6 vom 6. Februar 1908: „Die Münchener Post war es, die im Fall Schmid vom Ostbahnhof plötzlich einen Terrorismus konstatierte und dann in ihrer Verworfenheit auf unsere Nichtigkeit meinte, weil wir so anständig antworteten, sei unsere Darstellung unwahrscheinlich. Wir erklären, so lange sie nicht die striktesten Beweise für ihre Worte erbringt, für ein Lügenblatt aller schlimmster Sorte.“

Der christliche Vorarbeiter Schmid tat nun der Münch. Post den Gefallen und verklagte ihren verantwortlichen Redakteur wegen des oben zitierten Artikels; er fühlte sich beleidigt, und darum sollte Genosse Gruber, der verantwortliche Redakteur der Münch. Post wohl eingesperrt werden. Allein die Verhandlung am 30. April zeitigte ein ganz anderes Ergebnis, als der christliche Vorarbeiter es erwartet haben mag. Die Münchener Post, in ihrer Verworfenheit, trat den Wahrheitsbeweis an. Vor Gericht wurde nun festgestellt, daß der Artikel der Münchener Post buchstäblich der Wahrheit entspricht. Der Gen-

trumsadvokat Dr. Rauchenberger, der den christlichen Vorarbeiter vertrat, machte ein sehr verdutztes Gesicht, da Wort für Wort unserer Behauptungen als richtig nachgewiesen wurde. Der christliche Vorarbeiter hatte nämlich seinen eigenen Anwalt falsch informiert. Herr Rauchenberger sagte sich daher, seiner sonstigen Gewohnheit zuwider, in seinem Plaidoyer sehr kurz, und Genosse Gruber wurde glänzend freigesprochen.

Es ist also wahr und endlich vor Gericht erhärtet, was am 21. November 1907 die „Münchener Post“ geschrieben hat. Schnellberger war ein Opfer der christlichen Unzulassung geworden. Die Christlichen hatten sich, indem sie den Tarif der freien Gewerkschaft unterboten, im Münchener Lagerhaus eingenistet. Als Schnellberger dort eine Notstandsarbeit fand, forderten ihn die christlichen Delegierten auf, sich zur christlichen Organisation einschreiben zu lassen, sonst müsse er aufhören. Und als Schnellberger seiner Überzeugung treu blieb, beschimpfte und bedrohte ihn der christliche Vorarbeiter Schmid in der unerhörtesten Weise. Die „Münchener Post“ aber, die diesen neuen Fall von christlichem Terrorismus der Öffentlichkeit unterbreitete, wurde der „Verworfenheit“ geziehen; sie wurde ein „Lügenblatt aller schlimmster Sorte“ genannt. Nachdem sie nun aber nachgewiesen hat, daß alles, was sie berichtete, buchstäblich wahr ist — schweigt die schwarze Presse den Fall tot.

Technisches.

Neuer Fachliteratur.

Das Weizen und Färben des Holzes. Ein Hand- und Hilfsbuch zum praktischen Gebrauch für Tischler, Maler, Drechler, Klavier- und Pianofortefabrikanten, Architekten und kunstgewerbliche Schulen von Wilhelm Zimmermann, Chemiker und Lehrer an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Barmen. Fünfte, verbesserte und bedeutend erweiterte Auflage (10. bis 12. Tausend). Zürich und Leipzig, Verlag von A. Wehner. 174 Seiten Großoktav, Preis broschiert 3 Mk., gebunden 3,50 Mk.

Moderne Farben auf Holz. (Weizungen). Eine Musterkarte mit 160 Farbentönen von Wilhelm Zimmermann. Barmen. Selbstverlag des Verfassers. Preis 5,50 Mk.

Von dem Werk des bekannten Chemikers Wilhelm Zimmermann in Barmen über das Weizen und Färben des Holzes liegt nunmehr die fünfte Auflage vor. Ein Erfolg, der in der gewerblichen Literatur wohl einzig dasteht und der am besten beweist, daß wir es hier mit einem guten Buche zu tun haben. Das Werkchen hat eine Umarbeitung und Erweiterung erfahren. Zunächst hat der Verfasser der seit dem Erscheinen der letzten Auflage sich vollzogenen Änderungen der Geschmacksrichtung, welche heute bei unseren modernen Möbeln und Wohnungseinrichtungen insbesondere Farbentöne von gedämpfter und dezenter Farbwirkung bevorzugt, in weitgehendem Maße Rechnung getragen. Dann ist das vor Jahresfrist auf besondere Veranlassung namhafter Möbelarchitekten herausgegebene Spezialwerkchen „Wasserfeste und wassererhaltende Holzbeizen“ in das vorliegende Werkchen eingefügt. Auf vielfachen Wunsch wurde in dieser fünften Auflage auch zum erstenmal das Porenfüllen, Wachsen, Mattieren, Polieren und Lackieren einer eingehenden Beschreibung unterzogen. Ebenso wurden in der vorliegenden Auflage alle in der Zwischenzeit vom Verfasser gewonnenen Erfahrungen und Anregungen aus Fachkreisen in gewissermaßen Weise verarbeitet. So ist das Zimmermannsche Buch zu einem Handbuch für den Betzer und Polierer erweitert worden, und es dürfte zurzeit wohl das beste Handbuch dieser Art sein. Wir handeln nur im wohlverstandenen Interesse unserer Kollegen, wenn wir dem Buch in seiner neuen Gestalt weite Verbreitung wünschen.

Wieder hat der Verfasser als Supplement zu seinem Buche eine Musterkarte: „Moderne Farben auf Holz“, herausgegeben, welche die Farben der besprochenen Weizen in praxi vorführt. Auch diese Musterkarte dürfte den interessierten Kollegen gute Dienste leisten.

Vom Fachblatt für Holzarbeiter ist nunmehr das Maiheft erschienen. Es bringt eine Abhandlung Josef Aug. Luz' über „Amerikanische Maschinenmöbel“ (mit 12 Abbildungen); ferner den Schluß des Artikels „Geschichte und Technik des Klaviers“, eine Abrechnung Robert Breuers mit den zünftlerischen Gegnern der modernen Bewegung, betitelt „Gegen Torheit und Lüge — für Handwerk und Schule“. Gewerbelehrer G. Bollmer verbreitet sich in einem reich illustrierten Artikel „Über Dichtung und Abwässerung bei Fenstern und Türen“, während Dr. G. Pudor eine Kollektion „Französische Möbelbeschläge“ (mit 19 Abbildungen) bespricht. Schließlich bringt das Heft die Fortsetzung des Artikels des Architekten D. Winkelmüller über den Treppenaufbau. (Mit vielen Abbildungen.) Das Heft enthält insgesamt 69 Abbildungen, darunter neben den genannten Arbeiten perspektivische Ansichten einer Bibliothek, eines Schlafzimmers, eines Wohnzimmererkers, einer Diele, eines Vorräume und eines Empfangsraums, ferner Entwürfe von Kleinstmöbeln und eines Treppengeländers. Ein Abonnement dürfte sich für alle Holzarbeiter sehr empfehlen.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Stuttgart, Adlerstraße 43. Neu hinzutretenden Abonnenten wird das erste Quartal des „Fachblatt für Holzarbeiter“ gegen Voreinsendung von 1 Mk. nachgeliefert.

Von dem Jahrgang 1907 sind noch mehrere Exemplare in geschmackvollem Einband auf Lager. Dieser Jahrgang enthält mehr denn 550 Abbildungen aus der Praxis des Holzarbeiters sowie recht gute Abhandlungen aus unserer Gewerbe. Der Jahrgang 1907 des „Fachblatt für Holzarbeiter“ bildet eine Zierde für jede Arbeiterbibliothek. Er kann gegen Voreinsendung von 5 Mk. für das geschmack-

voll gebundene, 4 Mk. für das ungebundene Exemplar bezogen werden von der Expedition des „Fachblatt für Holzarbeiter“, Stuttgart, Adlerstr. 43.

Bemerkte sei auch an dieser Stelle, daß Einbanddecken für den Jahrgang 1907 und 1908 gegen Vereinfachung von 1 Mk. für das Stück portofrei von der Expedition der Zeitschrift bezogen werden können.

Fachschule Detmold. Aus dem Jahresbericht der Tischlerfachschule April 1907/08 ist zu entnehmen, daß 152 Tageschüler die Schule besucht haben. Der Nationalität nach stammten die Schüler aus allen Teilen Deutschlands, aus Dänemark, Schweden, Schweiz, Holland und Österreich; auch Südafrika war mit einem Schüler vertreten. Dem Gewerbe nach waren der größte Teil gelernte Tischler für Bau-, Kunst- und Möbelarbeiten, auch Spezialisten als Stuhlbauer, Tischler für Musikinstrumentengehäuse, Modelltischler und Glaser waren vertreten. Ferner waren noch Bildhauer, Dekorateur und gelernte Kaufleute als Schüler eingetragen; letztere hatten keine praktische Vorbildung, haben aber gleichfalls die Schule mit gutem Erfolge besucht. Die Detmolder Fachschule ist die erste technische Lehranstalt in Deutschland, welche durch intensiven Unterricht und eigenartiger Lehrmethode eine Verkürzung der Ausbildungszeit erreicht hat. Die Schule ist im städtischen Schulgebäude untergebracht, es stehen große helle Zeichensäle zur Verfügung, ebenso Werkstätten für praktische Arbeiten. Nach Bedarf werden Prüfungen abgehalten unter dem Vorsitz des hiesigen Baurats; die Prüfungen dauern drei Tage, den ersten Tag wird eine vollständige Werkstattzeichnung verlangt, den zweiten Tag müssen Skizzen in verschiedenen Stilarten ohne Vorlagen gezeichnet werden, den dritten Tag werden Skizzen kalkuliert und mündliche Aufgaben in Buchführung, Buchführung und gewerblichem Rechnen gestellt. Bei der letzten Prüfung am 26., 27. und 28. März haben von 13 Kandidaten 12 die Prüfung bestanden. Es wird darauf gesehen, daß die Schüler eine flotte Skizze und richtige Werkstattzeichnung anfertigen können in möglichst kurzer Zeit, eingedenk des Sprichworts: „Zeit ist Geld!“. Dem größten Teil der abgehenden Schüler konnten gut lohnende Stellen nachgewiesen werden. Viele Schüler haben von ihrer Heimatsbehörde Beihilfen zum Fachschulbesuch erhalten; der Magistrat zu Detmold hatte im letzten Schuljahr freigestellt an zwei Schüler vergeben. Weitere Aufschlüsse sind aus dem Programm der Fachschule zu ersehen, welches gern kostenfrei versandt wird.

Eingefandt.

Zur Agitation.

Seit geraumer Zeit wird die Frage der Agitation in unserem Verbandsorgan lebhaft diskutiert. Da einige wichtige Punkte bisher nicht berührt wurden, soll dieses in nachfolgendem geschehen.
Das Jahr 1907 hat für unseren Holzarbeiterverband eigenartige Erscheinungen gezeigt. Erfolgreiche Kämpfe, wo die Unternehmerorganisation uns die Vernichtung zugebracht hatte, und trotzdem Mitgliederverlust! Wenn es den Schutzverbändlern gelungen wäre, uns die prophezierte Niederlage zu bereiten, so hätte die Verwirrung nicht größer sein können, als wie solche im vorigen Sommer in vielen Zahlstellen anzutreffen war. Wie kam das? Viele Zahlstellen hatten eine Lohnbewegung oder Tarifkündigung in Aussicht genommen, die aber wegen des Berliner Kampfes unterbleiben mußten. Es ist gewiß begreiflich, wenn die Kollegen unter solchen Umständen ungehalten sind, daß die so sehr ersehnte Lohnaufbesserung noch einmal verschoben werden muß. Aber unbegreiflich bleibt es dennoch, daß unsere Kollegen in der Provinz den Ausgang des Berliner Kampfes nicht besser agitatorisch ausgenutzt haben. Die vom Verbandsvorstand eingeleiteten Agitationsversammlungen sollten doch die Anregung dazu geben, um die Agitation erfolgreich fortzusetzen.
Hier wäre die Frage aufzuwerfen: Wie können wir solche Vorbeurteilungen in Zukunft verhindern? In der modernen Arbeiterbewegung ist die Agitation im hohen Maße eine Erziehungsfrage. Und in dieser Richtung muß in Zukunft etwas mehr getan werden. Das Unternehmertum betreibt durch seine Organe die Beeinflussung unserer Kollegen heute viel intensiver, als wie das früher der Fall war. Das Streben, aus taktischen Gründen dem Arbeiter einzureden, daß die moderne Arbeiterorganisation für ihn zwecklos sei, ist nicht neu. Die Unternehmer haben die Arbeiter gegen ihre eigenen Interessen mobil gemacht, und teilweise mit größerem Erfolg wie früher. Ein jeder Unternehmer hat das Bestreben, die Selbständigkeit seiner Arbeiter, die Stütze, welche er in der Organisation findet, zu vernichten. Durch Schleichungen der Unternehmerverbände entsteht öfter ein Guerillakrieg zwischen den beamteten Kollegen und den Verbandsmitgliedern, der kein erfreulicher Zustand ist. Die Aufklärungsarbeit muß sich deshalb mehr an dem Fundament unserer Organisation, in den Betrieben und Arbeitsplätzen vollziehen. Das Vertrauensmännersystem läßt noch viel zu wünschen übrig. Und ganz besonders dürfen wir die Schulung der Vertrauensmänner und Werkstattdelegierten nicht vernachlässigen. Die Sitzungen und Zusammenkünfte derselben müssen anregend wirken, damit die Werbearbeit nicht erlahmt. Hier wären auch öfter instruktive Vorträge über aktuelle Fragen sehr fruchtbringend.

Durch die Boden Spekulation wird der Arbeiter immer weiter aus der Stadt hinausgedrängt. Darunter leidet selbst in kleinen Industriestädten der Besuch der allgemeinen Mitgliederversammlungen. Dort werden die Kollegen eine Reformierung des Versammlungswezens vornehmen müssen, um zu verhindern, daß die Lässigkeit sich nicht allzu sehr zum Schaden der Organisation einbürgert. Die kapitalistische Produktion macht den Arbeiter egoistisch. Die Gewerkschaften haben die Verpflichtung, ihre Mitglieder zu einer höheren sozialen Kollegialität zu erziehen. Je mehr Sorgfalt wir hierauf verwenden, desto mehr wird diese Lässigkeit in kritischen Zeiten unsere Kollegen vor Fehlritten bewahren, welche dem Verband schweren Schaden zufügen könnten. Meinungsverschiedenheiten wird es geben, so lange es denkende Menschen gibt. Aber eins ist sicher: Ein Kollege, welcher die Triebkräfte der Erscheinungen klar sieht,

begreift die jeweilige Situation viel leichter und wird das Gesamtinteresse dem einzelnen voranzustellen.

An die Bildungstätigkeit der Gewerkschaftskarte und Bildungsvereine müssen die einzelnen Organisationen anknüpfen und weiterbauen. Betrachten wir uns einmal die bestehenden Unternehmerorganisationen in der Holzindustrie. Es wäre ein großer Vorteil für unsere Kollegen, über das Gebaren dieser Organisationen informiert zu sein. Dieses Thema allein würde schon zwei Vortragsabende ausfüllen. In dieser Richtung hätten Verbandsvorstand und Gauvorstände noch eine fruchtbringende Tätigkeit zu entfalten. Und wenn die gegnerischen Gewerkschaften sowie auch die Unternehmer über unseren Mitgliederverlust triumphieren, so brauchen wir nicht in den Fehler verfallen, nach einem Schuldigen zu suchen. Wir haben die Ursachen ausfindig zu machen und die Quelle des Übels zu beseitigen. Wir handeln nicht richtig, wenn wir sagen, die vom Verbandsvorstand arrangierten Agitationsstunden sind zwecklos. Sie müssen nur besser vorbereitet und die empfangene Anregung muß von der allgemeinen Kollegenschaft besser ausgenutzt werden.

Unsere Gewerkschaftsorganisationen und vor allem auch unser Holzarbeiterverband sind nur durch harte Arbeit die Macht geworden, welche sie heute repräsentieren. Und nur bei harter fortgesetzter Agitationsarbeit werden wir uns weiter entwickeln. Zur Vorwärtsentwicklung ist die gegenseitige Anregung notwendig. Unser Holzarbeiterverband soll sich neben dem Ruf als Kampforganisation auch den vollwertigen Ruf einer Bildungsanstalt erwerben. Also nicht eine Beschränkung der Agitation, sondern mehr Agitation und praktische Agitation. U. Schweißdarm Bremen.

Zur Lage der Maschinenarbeiter.

Wie die Diskussion in den letzten Nummern unserer Zeitung ergeben hat, gibt die Lage der Maschinenarbeiter durchweg Veranlassung zu berechtigten Klagen. Auch die Bremer Maschinenarbeiter können ein Viechen davon singen. Gibt es doch hier noch Betriebe, in welchen ein Exploiteur überhaupt nicht vorhanden ist. Aber auch in Betrieben, in welchen ein solcher vorhanden ist, wird er nach Belieben des Unternehmers ganz einfach aus Sparsamkeitsrückichten abgehängt. Dafür verlangt man hier allgemein von den Maschinenarbeitern, daß sie nach Schluß der Arbeit die Bude rein machen und auch noch die Späne wegräumen. Vergütung gibt's nicht dafür. Teilweise sieht es in bezug auf Schutzvorrichtungen sehr traurig aus. Die Antreiber ist in verschiedenen Betrieben geradezu empörend. Will ein Maschinenarbeiter eine Schutzvorrichtung anbringen, so kann es passieren, daß ihm gesagt wird: „Da ist jetzt keine Zeit für, daß Sie auch noch so ein Gerüst anschrauben, nur schnell, der Wagen steht schon vor der Tür, die Sachen müssen sofort weg.“ Viel zu leiden haben die Bremer Maschinenarbeiter im Winter. Der Arbeitsstellen, in welchen eine angemessene Temperatur herrscht, sind wenige. Ein guter Teil der Anfälle ist darauf zurückzuführen. Kommt einmal der Gewerbeinspektor, so meldet er sich erst bei der Betriebsleitung und beirät auch in Begleitung derselben die Werkstätten von den Maschinen, an welchen etwas faul ist. Unter solchen Umständen ist es sehr leicht zu erklären, daß die Maschinenarbeiter keine Klagen vorzubringen haben. Niemand kann es denn begreifen, worüber die Maschinenarbeiter immer zu zornen haben. Sehr ablehnend stehen die Unternehmer der runden Welle gegenüber. Trotzdem sich diese selbst wieder bezahlt macht. Fast in allen Betrieben findet man dagegen die ominösen aufgeschraubten Holzleisten, die keinen Ersatz bieten für die runde Welle. Eine vierkantige Welle, auf welche zwei an sich schon gefährliche Holzleisten geschraubt werden, bleibt immer noch vierkantig, denn vier Leisten können eben nicht aufgeschraubt werden. Wie die Bremer Arbeitgeber auf ihren Profit bedacht sind, kann man schon daraus ersehen, daß sie jugendliche Arbeiter für einen Stundenlohn von 26 Pf. an gefährliche Maschinen stellen. Sehr berechtigt ist auch hier die Klage betreffend des Trauertums der Kaufhäuser an der Maschine. Wo bleibt da das Solidaritätsgefühl, wenn man den eigenen Kollegen das Brot wegnimmt? Sehr viel zur Besserung der Lage der Maschinenarbeiter würde eine Konferenz dieser Branche beitragen, und ist es sehr zu wünschen, daß der Verbandsvorstand endlich diesem berechtigten Verlangen nachkommt. B. L.-Bremen.

Es ist erfreulich, daß die Maschinenarbeiterbewegung zu dem Zwecke einer Konferenz wieder einmal in Fluss kommt, und daß eine solche möglichst bald stattfinden muß, kann nicht in Frage gestellt werden. Es kommen vor allen Dingen die hygienischen Verhältnisse in Betracht, es ist empörend, wie hierin in den mechanischen Betrieben von den Unternehmern gesündigt wird. Jeder kleine Krater schafft sich mit möglichst wenig Kapital Maschinen an, um nur ja mit den größeren Geschäften konkurrieren zu können, auf die Raumverhältnisse kann dann in der Regel wenig Rücksicht genommen werden. Die Verhältnisse auch hier im Buppertal sind in manchen Fällen wirklich skandalös zu nennen, indem die Maschinen in wahren Ställen oder dumpfen Kellern untergebracht sind; Staubabsaugvorrichtungen sind nur in wenigen größeren Betrieben vorhanden. In einer hiesigen Fabrik für weiße Möbel ist eine Holzschleifmaschine aufgestellt, der Maschinenraum ist höchstens 60 Quadratmeter groß, Exploiteur nicht vorhanden. Die Staubentwicklung dieser Maschine ist eine solche, daß Aufenthalt in diesem kleinen Raum in den Wintermonaten bei geschlossenen Fenstern auf längere Dauer unmöglich ist. Schreiber dieses war vor zwei Jahren in diesem Betrieb beschäftigt und zog sich infolge dieses Übelstandes eine Erkrankung der Atemorgane zu, so daß der Arzt die Wiederaufnahme der Arbeit in diesem Betrieb aufs strengste untersagte. Der

Kollegen! Zahlt pünktlich eure Beiträge! Pünktliche Beitragszahlung erleichtert die Mitgliedschaft im Deutschen Holzarbeiterverband.

Mendant der Ortskrankenkasse, auf diesen Mißstand aufmerksam gemacht, versprach nach einigem Sträuben schließlich, an die Gewerbeinspektion zu schreiben. Der Übelstand besteht aber heute noch, nur in einem etwas größeren Raum. Noch ein weiterer Übelstand muß hier einmal öffentlich zur Sprache gebracht werden. Es wird schon so manchem Kollegen aufgefallen sein, daß die bestbezahlten Stellen unter den Maschinenarbeitern in der Regel von unorganisierten Arbeitern besetzt sind. Die waren meist früher im Verband. Durch mehrjährige Tätigkeit in ein und demselben Betrieb haben sie sich eine gewisse Akkumulation ihrer Arbeiten angeeignet und sind deswegen bei den Bankarbeitern begünstigt. Haben sich diese Leute hierdurch gewissermaßen eine feste Position errungen, dann kehren sie dem Verband den Rücken, ohne daß in den meisten Fällen hiergegen etwas seitens der Bankarbeiter geschieht. Es muß doch für die Kollegen ein leichtes sein, diese Leute dem Verband wieder zuzuführen. Kollegen, es ist die höchste Zeit, daß hierin endlich Wandel geschaffen wird, denn gerade diese Leute sind es, die dem Verband den größten Schaden zufügen, indem sie die minder aufgeklärten Arbeiter der Organisation fernhalten und an ihren Mitarbeitern zum Verräter werden. E. Bühner-Elberfeld.

Da nun bereits jede Branche des Deutschen Holzarbeiterverbandes die Genehmigung zur Abhaltung einer Konferenz erhalten hat, fühlen sich auch die Maschinenarbeiter veranlaßt, wiederholt an den Hauptvorstand heranzutreten behufs Abhaltung einer Konferenz, um sich gegenseitig auszusprechen, auf welche Weise es möglich wäre, den traurigen Zuständen in unserem Beruf in bezug auf Unfallgefahren und in sanitärer Hinsicht entgegenzuwirken. Dazu eignet sich die Presse allein nicht. Alle Lohnerbhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, die wir bei Lohnbewegungen mit den Schreibern erhielten, können uns das nicht ersetzen, was wir durch mangelhafte Schutzvorrichtungen und durch Fehlen von Exhaustoren an unserer Gesundheit zu leiden haben. Außerdem ist noch zu berücksichtigen, daß viele große Betriebe bestehen, wo nur Maschinenarbeiter und Säger beschäftigt sind. Wo Zustände herrschen, die aller Beschreibung spotten, und es mit der Organisation noch sehr schlecht bestellt ist. Es ist hier noch ein großes Stück Arbeitsfeld zum bebauen. Alle diese hier erörterten Fragen müßten auf einer Maschinenarbeiterkonferenz zur Aussprache gebracht werden.

Daß eine Konferenz für uns notwendig ist, das beweisen die vielen diesbezüglichen Artikel, die im letzten Vierteljahr in der „Holzarbeiter-Zeitung“ erschienen sind. Ferdinand Battenfeld-Stuttgart.

Literarisches.

Der preussische Landtag, Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler. Fortgeführt bis April 1908. Im Auftrag des Parteivorstandes herausgegeben von Paul Hirsch. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Das einleitende Kapitel schildert die Stellung Preußens im Reich, es erbringt den Beweis für die Rückständigkeit dieses größten deutschen Bundesstaates auf allen Gebieten und für die Notwendigkeit der Schaffung einer wirklichen Volksvertretung als der ersten Voraussetzung der Demokratisierung der deutschen Bundesstaaten. Besonders beachtenswert ist der geschichtliche Überblick über das Dreiklassenwahlsystem, der im zweiten Kapitel gegeben wird, ferner die Kapitel, die sich mit den Verhältnissen der Landarbeiter, der Staatsbeamten, der Eisenbahner, der Bergarbeiter befassen, die Schilderung der Zustände auf dem Gebiete des Volksschulwesens und das Kapitel Polenpolitik. In mehr als 80 verschiedenen Abschnitten wird uns ein Überblick über die inneren Zustände im größten deutschen Bundesstaat gegeben. Unsere preussischen Genossen haben auf diese Weise wertvolles Agitationsmaterial erhalten, aber auch den hervorragenden Stellung Preußens mit dem Einfluß, den die preussische Politik auf die Reichspolitik ausübt, willkommen sein.
Der Preis für das 596 Seiten umfassende Buch ist broschiert 5 Mk., gebunden 6 Mk.
Dr. Wiffel, Gewerkschaftsbewegung und Alkoholfrage. I. bis 10. Laufend. 82 Seiten 8°. Preis 10 Pf. In Partien billiger. Verlag Deutscher Arbeiterabtinrentenbund, Johannes Michaelis, Berlin O 17, Lange Straße 11.
Ferdinand Lassalle, Die Wissenschaft und die Arbeiter. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Der Herausgeber, Genosse Eduard Bernstein, widmet dieser Neuausgabe eine Vorbemerkung, in der er die geschichtlichen Unterlagen der Lassalleschen Ausführungen darlegt. Lassalle beabsichtigte durch diese Arbeit seine Gedanken über die Bedeutung der Wissenschaft für die Arbeiterklasse der Neuzeit in programmatischen Sätzen niederzulegen und damit das Verständnis für die von ihm erstrebte selbstständige Arbeiterpartei zu fördern.
Zu beziehen ist die Broschüre zum Preise von 1 Mk. durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporture. Die Volksausgabe kostet 40 Pf.
A. Tscherewanin, Das Proletariat und die russische Revolution. Mit einer Vorrede von G. Roland-Holtz und einem Anhang vom Übersetzer S. Lewittin. XVI und 170 Seiten. Verlag von J. G. W. Diez Nachf. in Stuttgart. Preis broschiert 1,20 Mk., gebunden 1,50 Mk.
Aus dem Inhalt heben wir hervor: I. Die Ursachen der Revolution. II. Vor dem 22. Januar 1905. III. Vom 22. Januar bis zum 31. Oktober 1905. IV. Der Oktoberstreik. V. Vom 31. Oktober bis zum Dezemberauflauf. VI. Der bewaffnete Aufstand im Dezember. VII. Nach der Niederlage. — Das Jahr 1907. Ein Anhang von S. Lewittin.
„Die Wahlrechtsreform im Dreiklassenparlament.“ Unter diesem Titel erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, eine Broschüre, enthaltend die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 10. Januar 1908, über den freiwähligen Antrag auf Änderung des Wahlrechts für den preussischen Landtag und Neueinteilung der Wahlkreise.
In einem ausführlichen Vorwort wird die Unrichtigkeit der bei dieser Gelegenheit vom preussischen Ministerpräsidenten Fürst Bülow aufgestellten Behauptungen nachgewiesen.

Verfallungs-Anzeiger.

Berlin, Stellmacher, Branchenverammlung am Mittwoch den 27. Mai, abends 1/8 Uhr...

Anzeigen.

Burgdorf, Hannover. Benennungstiger Soutz Brennecke, Wallgärtenstraße 10...

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis der Heiligen Bahnhofs befindet sich bei Kollege Gilling...

Grotzenhaid. Die Reiseunterstützung wird in Zukunft mittags von 12-1 Uhr in unserem Verkehrs-Total zur Schaffung ausgestellt.

Oberrhein. Arbeitsnachweis, Gerberge und Reiseunterstützung im Gewerkschafts-Haus, Segebergerstraße 87, abends von 7-8 Uhr...

Peter. Vom 1. Mai ab befindet sich unser Verkehrs-Total, der Arbeitsnachweis und die Gerberge bei Schumacher, Rutenstraße 2...

Wiesbaden. Das Verkehrs-Total befindet sich im Gasthaus zur Sonne. Die Gerberge im Gasthaus, Rutenstraße 2...

Waldshut (Baden). Die Auszahlung der Reiseunterstützung erfolgt ab 1. Juni...

Bei Kollege Kuffer, Rheinstraße 28, abends von 6-7 bis 7-8 Uhr...

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Gilling...

W. Hirsch. Buchn. 80 270, sende in einer für dich sehr wichtigen Angelegenheit Deine Adresse an die Bahnhofs-Bibliothek...

Karl Böhmig. Buchn. 436881, geb. 11. 5. 77 zu Adolf Ruf, Buchn. 436881, geb. 11. 5. 77...

Adolf Ruf. Buchn. 436881, geb. 11. 5. 77 zu Karl Böhmig, Buchn. 436881, geb. 11. 5. 77...

Zahlstelle Saarbrücken. Alle Anfragen und Sendungen sind an den Bezirksleiter M. Schmidt, Bureau St. Johann, Gerberstraße 24, zu richten...

Zwei tüchtige Tischlergesellen auf Bauarbeit finden sofort Beschäftigung bei W. Taubitz, Tischlerei, Mitterer i. Schlef.

Für sofort mehrere tüchtige Schreiner, wenn möglich auf Eisenblech eingeleitet, gesucht. Schabert & Schramm, Möbelfabrik Mittul a. Bodensee (Schweiz).

Suche 2 junge Schreiner-Gesellen auf Bau und Möbel. Mitarbeiter gesucht. Ph. Klein, Mechanische Schreinerwerkstatt, Auefeld (Pfalz).

10-15 Tischlergesellen gesucht auf Bau und Möbel. Lohn wird nach Tarif bezahlt. Dost & Malinowsk, Möbelfabrik Papenburg.

Einen Tischler auf bessere furnierte Möbel sucht sofort Karl Abendroth, Walsruh b. Schiltorf, Holländische Grenze.

2 Bautischler erhalten sofort dauernde Arbeit. Gebr. Wegwart, Bielenzig, Neumarkt.

Tüchtige Bandsägenschnneider bei hohem Akkordlohn werden sofort eingestellt. George Bendix, Holzbearbeitungs-Fabrik Königsberg i. Pr. Holzsteiner Damm.

Tüchtiger Vergolder, selbständiger Arbeiter, der einrahmen kann, sofort gesucht. Lohn nach Übereinkunft. Ed. Müller, Micks Nachf., Straßburg i. Elsaß, Kolnerd 22.

Stockarbeiter. Tüchtige Dieger auf Cornel, Tonkin usw. gesucht, ebenso Ausblieger und Posterer. Dauernde Stellung und gute Löhne. Bauer & Co., Stockfabrik Dittersheim bei Franfurt a. M.

Ein selbständiger Drechsler findet dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn. Obersteiner Holzbearbeitungs-Fabrik Rudolf Nees, Oberstein a. d. Rabe.

Tüchtige Kammrainer auf Schildpatt- und Zelluloid-Frisierkämmen usw. bei gutem Lohn in dauernde Stellung gesucht. Schlager & Best, Darmstadt.

Korbmacher.

Einige tüchtige Arbeiter auf geschlagene Reiseförbe bekommen dauernde und lohnende Stellung bei R. Wengler

Kopenhagen N., Korsgade 16.

Tüchtiger Korbmachergeselle auf Geschlagen und Packerarbeit für dauernd gesucht. Wwe. Heinrich Baum, Korbgeschäft Reuenahr.

2 tüchtige Korbmacher auf Mohr gesucht. Herm. Biling, Rheine in Westfalen.

Suche per sofort einen jungen Korbmachergesellen auf geschlagene Arbeit gegen hohen Lohn. Reisegeld wird nach einem Vierteljahr vergütet. Ang. Tammner, Sebnitz, Sächs. Schweiz.

5-8 flotte Gestellarbeiter, eventuell auch solche, die sich ausbilden wollen, finden lohnende und dauernde Beschäftigung. Otto Winkler, Grunna.

Zwei junge tüchtige Korbmacher auf Mohrarbeit sofort gesucht. Ol. Elvors, Nordseebad Wiskum.

Einen Korbmachergesellen auf Geschlagene- und Reparatur sucht bei hohem Lohn. Lucas Ackermann, Schmölln, S.-A.

Gesucht. Wir suchen zum baldigen Eintritt einen tüchtigen Pecher. Wilhelm Diesel & Co. Wennmingen.

Zwei tüchtige Bürstenmacher auf Zurechten stellt sofort ein Karl Söstel, Quedlinburg.

Gebilde Pflanzmischer für dauernde und lohnende Beschäftigung gesucht. Reise wird eventuell vergütet. Cahn & Rheimaner, Mannheim.

Zu sofortigem Eintritt bei eventuell dauernder Beschäftigung und gutem Akkord-Lohnen werden 2 tüchtige Pecher gesucht, welche auch im Zurechten bewandert sein müssen. Dettinger Bürsten- und Pinsel-Fabrik Dettingen a. M.

Das Beizen u. Färben des Holzes von W. Zimmermann, Chemiker und Lehrer an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Barmen. Zweite Auflage. (Kleine Ausgabe.) 83 S. Preis broschiert 1,50 Mk., mit Porto 1,60 Mk., bei Nachnahmesendung 1,80 Mk. Zu beziehen durch Die Expedition der Holzarbeiter-Zeitung.

Patent-Streichmaß, sehr prakt. f. alle Holz- arb. a. Stck. 1,20 Mk. verkauft Koll. H. Jungmann, Dresden, Dienstadtstr. 6. Überall Vertr. gesucht.

Für Schreiner! Neu mod. Möbelwerk, ca. 60 Zim. m. 300 Skizz., 1-10 farb. Räumungshalb. f. 3 Mk. abzugeb. Paul Noack, Düsseldorf, Heinestr. 22.

DETMOLD - GRÖSSTE TISCHLER-FACHSCHULE Programm frel. Direktor Reineking. Selbstunterrichtswerke für Tischler versendet Direktor Reineking, Detmold.

Durch die Expedition unserer Zeitung können nachstehend verzeichnete Bücher bezogen werden. Bei Nachnahmesendungen bis 5 Mk. 20 Pf. und über 6 Mk. 30 Pf. mehr.

Das Schleifen, Beizen und Polieren des Holzes, Eisenblech, Gornes, der Knochen, des Meerschmalzes, der Perlmutter, des Bernstein und Zelluloids. Von W. Schmidt. Rechte Auflage. 264 S. Preis 5 Mk., mit Porto 5,20 Mk.

Der praktische Möbelschreiner. Mit 151 Illustrationen und 2 Werkzeichnungen. 152 S. Von Robert Büchler, Vorsteher der Schmidtschen Handwerker-Schule in Stuttgart. Preis 4,50 Mk., mit Porto 4,70 Mk.

Buchführung, Buchseltene und Kalkulation des Bau- und Möbelschreiners. In Fragen und Antworten nebst ausgeführten Musterbeispielen. Von Professor Dr. S. Brodele, Leiter der Unterrichtskurse der Königl. Wittibg. Centralstelle für Gewerbe und Handel. 120 S. Preis 1,50 Mk., mit Porto 1,70 Mk.

Der Modelltischler von Fr. W. Sels, Möbeltischler. Mit 213 Textabbildungen. 164 S. Preis gebunden 5 Mk., mit Porto 5,20 Mk.

Möbel in Jugendstil von M. Graef. 26 Holztafeln nebst erläuterndem Text und 8 Tafeln mit Werkzeichnungen. In Wappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Die innere Ausbau. Umfassend Türen und Tore, Fenster und Fensterbeschläge, Wand- und Deckenverkleidungen, Treppen in Holz, Stein und Eisen. Von Professor Adolf Oberbeck, Direktor der Königl. Baugewerkschule zu Berlin. Zweite Auflage. 214 S. Preis broschiert 5 Mk., mit Porto 5,30 Mk.

Die Expedition der Holzarbeiter-Ztg.

In unmittelbarer Nähe einfacher und klarer Weise lehren die Selbstunterrichtswerke System Karmack-Hachfeld: Die Banschreinerschule, Die Kunst- und Möbelschreinerschule, Zimmermeisterschule, Holzbildhauerschule, Polierschule...

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erweiterte Lehranstalt. Kirchenweg 14. Dr. Carl Walbaum.

Hobelbänke für Tischler, Stellmacher u. Bildhauer offerieren billig. Werkzeugfabrik m. Dampftriebwerk Gebr. Haase, G. m. B. H., Siegmünd, Schlesien. Katalog gratis. Vertreter gesucht.

Paul Horn Politur- und Lack-Fabrik Hamburg 23. Nach meinem durch zwei deutsche Reichspatente geschützten neuen Porenverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzflüssigem Politurpulver (Lackstoffpulver) gefüllt.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet. Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritzflüssiges Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder gekauft wird.

Jahresende zum Versuch. 1 Glasche Hornpolitur-Extrakt zum Grundpolieren. 1 Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren. 1 Patent-Politur zum Feinpolieren. 1 allersfeinsten Politur-Glanzlack, blönd zum Ausgleichen von Kollleiten usw. 1 allersfeinsten Politur-Glanzlack, blond (Stuhllack, Drehsler, Bildhauerlack). 1 Schleif- und Polieröl, getöblich 'Knochenöl'. 1 Dose Porenpulver, feinste Marke 'Horn'. 1 Dose Porenpulver, gemischte Qualität 'Hornmoo-Mono'.

Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstoffsprache sachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 180 Artikel.

Werkstattplauderei. Sachkenntnis für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, hehrreich für alle Manner der Werkstatt, behandelt die Konstruktions-, Werkzeug-, das Material- und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mk.

Der Holzbau. Umfassend den Fachwerk, Bohlen-, Block-, Ständer- und Stabau. Von Hans Jfel, Architekt und Lehrer an der Baugewerkschule zu Hildesheim. Zweite Auflage. 246 S. Mit 500 Textabbildungen und 15 Tafeln. Preis broschiert 5 Mk., mit Porto 5,30 Mk., bei Nachnahmesendung 5,60 Mk. Zu beziehen durch Die Expedition der Holzarbeiter-Zeitung. Verlag von Theodor Weipart in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.

Sachblatt für Holzarbeiter Kunstgewerbe- und Sachzeitschrift Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband Preis pro Jahrgang in geschmackvollem Originalband gebunden 5 Mark, ungebunden 4 Mark Der Jahrgang 1907 liegt jetzt vollständig vor und kann von dem unterzeichneten Verlag gegen Voreinsendung von 5 resp. 4 Mark nachbezogen werden. Er enthält mehr denn 550 Abbildungen aus der Praxis des Holzarbeiters, darunter Reproduktionen von Arbeiten unserer bedeutendsten Innenaarchitekten, wie Richard Niemerschmid, Bruno Paul, Henry Bau de Velde, Wallace Scott u. a. Ferner gute textliche Beiträge der ersten kunstgewerblichen Schriftsteller, so Josef Aug. Luz, Hermann Muthesius, Franz Sammler u. a. und hervorragende fachtechnische Artikel, so aus der Feder des Architekten und Kunstgewerbefachlehrers D. Winkelmüller folgende Arbeiten: Türen, Tore und Windfänge (mit 109 Abbildungen), Holzdecken (mit 26 Abbildungen), Fußböden (mit 28 Abbildungen), Wandverkleidungen (mit 30 Abbildungen). Zahlreichen Bestellungen steht entgegen Der Verlag des Sachblatt für Holzarbeiter Stuttgart, Adler-Strasse 43.